

6. Parteitag, 2. Tagung und Bundesvertreterinnen- und Bundesvertreterversammlung der Partei DIE LINKE

Bonn, 22. bis 24. Februar 2019

Antragsheft 2

DIE LINKE.

Inhaltsverzeichnis

Materialien für die 2. Tagung des 6. Parteitags

Anträge	Seite 7
	Anträge mit überwiegendem Bezug zur Gesellschaft	Seite 9
	Anträge mit überwiegendem Bezug zur Partei	Seite 21
	Anträge zur Finanzordnung und Ordnung für die Tätigkeiten der Finanzrevisionskommissionen	Seite 31
Berichte	Seite 33
	Bericht der Fraktion GUE/NGL	Seite 35
	Bericht des Bundesausschusses	Seite 45
	Bericht des Ältestenrates	Seite 49
	Bericht der Bundesfinanzrevisionskommission	Seite 53

Materialien für die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung

Kandidaturen zur Aufstellung der Liste	Seite 61
-----------------------------------------------------	----------

Impressum/Kontakt

Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
www.die-linke.de

Redaktionsschluss: 10. Januar 2019

Materialien

für die 2. Tagung
des 6. Parteitages

Anträge

an die 2. Tagung
des 6. Parteitages

Anträge mit überwiegendem Bezug zur Gesellschaft

Antrag

G.1

Antragsteller/-innen:

KV Pinneberg

Der Parteitag möge beschließen:

DIE LINKE fordert aktuell die Erhöhung des Mindestlohns auf 13 Euro.

Begründung:

Mit der Erhöhung auf 9,19 Euro ab dem 1. Januar 2019 bleibt der gesetzliche Mindestlohn immer noch ein Armutslohn und macht Menschen zu Sozialfällen. Wenn das Grundgesetz, und damit die Verpflichtung, »die Würde des Menschen« zu achten, der Maßstab ist, dann gehört zum angemessenen Mindestschutz ein Lohn, der nach 45 Jahren Vollzeitmalocher zum Mindesten die Chance bietet, von Altersarmut verschont zu bleiben. »Um dies bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden über 45 Jahre versicherungspflichtiger Beschäftigung hinweg zu erreichen, wäre aktuell rechnerisch ein Stundenlohn von 12,63 Euro erforderlich«, gesteht das Bundesarbeitsministerium in der Antwort auf eine entsprechende Anfrage der Linksfraktion. Damit zeigt sich, dass auch die von uns bisher geforderten 12 Euro nicht mehr reichen – auch wenn begrüßenswerter Weise aus Reihen der SPD inzwischen unsere Forderung aufgegriffen wurde.

Deshalb: 13 Euro sind nötig – 13 Euro sind möglich.

Antrag

G.2.

Antragsteller/-innen:

AG Cuba Sí

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Internationalistisch denken und handeln! Die progressiven Kräfte Latein-**
2 **amerikas brauchen die Solidarität der Linken weltweit.**

3 Die Linke Lateinamerikas sieht sich gegenwärtig mit einer Offensive der rechten Kräfte des Kontinents
4 konfrontiert, einer Offensive, die auch durch Sanktionen der USA und der EU flankiert wird. Ziel ist es,
5 jene Regierungen zu beseitigen, die der neoliberalen Globalisierung im Wege stehen. Der Wahlsieg Jair
6 Bolsonaro in Brasilien ist ein Ausdruck dieser extremen Rechtsentwicklung. Der neue Präsident hat
7 bereits die Zerschlagung der Linken in Brasilien, ihrer Parteien, Gewerkschaften und sozialen
8 Organisationen angekündigt.

9 Brasilien ist eine weitere Niederlage der fortschrittlichen Kräfte Lateinamerikas – und die Lage für die
10 progressiven Regierungen in Bolivien, Venezuela und Nicaragua und letztlich auch für das sozialisti-
11 sche Kuba wird komplizierter.

12 Mit parlamentarischen und konstitutionellen Putschen wurden bereits fortschrittliche Präsidenten aus
13 dem Amt entfernt. Die dominierenden Medien bereiten den Boden für solche Putsche; gelingen sie,
14 werden Polizei und Justiz zu Exekutoren im Kampf gegen Links. Die politische Repression gegen linke

15 Aktivisten nimmt zu, ihnen droht die physische Liquidierung. So soll versucht werden, Bedingungen zu
16 schaffen, unter denen die Linke nicht mehr durch Wahlen in Regierungsverantwortung zurückkehren
17 kann. In der jetzigen Situation würde deshalb ein freiwilliger Machtverzicht einer fortschrittlichen
18 Regierung nicht die Demokratie fördern, sondern ein diktatorisches Regime hervorbringen.

19 Im Rahmen des Foro de São Paulo im Juli 2018 in Havanna haben die linken Parteien und Bewegun-
20 gen des Kontinents die Situation in Lateinamerika analysiert, Versäumnisse und Fehler diskutiert, aber
21 auch ihr Recht betont, den Putschbestrebungen der Rechten mit Waffengewalt entgegenzutreten.

22 Die progressiven Regierungen haben große Erfolge bei der Armutsbekämpfung in ihren Ländern
23 vorzuweisen, Formen einer solidarischen ökonomischen Zusammenarbeit sind entstanden, Lateiname-
24 rika wurde 2014 zu einer Zone des Friedens erklärt, ein Integrationsprozess wurde in Gang gesetzt,
25 bei dem neue Staatenbündnisse gegründet wurden, die eine eigenständige, souveräne Entwicklung
26 der Länder betonen. Diese Entwicklung hatte sich vollzogen trotz des erbitterten Widerstandes der
27 alten Eliten des Kontinents. Erinnert sei u. a. an den Putsch in Venezuela 2002 sowie an den Versuch
28 im Jahr 2008, die erdgasreiche Provinz Santa Cruz von Bolivien abzuspalten.

29 Im Kampf um den Erhalt und die Stärkung der progressiven Regierungen geht es, wie zum Beispiel
30 derzeit in Venezuela und Nicaragua, auch um die Zukunft Lateinamerikas – um den Frieden in der
31 Region, um die Unabhängigkeit und Souveränität der Länder sowie um die Verbesserung der sozialen
32 Situation eines Großteils der Bevölkerung. Deshalb setzt die lateinamerikanische Linke derzeit große
33 Hoffnungen in den neuen Präsidenten Mexikos Andrés Manuel López Obrador (Amlo), dass mit ihm
34 der Rechtstrend in Lateinamerika zumindest aufgehalten werden könne. Aber auch in diesem Land
35 sind seit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten schon mehrere Attentate auf Politiker und Aktivisten
36 der Amlo-Partei »Morena« verübt worden, bei denen drei Menschen starben.

37 Auf der Tagung des Foro de São Paulo im Juli 2018 in Havanna wurde in der Abschlusserklärung
38 betont, dass Vertreter des internationalen Großkapitals, des Militärs und der Medien sich in einem
39 bislang nicht gekannten Maße koordinierten. Deshalb sei »zwischen allen linksgerichteten Kräften
40 Lateinamerikas und der Karibik, Asiens und Afrikas, Europas und Nordamerikas praktizierter gegensei-
41 tiger Internationalismus dringend geboten«.

42 Angesichts der Offensive der lateinamerikanischen Rechten zählt die Linke in Lateinamerika auch auf
43 die internationalistische Unterstützung der Partei DIE LINKE in der Bundesrepublik. Zu dieser
44 Unterstützung müssen auch eine realistische Berichterstattung, die Information und die Aufklärung
45 über die historischen und politischen Zusammenhänge sowie die Entstehung der Konfliktursachen in
46 den Ländern Lateinamerikas gehören.

47 DIE LINKE als internationalistische Friedenspartei unterstützt die fortschrittlichen Bewegungen,
48 Parteien und Regierungen in Lateinamerika in ihrem Kampf um das Recht, ihren Entwicklungsweg
49 selbst zu bestimmen, in ihrem Kampf um die Bewahrung der 2014 geschaffenen Friedenszone auf
50 dem lateinamerikanischen Kontinent sowie in ihrem Kampf gegen die Rechtsentwicklung und für die
51 Stabilisierung des Integrationsprozesses in Lateinamerika.

52 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der Ratifizierungsprozess für den 2016 unterzeichneten Grundla-
53 genvertrag zwischen der EU und Kuba, der den »Gemeinsamen Standpunkt« der EU zu Kuba aus dem
54 Jahr 1996 abgelöst hat, in allen Mitgliedstaaten der EU erfolgreich zu Ende geführt wird. DIE LINKE
55 entwickelt Initiativen, damit dieser Vertrag mit Leben erfüllt wird.

56 DIE LINKE setzt sich aktiv für die Aufhebung der US-Blockade gegen Kuba ein. Sie entwickelt
57 Aktivitäten, damit die Anwendung der US-amerikanischen Blockadegesetze in den Mitgliedsländern
58 der Europäischen Union entsprechend der Resolution der EU aus dem Jahr 1996 (Verordnung des
59 Rates Nr. 2271/96) unterbunden wird.

Der Antrag wird unterstützt von: Kommunistische Plattform, Bezirksvorstand Tempelhof-Schöneberg (Berlin), Ellen Brombacher (Delegierte Mitte), Melanie Rott (Delegierte Mitte), Stefan Jeglielka (Delegierter Mitte), Elisabeth Wissel (Delegierte Tempelhof-Schöneberg) und Carsten Schulz (Delegierter Tempelhof-Schöneberg), Harri Grünberg (Delegierter Cuba Sí), Claudia Gerathewohl (Delegierte Cuba Sí), Rim Farha (Delegierte Kommunistische Plattform)

Antrag

G.3.

Antragsteller/-innen:

KV Gütersloh, Delegierte Camila Cirlini, MdB Amira Mohamed Ali, Tierschutzpolitische Sprecherin DIE LINKE im Bundestag, Vorstand LAG Tierschutz DIE LINKE. NRW

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Fördergelder für tierversuchsfreie Forschung zur Verfügung stellen**

2 DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, der tierversuchsfreien Forschung umgehend einen
3 höheren Etat als bisher – beginnend mit mindestens fünf Prozent der Gesamtförderungen (For-
4 schungsmethoden, die sich auf den Menschen beziehen) zur Verfügung zu stellen. Dieser Prozentsatz
5 ist jährlich und kontinuierlich zu steigern. Gleichzeitig sollen Fördergelder für Tierversuche zurückge-
6 fahren werden. Nach fünf Jahren sollen für Tierversuche keine Fördergelder mehr gezahlt werden. Der
7 Prozentsatz von fünf Prozent entspricht einer Summe von 100 Millionen Euro staatlicher Fördergelder,
8 die zu Beginn der tierversuchsfreien Forschung zur Verfügung gestellt werden sollen. DIE LINKE
9 vertritt die Forderung der Erhöhung von Etats für tierversuchsfreie Forschung ebenfalls gegenüber der
10 Europäischen Union mit dem Ziel, Tierversuche nicht nur in Deutschland abzuschaffen, sondern in
11 ganz Europa. Um unsere Krankheiten endlich zu besiegen, müssen die modernen Methoden des 21.
12 Jahrhunderts konsequent genutzt und alte Pfade verlassen werden. Dafür ist eine Umverteilung
13 öffentlicher Fördergelder (ohne Mehrausgaben!) zwingend erforderlich. Der finanzielle Hebel in der
14 Gesundheitspolitik wäre gigantisch, denn tierversuchsfreie Methoden sind zielführend, schnell und
15 kostengünstig.

Begründung:

Bisher macht das jährliche Förder-Budget für tierversuchsfreie Forschung deutlich weniger als ein Prozent des gesamten öffentlichen Fördervolumens durch Bund und Länder aus. Der Verein Ärzte gegen Tierversuche e. V. kommt auf eine jährliche Summe aus regelmäßigen und einmaligen Fördergeldern für rein auf den Menschen fokussierte Forschungsmethoden von maximal 12 Millionen Euro, der Milliarden für Tierversuche gegenüberstehen. Die Forderung von mindestens 100 Millionen Euro entspricht der Forderung des Dekans der Berliner Charité, Prof. Axel Radlach Pries, der einen Förderanteil von fünf Prozent für moderne Forschungsmethoden ohne Tiereinsatz fordert.

<https://www.aerzte-gegen-tierversuche.de/images/pdf/forschungsfoerderung.pdf>

Antrag

G.4.

Antragsteller/-innen:

KV Gütersloh, Delegierte Camila Cirlini, MdB Amira Mohamed Ali Tierschutzpolitische Sprecherin DIE LINKE. im Bundestag, Vorstand LAG Tierschutz DIE LINKE. NRW

Der Parteitag möge beschließen:

1 Tierversuche abschaffen

- 2 Wir fordern ein grundsätzliches Verbot aller Tierversuche. Hierzu ist umgehend ein Tierversuchs-
- 3 Ausstiegsprogramm in Anlehnung an das holländische Modell und auf Grundlage der Anforderungen
- 4 der Ärzte gegen Tierversuche e. V. zu erstellen. Dieses Ausstiegsprogramm soll auch als Forderung für
- 5 die gesamte EU Gültigkeit besitzen. Sofort durchzusetzen ist ein Verbot von Versuchen an Tieren des
- 6 Schweregrades »schwerst« und »schwer«.

Begründung:

Trotz regelmäßiger Versprechungen der Regierung, Tierversuche zu reduzieren, sind im vergangenen Jahr erneut 2,8 Millionen Tiere für Tierversuche »verbraucht« worden. Erschreckend ist der unveränderte hohe Anteil von 50 Prozent für die sogenannte »Grundlagenforschung«, für die zahlreiche wissenschaftliche Studien eine »Erfolgsquote« einer Übertragbarkeit auf den Menschen von weit unter ein Prozent belegen. Dies wird im Übrigen von den Befürwortern von Tierversuchen auch gar nicht bestritten. Ebenfalls erschreckend ist die gegenüber dem Vorjahr angestiegene Zahl der »verbrauchten« Affen.

Tierversuche des Schweregrades »schwerst« sind verfassungswidrig (Art. 20a GG) und nach der EU-Tierversuchsrichtlinie grundsätzlich nicht erlaubt. Hierbei handelt es sich um Tierversuche, welche bei den Versuchstieren schwerste, länger andauernde und nicht zu lindernde Qualen verursachen. Auch sind Tierversuche des Schweregrades »schwer« (5,6 Prozent der Tierversuche 2017) sofort zu verbieten, da die Grenzen zwischen »schwer« und »schwerst« verschwimmen. Oft wird der Schweregrad durch die Akteure zudem verschleiert und falsch angegeben, eine objektive Kontrolle findet nicht statt.

Ein Beispiel sind Xenotransplantationen, bei denen Organe und Körperteile gesunder Tiere entnommen werden, um sie Tieren anderer Spezies zu verpflanzen. Im Regelfall sterben die Probanden nach Xenotransplantationen unter heftigsten Abstoßungsreaktionen. Die Xenotransplantation ist nur ein Beispiel für unzählige unerfüllte und unerfüllbare Versprechen aus Tierversuchen. Dies belegt ein Rückblick des Vereins der Ärzte gegen Tierversuche e. V. der vergangenen 30 Jahre.

Die 3R-Methode trägt nicht zur Abschaffung der Tierversuche bei, sondern verfestigt sie, indem lediglich Korrekturen, vorgeblich in Richtung weniger Tierleid vorgenommen, der Tierversuch aber trotz seiner belegten Unzuverlässigkeit nicht in Frage gestellt wird.

Antrag**G.5.**

Antragsteller/-innen:

KV Gütersloh, Camila Cirlini, Vorstand LAG Tierschutz NRW

Der Parteitag möge beschließen:**1 Feuerwerke**

- 2 Private Feuerwerke, insbesondere zum Jahreswechsel, sind nach Möglichkeit gänzlich zu untersagen.
- 3 Anstelle privater Feuerwerke sollen zentral organisierte umweltfreundliche Lichtershow's treten.

Begründung:

Jedes Jahr verpesten die Feuerwerke zu Silvester mit extremen Grenzwertüberschreitungen die Luft, wie man sie sonst nur aus der Smoghauptstadt Peking kennt. Mancherorts sind die Werte einer Silvesternacht so hoch, wie die Emissionswerte einer ganzen Kleinstadt zusammengefasst für ein ganzes Jahr. Hinzu kommen zahllose Unfälle mit Böllern durch unsachgemäße Handhabung und die Belastung für draußen lebende Tiere und Haustiere.

Antrag**G.6.**

Antragsteller/-innen:

KV Gütersloh, Camila Cirlini, Vorstand LAG Tierschutz NRW

Der Parteitag möge beschließen:**1 Fleischexporte regulieren**

- 2 Eine drastische Regulierung von Fleisch- und Milchexporten soll mit dazu beitragen, dass das Klima geschont wird und dass nicht die ganze Welt mit überflüssigen Fleisch- und Milchwaren aus Massentierhaltungsanlagen, besonders aus Deutschland, überflutet wird. Diese Maßnahme soll zusätzlich dem Kampf gegen die unsägliche Massentierhaltung dienen, die Lebensräume und die Natur zerstört, Tiere quält und unzählige Menschen in den Ruin treibt. Hunger – auch innerhalb der Grenzen Europas – kann nur nachhaltig bekämpft werden, wenn die Vernichtung von noch essbaren Lebensmitteln aufhört. Lebensmittel dürfen nicht weiter weggeworfen werden.

Begründung: Begründet sich von selbst.

Antrag**G.7.**

Antragsteller/-innen:

KV Gütersloh, Camila Cirlini (Delegierte), Sandra Lang,
Edith Bartelmus-Scholich**Der Parteitag möge beschließen:****1 Vernichtung von noch guten Waren und Kleidung verhindern**

- 2 Zu der gesetzlichen Sorgfaltspflicht von Unternehmen, die sich mit der Herstellung und/oder dem
- 3 Handel von Gebrauchsgütern, wie Kleidung, beschäftigen muss, gehört es, dass die erzeugten Waren
- 4 nicht weiter vernichtet und verbrannt werden, sobald sie für den Markt als nicht mehr interessant
- 5 gelten oder Überschuss nicht gewinnbringend verkauft werden kann.

Begründung:

Jedes Jahr werden in der EU von Bekleidungsketten, wie H & M, unverkaufte Waren im Wert von mehreren Millionen Euro vernichtet, weil sie nicht mehr der aktuellen Mode entsprechen und Lagerkapazitäten ausgelastet sind.

Antrag**G.8.**

Antragsteller/-innen:

KV Gütersloh, Camila Cirlini, Vorstand LAG Tierschutz NRW

Der Parteitag möge beschließen:**1 Schlachttiertransporte**

- 2 Die Massentierhaltung ist abzuschaffen. Wir wollen eine artgerechte und umweltgerechte Tierhaltung.
- 3 Schlachttiertransporte können dem Schutz der Tiere niemals gerecht werden. Schlachttiere müssen
- 4 zum nächstgelegenen Schlachthof gefahren werden. Bestenfalls sollen Lebendtiertransporte jedoch
- 5 nur noch in Ausnahmefällen zu genehmigen sein. Die Weidetötung von Schlachttieren ist schonender
- 6 als ein qualvoller Transport. Transporte von lebenden Schlachttieren in Nicht-EU-Länder oder aus
- 7 Nicht-EU-Ländern müssen umgehend verboten werden.

Begründung:

Wir Menschen haben uns an den Anblick stundenlanger Transporte von Schlachttieren bei Minustemperaturen und bei Hitzesommern gewöhnt. Für Tiere stellen Transporte jedoch eine körperliche und seelische Extremlast dar. Nicht selten werden Tiere einzig und allein aus finanziellen Gründen stundenlang von A nach B transportiert – bei extremen Temperaturen stehen sie unter Umständen stundenlang zusammengepfercht im Stau auf Autobahnen, an Landesgrenzen und den EU-Außengrenzen. Zusätzlich ist es meist das erste Mal im Leben der Tiere, dass sie überhaupt aus ihrem Stall kommen. Auch kann die Versorgung der Tiere zu diesem Zeitpunkt in den meisten Fällen nicht mehr gewährleistet werden. Die zu verarbeitenden Eindrücke stellen eine Belastung dar, die nur als Tierquälerei bezeichnet werden kann.

Antrag**G.9.**

Antragsteller/-innen:

KV Gütersloh, Camila Cirlini, MdB Amira Mohamed Ali,
Vorstand LAG Tierschutz NRW**Der Parteitag möge beschließen:****1 Schaffung von Wildtierkorridoren**

- 2 In Anlehnung an das Schweizer Konzept zur Erhaltung der Artenvielfalt fordern wir ein Programm zur
- 3 Erstellung von flächendeckenden Wildtierkorridoren und Wildtierpassagen und eine zügige Umsetzung
- 4 unserer Forderung.

Begründung:

Wildtierpassagen ermöglichen eine Lebensraum-Verbindung, die durch den Bau eines Verkehrsträgers verloren gehen wird oder bereits verloren gegangen ist. Die festen Routen, auf denen sich Wildtiere großräumig bewegen, sind von überregionaler Bedeutung. Sie vernetzen innerhalb des Verbreitungsareals einer Art die Populationen großräumig miteinander. In der Schweiz existieren 305 Wildtierkorridore von überregionaler Bedeutung, welche erfasst und beschrieben sind. Etwa ein Drittel dieser Korridore kann als intakt bezeichnet werden (Stand 2018). Unsere Forderung bezieht sich weiträumig auf das Gesamtstraßennetz und soll nicht nur an Autobahnen und Bundesstraßen Anwendung finden. Deutschland ist hier mal wieder Schlusslicht. Bis 2020 will die Bundesregierung 90 Grünbrücken bauen lassen. Das ist viel zu wenig. 30 Prozent unserer heimischen Tierarten sind bereits vom Aussterben bedroht. Hunderttausende Tiere verunglücken jedes Jahr auf deutschen Straßen; 2017 wurden etwa 220 000 Wildunfälle bekannt, bei denen auch zahlreiche Menschen ums Leben kamen. Die Dunkelziffer kann als weitaus höher eingestuft werden. Insbesondere bedrohten Tierarten, wie vielen Amphibien, kann durch die Schaffung von Korridoren nachhaltig geholfen werden. Nicht zuletzt werden durch die Schaffung von Wildtierkorridoren Verkehrsunfälle mit Wildtieren vermindert und Menschenleben gerettet.

Antrag**G.10.**

Antragsteller/-innen:

KV Gütersloh, Camila Cirlini, Vorstand LAG Tierschutz NRW

Der Parteitag möge beschließen:**1 Einsatz von Tieren zur Belustigung des Menschen**

- 2 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Tiere nicht nur in Deutschland, sondern innerhalb der gesamten
- 3 EU als Mitgeschöpfe respektiert werden. Tiere empfinden Freude und Schmerz wie der Mensch. Sie
- 4 sind nicht auf der Welt, um uns zu unterhalten oder belustigen – weder im Zirkus, noch auf der Kirmes
- 5 oder in der Arena. Wir lehnen Pferde im Karneval sowie blutige Spektakel bei Stierkämpfen, bei
- 6 Trophäen- oder Treibjagden ab.

Begründung: Begründet sich von selbst.

Antrag**G.11.**

Antragsteller/-innen:

KV Gütersloh, Camila Cirlini, Vorstand LAG Tierschutz NRW

Der Parteitag möge beschließen:**1 Gemeinwohl-Ökonomie**

2 Wir wollen im Sinne einer Gemeinwohl-Ökonomie gesunde Ernährung und nachhaltiges Wirtschaften.

Begründung: Begründet sich von selbst.

Antrag**G.12.**

Antragsteller/-innen:

KV Gütersloh, Camila Cirlini, MdB Amira Mohamed Ali

Der Parteitag möge beschließen:**1 Industrielle Tierhaltung**

2 Industrielle Tierhaltung muss durch artgerechte, umwelt- und ressourcenschonende Haltungsformen
3 ersetzt werden.

Begründung: Wirksamer Tierschutz geht nur mit artgerechter Tierhaltung.

Antrag**G.13.**

Antragsteller/-innen:

BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, Margit Glasow
(Inklusionsbeauftragte), Ilja Seifert (Partei Vorstand), Susanne
Steffgen, Rolf Kohn (Koordinator der BAG)**Der Parteitag möge beschließen:****1 Barrierefreiheit ist die Grundvoraussetzung für Partizipation und Teilhabe
2 aller Menschen – in der Partei, in der Gesellschaft, in Europa**

3 DIE LINKE setzt sich überall – innerhalb der Partei und in der gesamten Gesellschaft einschließlich
4 Europa – für umfassende Barrierefreiheit ein. Dabei lässt sie sich von der Überzeugung leiten, dass
5 Barrierefreiheit nicht nur Menschen mit Behinderungen dienlich ist, sondern – gemäß dem Design for
6 all – einen Nutzen für alle Menschen hat. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, möge der Parteitag
7 zur konkreten Umsetzung folgende acht Aufgaben beschließen:

- 8 1. Wir wollen innerhalb der Partei das Teilhabekonzept konkretisieren und ergänzen. Umfassende
9 Barrierefreiheit wollen wir in allen Partei- und Abgeordnetenbüros sowie bei allen Parteiveranstal-
10 tungen nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Länderebene gewährleisten. Als einen ers-
11 ten Schritt auf diesem Weg sprechen wir uns dafür aus, dass die Wahl einer Genossin bzw. eines
12 Genossen auf eine Bundes- oder Landesliste in Zukunft auch von der Barrierefreiheit ihres bzw.
13 seines Büros abhängig gemacht wird.

- 14 2. Wir anerkennen das Selbstvertretungsrecht von Menschen mit den unterschiedlichsten Beein-
15 trüchtigungen, die dem Prinzip »Nichts über uns ohne uns!« durch sachkundiges Engagement
16 Geltung verschaffen. Deshalb finden wir Wege, Kandidaturen auf europäischer, Bundes-, Landes-
17 oder kommunaler Ebene so zu unterstützen, dass behinderungsbedingte Nachteile, sich allseits
18 bekannt zu machen, fair ausgeglichen werden.
- 19 3. Wir treten dafür ein, dass auch Menschen mit Assistenzbedarf sich politisch haupt- und ehrenamt-
20 lich engagieren können und dafür bedarfsgerechte, einkommens- und vermögensunabhängige
21 persönliche Assistenz erhalten. Wir stoßen deshalb eine parlamentarische Initiative an, um im
22 § 78 Bundesteilhabegesetz eine grundlegende Regelung zur persönlichen Assistenz herbeizufüh-
23 ren.
- 24 4. Wir fordern die Aufhebung der bestehenden Wahlrechtsausschlüsse von Menschen, für die in allen
25 Angelegenheiten ein Betreuer bestellt ist, sowie von Straftätern, die bei Begehung der Tat schuld-
26 unfähig waren und deshalb in der Psychiatrie untergebracht sind. Paragraf 13 (2) und (3) im Bun-
27 deswahlgesetz sollen ersatzlos gestrichen werden.
- 28 5. Jedes Jahr 250 000 Sozialwohnungen mehr! – Diese Forderung unserer im September 2018
29 gestarteten Mietenkampagne unter dem Motto »Bezahlbare Miete statt fetter Rendite« erweitern
30 wir wie folgt: Jedes Jahr 250 000 barrierefreie Sozialwohnungen mehr! Wir gehen dabei von dem
31 Grundsatz aus, dass »sozial« für uns Linke nicht nur »bezahlbar«, sondern auch »barrierefrei« be-
32 deutet.
- 33 6. Wir kämpfen gleichfalls für barrierefreie Krankenhäuser, Arztpraxen, Apotheken und andere
34 Gesundheitseinrichtungen. Wir kämpfen für eine Pflege, die Menschen nicht ins Heim zwingt,
35 sondern ihnen mit Unterstützungsbedarf die gleichen Wahlmöglichkeiten, wie andere Menschen in
36 der Gemeinschaft zu leben, garantiert. Auch dafür brauchen wir eine bedarfsgerechte, einkom-
37 mens- und vermögensunabhängige persönliche Assistenz. Und wir brauchen eine Assistenz, die
38 Menschen mit Behinderungen auch während ihrer Krankenhausaufenthalte begleiten darf.
- 39 7. Auf europäischer Ebene streiten wir dafür, dass Deutschland seine Blockade gegen die 5. Gleich-
40 behandlungsrichtlinie aufhebt, wieder in die Verhandlungen eintritt und gemeinsam mit den EU-
41 Partnern, mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament an einem starken
42 Diskriminierungsschutz für sämtliche Lebensbereiche arbeitet, der für alle Menschen in Europa
43 gilt.
- 44 8. Hinsichtlich des Entwurfes des European Accessibility Acts (EAA), dem Europäischen Gesetz zur
45 Barrierefreiheit, treten wir dafür ein, den eingeschränkten Geltungsbereich des Gesetzes aufzuhe-
46 ben, damit alle Menschen den gleichen Zugang zu Orten, Produkten und Dienstleistungen erhal-
47 ten. Wir fordern insbesondere Deutschland auf, die Verbesserungen, die durch das Gesetz erwar-
48 tet werden, im Rat der Europäischen Union nicht länger auszubremesen.

Begründung:

Zu Punkt 1: Im Programm der Partei DIE LINKE ist verankert: »DIE LINKE kämpft [...] für eine inklusive Gesellschaft, in der jeder Mensch Rahmenbedingungen findet, in denen er seine Fähigkeiten, Fertigkeiten und Talente entfalten kann, niemand außerhalb der Gesellschaft steht und jede und jeder sich einbringen kann.« Dazu haben wir im Jahre 2014 das Teilhabekonzept beschlossen und Forderungen formuliert, denen wir in der Partei selbst gerecht werden wollen. Dieses Teilhabekonzept muss nach fünf Jahren aktualisiert, konkretisiert und ergänzt werden.

Zu Punkt 2: Entsprechend Artikel 29 der UN-Behindertenrechtskonvention »Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben« und der Resolution 2155/2017 des Europarates über »Die politischen Rechte von Menschen mit Behinderungen: ein demokratisches Anliegen« sollen Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können. Doch auch in unserer Partei sind Menschen mit Behinderungen noch zu wenig sichtbar. Es fehlt häufig an barrierefreien, inklusiven Strukturen, aber auch an Verständnis und Akzeptanz, dass Menschen mit Behinderungen in allen politischen Arbeitsfeldern gleich gute Arbeit wie alle anderen leisten (können). Sie

brauchen unsere Unterstützung – durch Assistenz, durch Nachteilsausgleiche, auch durch Ermutigung. Deshalb wollen wir Strategien und Strukturen innerhalb unserer Partei und darüber hinaus weiterentwickeln, um eine transparente, inklusive und wirksame Beteiligung aller Gruppen von Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen.

Zu Punkt 3: Um sich politisch haupt- oder ehrenamtlich zu engagieren, benötigen viele Menschen mit Behinderungen Assistenz-Leistungen. Doch laut Bundesteilhabegesetz (BTHG) sind Assistenz-Leistungen für leistungsberechtigte Personen, die ein Ehrenamt ausüben, eingeschränkt. Ihnen steht lediglich die Erstattung »angemessener Aufwendungen für eine notwendige Unterstützung durch Personen aus dem familiären, befreundeten oder nachbarschaftlichen Umfeld« zu und auch das nur, »soweit die Unterstützung nicht zumutbar unentgeltlich erbracht werden kann«. Das wollen wir verändern.

Zu Punkt 4: Laut § 13 Bundeswahlgesetz (BWG) sind Menschen, für die in allen Angelegenheiten ein Betreuer bestellt ist, sowie Straftäter, die bei Begehung der Tat schuldunfähig waren und deshalb in der Psychiatrie untergebracht sind, vom Wahlrecht ausgeschlossen. Das betrifft in Deutschland ca. 85 000 Menschen. Wir fordern, das Wahlrecht von der Rechts- und Handlungsfähigkeit sowie der Betreuung in allen Angelegenheiten zu entkoppeln und den § 13 BWG ersatzlos zu streichen.

Zu Punkt 5: Für viele Menschen ist Wohnen nicht mehr bezahlbar. Bundesweit fehlen fünf Millionen Sozialwohnungen. Die Obdachlosigkeit steigt. Betroffen sind zunehmend Menschen mit Behinderungen, denn Behinderung bedeutet oft auch Armut. Deshalb heißt »sozial« für uns Linke nicht nur »bezahlbar«, sondern auch »barrierefrei«. Laut einer Studie der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e. V. gibt es bis 2030 einen Fehlbedarf von minimal 2,9 Millionen barrierefreien Wohnungen. Allein für Rollstuhlnutzer fehlen 5 17 000 barrierefreie Wohnungen, so dass für die Hälfte der Rollstuhlnutzer kein geeigneter Wohnraum zur Verfügung steht. Viele behinderte und ältere Menschen leben in Wohnungen, die sie ohne Hilfe nicht verlassen können. Viele Menschen müssen ins Heim, weil es keine barrierefreien und bezahlbaren Wohnungen gibt.

Zu Punkt 6: Genauso dringend ist es, das Pflege- und Gesundheitssystem barrierefrei zu gestalten – in baulicher und kommunikativer Hinsicht. Menschen mit Behinderungen, aber auch ältere oder chronisch kranke Menschen stoßen beim Arztbesuch häufig auf bauliche oder kommunikative Barrieren. Laut einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der LINKEN nach barrierefreien Arztpraxen verfügt bisher nur jede dritte Praxis (34,4 Prozent) über eine der insgesamt zwölf Kriterien für Barrierefreiheit. Auch an der Barrierefreiheit von Informationsangeboten und ihrer Eignung, zum Beispiel für blinde, sehbehinderte, gehörlose und schwerhörige sowie kognitiv eingeschränkte Menschen, mangelt es bisher. Und das nicht nur in Arztpraxen, sondern auch in Krankenhäusern und anderen Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen.

Zu Punkt 7: Auf Europäischer Ebene geht es seit vielen Jahren um die Ausweitung der Gleichbehandlungsgesetzgebung, die alle Menschen der Europäischen Union vor Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion und Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters und der sexuellen Identität schützen soll. Dazu soll eine neue Richtlinie auf den Weg gebracht werden. Doch Deutschland blockiert den Entscheidungsprozess über die Richtlinie prinzipiell und vertritt den Standpunkt, dass die Richtlinie Belastungen für Unternehmen darstellen könnte.

Zu Punkt 8: Seit 2015 liegt ein Entwurf für den so genannten European Accessibility Act (EAA) vor, einem Europäischen Gesetz zur Barrierefreiheit, über den in einer der kommenden Plenarsitzungen des Europaparlaments abgestimmt werden soll. In diesem Richtlinienentwurf werden die Anforderungen der digitalen Barrierefreiheit an Unternehmen des öffentlichen Interesses beschrieben. Das Europäische Forum von Menschen mit Behinderungen (European Disability Forum - EDF) kritisiert – unterstützt vom Deutschen Behindertenrat – vor allem den eingeschränkten Geltungsbereich des Gesetzes. Denn die Forderung nach digitaler Barrierefreiheit lässt die reale Umgebung, in der Menschen mit Behinderungen leben, außen vor. Doch wir brauchen ein starkes Europäisches Gesetz zur Barrierefreiheit, das Barrierefreiheit umfassend regelt.

Antrag

G.14.

Antragsteller/-innen:

LISA NRW, Sahra Mirow (Landessprecherin Baden-Württemberg), Brigitte Stelze (KV Bielefeld), Daniela Mehler-Würzbach (KV Frankfurt am Main), Regina Stosch (BV Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf), Cornelia Swillus-Knöchel (LISA NRW), Nina Eumann (LISA NRW), Daphne Weber (Bundesvorstand SDS/Hildesheim), Kenia Felger (Bundesvorstand SDS), Kerstin Wolter (BV Berlin Friedrichshain-Kreuzberg), Alex Wischnewski (BV Berlin Neukölln)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 DIE LINKE unterstützt die Aktivitäten zum Frauen*streik. DIE LINKE ruft ihre Mitglieder dazu auf, sich
- 2 an den Aktivitäten zu beteiligen.

Begründung:

Der Internationale Frauentag war und ist ein kämpferischer Tag der sozialistischen Frauen. Nicht immer wurde er in seiner mehr als 100-jährigen Geschichte in diesem Sinne begangen. Doch nach Jahren des Rosenverteilens und nur weniger politischer Interventionen haben Frauen*kampftagsbündnisse den 8. März in Deutschland wieder stärker politisiert und wichtige Aufbauarbeit für eine neue Welle der Frauen*bewegung geleistet.

Für uns ist der 8. März kein Gedenktag, sondern bleibt ein kämpferischer Tag, denn viele Forderungen der Frauenbewegung sind noch lange nicht erfüllt. Der 8. März wird auch in den kommenden Jahren ein Tag sein voller Aktivitäten, Diskussionen, Kultur und des Feierns. In diesem Jahr wird das erste Mal seit 25 Jahren wieder zu einem Frauen*streik aufgerufen. Damit reißen sich auch Feministinnen* in Deutschland in die globale Frauen*streikbewegung ein. Weltweit wehren sich Frauen* damit gegen Neoliberalismus, Korruption, politische Verrohung, gegen Rassismus, Sexismus und Gewalt an Frauen, gegen Armut, Krieg, den Raubbau an der Natur und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse – sei es in Indien oder auf Bali, in Polen oder Italien, in Argentinien oder den USA.

»Wenn wir streiken, steht die Welt still« ist das Motto des Aufrufs, der im November von rund 400 Frauen* auf der ersten bundesweiten Frauen*streikversammlung einstimmig beschlossen wurde. Ein feministischer Streik erkennt Arbeit nicht nur an, wenn sie entlohnt wird, sondern will darüber hinaus die unzähligen Stunden von Pflege-, Erziehungs- und emotionaler Arbeit von Frauen* sichtbar machen. Nicht zu vergessen die unverzichtbare ehrenamtliche soziale Arbeit von Frauen, insbesondere von Senior*innen. Auch diese Arbeit ist Arbeit und berechtigt Frauen* zum Streik. Gleichzeitig denken wir gemeinsam mit Gewerkschafter*innen darüber nach, wie betriebliche Streikformen aussehen können. Eine Möglichkeit ist die aktive Mittagspause, eine andere sind Betriebsversammlungen zum Thema Gleichstellung.

Wir wollen auch auf die weiterhin existierende Ungerechtigkeit in Deutschland hinweisen: Das Armutsrisiko für alleinerziehende Frauen* ist nach wie vor hoch, Altersarmut ist vorprogrammiert. Und die Forderung nach gleicher Bezahlung für gleichwertige Arbeit ist immer noch nicht erfüllt. Die Unterfinanzierung der Frauenhäuser, struktureller Sexismus, die Liste ist lang.

DIE LINKE ruft deshalb dazu auf, am 8. März nicht nur den Aufrufen zu Demonstrationen zu folgen, sondern sich an den vielseitigen Frauen*streikaktivitäten zu beteiligen. Sei es an den vielen Orten, an denen Frauen* arbeiten werden oder zu Hause, indem Frauen* alle anfallende Arbeit abgeben und eine gerechte Arbeitsverteilung zur Debatte zu stellen.

Männer rufen wir dazu auf, Frauen* am 8. März in ihren Streikaktivitäten zu unterstützen.

Der 8. März wird Frauen*kampftag bleiben, wenn wir dafür sorgen!

Dieser Antrag wurde zugleich an das Frauenplenum des Parteitages eingereicht.

Anträge mit überwiegendem Bezug zur Partei

Antrag

P.1.

Antragsteller/-innen:

Kommunistische Plattform, Cuba Sí, Bezirksverband Hamburg-Mitte, Ellen Brombacher (Berlin, Delegierte), Wolfgang Gehrcke (Berlin), Stephan Jegielka (Berlin, Delegierter), Zaklin Nastic (MdB), Ilona Addis (Berlin, Delegierte), Hans-Henning Adler (Niedersachsen), Michael Aggelidis (Nordrhein-Westfalen), Ali Al Dailami (BAG Migration, Integration und Antirassismus), Rainer Albinus (Berlin), Sabine Albrecht (Hessen), Christiane Alisch (Brandenburg), Siegfried Alisch (Brandenburg), Klaus Bartl (Sachsen, MdL), Hans Bauer (Berlin), Peter Bauer (Brandenburg), Waltraud Bauer (Mecklenburg-Vorpommern, Delegierte), Petra Beck (Ökologische Plattform), Melanie Becker (Nordrhein-Westfalen), Gunhild Berdal (Hamburg), Ulrich Bluhm (Brandenburg), Günter Böhme (Brandenburg), Ulrich Boje (Marxistisches Forum), Alexandra Borchardt (Ökologische Plattform), Wolfgang Borchardt (Ökologische Plattform), Griseldis Brete (Sachsen), Raimon Brete (Sachsen), Arne Brix (Niedersachsen, Delegierter), Michael Brix (Brandenburg), Sonja Brix (Brandenburg), Manfred Büddemann (Nordrhein-Westfalen, Delegierter), Rolf Büttner (Thüringen), Solveigh Calderin (Brandenburg), Reinhold Claassen (Sachsen), Uwe Dähne (Sachsen), Fabio De Masi (MdB), Dr. Diether Dehm (MdB), Rüdiger Deißler (Berlin), Jens Dietzmann (Sachsen), Ramona Dittrich (Brandenburg, Ersatzdelegierte), Jochen Dürr (AG betrieb & gewerkschaft, Delegierter), Julian Eder (Hessen, Delegierter), Anke Ehlers (Hamburg, Delegierte), Karl-Ernst Ehwald (Brandenburg, Delegierter), Gabriele Eichner (Sachsen, Delegierte), Matthias Eichner (Sachsen), Michael Elte (Brandenburg), Tim Engels (Nordrhein-Westfalen), Peter Engert (Brandenburg), Margareta Feigel (Sachsen), Bernd Feilke (Sachsen), Dorothea Feuerbach (Thüringen), Klaus Fiedler (Sachsen), Rosemarie Fiedler (Sachsen), Sebastian Filipp (Sachsen-Anhalt), Detlef Franek (Ökologische Plattform), Klaus-Dieter Franke (Sachsen-Anhalt), Kerstin Fremder-Sauerbeck (Hamburg, Delegierte), Christa Frenschok (Sachsen), Wolfgang Fründt (Mecklenburg-Vorpommern), Heinz Fuhrmann (Berlin), Sylvia Gabelmann (MdB), Bernd Giewolies (Brandenburg), Kristian Glaser (Hamburg, Delegierter), Andreas Gläser (Sachsen), Heiderose Gläß (Sachsen), Dr. Reinhold Gläß (Sachsen), Bernd Gnant (Sachsen), Helmut Goldenstedt (Nordrhein-Westfalen), Alexander Götz (Hamburg), Harri Grünberg (Cuba Sí, Delegierter), Edelgard Grunert (Brandenburg), Wolfram Gumpel (Brandenburg), Hannelore Haese (Sachsen-Anhalt), Peter Haese (Sachsen-Anhalt), Christian Harde (Baden-Württemberg), Thomas Hecker (Kommunistische Plattform), Hildegard Heinemann (Hamburg), Helga Hennig (Sachsen), Siegfried Hennig (Sachsen), Dr. Ralf Henrichs (Ökologische Plattform), Annemarie Heuer-Kiosz (Hamburg), Uwe Hiks (Marxistisches Forum), Franziska Hildebrandt (DIE LINKE.SDS, Delegierte), Bodo Hinkel (Kommunistische Plattform, Ersatzdelegierter), Marianne Hinkel (Brandenburg), Heide Hinz (Sachsen), Manfred Hofmann (Brandenburg), Reiner Hofmann (Berlin, Delegierter), Reiner Hofmann (Baden-Württemberg), Dietrich Holz (Sachsen), Lisa Hölzer (Brandenburg), Roland Hölzer (Brandenburg), Prof. Dr. Hans-Werner Horn (Berlin), Ingrid Hörning (Sachsen), Jonas Hoyer (Hamburg, Delegierter), Andrej Hunko (MdB), Horst Jäkel (Brandenburg), Gabriele Jung (Sachsen), Rolf Kadgien (Mecklenburg-Vorpommern), Sven Kaiser (Mecklenburg-Vorpommern), Wolfgang Kämmerer (Ökologische Plattform), Peter Kebsch (Sachsen), Dr. Achim Kessler (MdB, Delegierter), Dr. Johanna Kessler (Hamburg), Renate Kirschen (Brandenburg), Margot Kleinert (Brandenburg), Edelgard Klengel (Sachsen), Wolfgang Klengel (Sachsen), Prof. Dr. Hermann Klenner (Ältestenrat), Gesine Koeltzsch (Ökologische Plattform), Ronny König (Sachsen), Christiane Kranz (Thüringen, Delegierte), Wolfgang Kronschwitz (Sachsen), Andreas Krüger (Brandenburg), Edith Krüger (Brandenburg), Lothar Krüger (Brandenburg, Delegierter), Gerhard Langguth (Berlin), Dietmar Lehmann (Sachsen), Dr. Helga Lemme (Sachsen), Ulrich Lenz (Rheinland-Pfalz, Delegierter), Gerhard Leutert (Brandenburg), Dr. Marianne Linke (Mecklenburg-Vorpommern), Reinhard Loeff (Brandenburg), André Lohmar (Berlin), Sabine Lösing (MdEP), Dr. Manfred Lotze (Hamburg), Ulrik Ludwig (Hamburg), Prof. Dr. Christa Luft (Berlin), Dr. Sandra Lust (Berlin), Heinz Mahnke (Brandenburg), Ingo Mai (Sachsen), Dieter Malchow (Berlin), Sylvia Mang (Bayern, Delegierte), Prof. Dr. Moritz Mebel (Berlin), Prof. Dr. Herbert Meißner (Brandenburg), Peter Menzel (Mecklenburg-Vorpommern), Rita Menzel (Mecklenburg-Vorpommern), Blanca Merz (Hamburg, Delegierte), Bernd Mewes (Berlin), Frank Müller (Brandenburg), Felix Muster (Sachsen), Lutz Naumann (Sachsen), Marita Naumann (Sachsen), Dr. Alexander S. Neu (MdB), Wolfgang Neumann (Brandenburg)

burg), Elke Nordbrock (Hamburg), Michael Oberländer (Brandenburg), Heinz Oehme (Sachsen), Carla O'Gallchobhair (Berlin), Marcus Otto (Ökologische Plattform), Prof. Dr. Norman Paech (Hamburg), Helmut Pannhausen (Brandenburg), Dieter Peschel (Sachsen), Elke Peters (Mecklenburg-Vorpommern), Thorben Peters (Niedersachsen, Mitglied des Bundesausschusses, Delegierter), Till Petersen (Hamburg), Maria Helga Pfaff (Brandenburg), Otto Pfeiffer (Berlin), Jacob Philipsen (Berlin), Gina Pietsch (Berlin), Irene Pißarczyk (Sachsen), Eberhard Plehn (Brandenburg), Dieter Popp (Nordrhein-Westfalen), Erich Postler (Kommunistische Plattform, Delegierter), Walter Praher (Nordrhein-Westfalen), Prof. Dr. Gregor Putensen (Mecklenburg-Vorpommern), Friedrich Rabe (Bundesausschuss), Ursula Räther (Sachsen), Claus Rauhut (Hessen), Dr. Andrej Reder (Berlin), Christiane Reymann (Berlin), Dr. Margit Ribbschlaeger (Berlin), Dr. Jörn Rieken (Berlin, Delegierter), Christian Röse (Mecklenburg-Vorpommern), Melanie Rott (Berlin, Delegierte), Herbert Rubisch (Berlin), Nico Rudolph (Sachsen, Delegierter), Karl-Wilhelm Ruhmann (Thüringen), Sigrid Ruhmann (Thüringen), Martin Rutsch (Bundesausschuss), Erika Schaller (Brandenburg), Dr. Johanna Scheringer-Wright (Ökologische Plattform, MdL, Delegierte), Ruth Schirm (Berlin), Kerstin Schirrmann (Sachsen), Irmgard Schleinitz (Sachsen), Ulrich Schloos (Nordrhein-Westfalen), Reinhard Schöffel (Brandenburg), Siegfried Schramm (Sachsen), Wilfried Schubert (Mecklenburg-Vorpommern), Maik Schulmann (Mecklenburg-Vorpommern), Carsten Schulz (Berlin, Delegierter), Hansjürgen Schulze (Ökologische Plattform), Elfriede Schümborg (Sachsen), Maureen Schwalke (Hamburg, Ersatzdelegierte), Claudia Schwander (Sachsen), Matthias Schwander (Sachsen), Horst Seiler (Sachsen), Gilbert Siegler (Ökologische Plattform, Delegierter), Regina Silbermann (Sachsen), Prof. Dr. Hans-Dieter Sill (Mecklenburg-Vorpommern), Karl-Wilhelm Soenke (Sachsen), Roswitha Spahl (Sachsen), Dr. Alfred Spieler (Berlin), Norbert Staffa (Sachsen), Renate Staffa (Sachsen), Prof. Dr. Klaus Steinitz (Berlin), Dr. Lucienne Steinitz (Berlin), Jürgen Stelzner (Berlin), Waltraud Tegge (Mecklenburg-Vorpommern, Delegierte), Vera Teller (Berlin), Michael Teske (Sachsen-Anhalt, Delegierter), Heidemarie Thiel (Sachsen), Friedrich Thiemann (Sachsen-Anhalt, Delegierter), Ulrich Thoden (Nordrhein-Westfalen), Dorian Tigges (DIE LINKE.SDS, Delegierter), Joachim Traut (Thüringen, Delegierter), Alexander Ulrich (MdB), Elisabeth Umezulike (Nordrhein-Westfalen), Ulrich Vanek (Kommunistische Plattform, Delegierter), Jochem Visser (Berlin), Dr. Volkmar Vogel (Berlin), Heidrun von der Stück (Nordrhein-Westfalen), Wolfgang Voß (Cuba Sí), Andreas Wagner (MdB), Joachim Wahl (Berlin), Olaf Walther (Hamburg), Dietmar Weber (Sachsen), Dr. Eva Weidnitzer (Brandenburg), Dr. Frank Weidnitzer (Brandenburg), Hagen Weinberg (Brandenburg), Dr. Petra Werth (Sachsen), Werner Wild (Sachsen-Anhalt), Petra Willemelis (Berlin), Peter Wils (Hamburg, Delegierter), Jörg Winkler (Sachsen), Elisabeth Wissel (Berlin, Delegierte), Ursula Witt (Berlin), Dr. Friedrich Wolff (Brandenburg), Ulrich Wunderlich (Brandenburg), Dr. Bernd Zänker (Sachsen), Dr. Reiner Zilkenat (Brandenburg), Pia Zimmermann (MdB).

Der Parteitag möge beschließen:

1 Für friedliche Beziehungen zu Russland – der Vergangenheit und der 2 Zukunft wegen

3 Am 1. September 1939 begann Hitlerdeutschland den Zweiten Weltkrieg. Er kostete 27 Millionen
4 Bürger der Sowjetunion das Leben. Die Menschen dieses Landes, darunter sehr viele Russen, trugen
5 die Hauptlast bei der Zerschlagung der faschistischen Barbarei.

6 80 Jahre danach droht das atomare Inferno eines Dritten Weltkrieges. Die Ankündigung Trumps, aus
7 dem INF-Vertrag auszusteigen und die daraus folgende Stationierung landgestützter atomarer Kurz-
8 und Mittelstreckenraketen in Europa würde die Gefahr eines Atomkrieges auf unserem Kontinent
9 aufgrund extrem verkürzter Vorwarnzeiten wesentlich erhöhen. Albert Einstein werden die Worte
10 zugeschrieben: »Ich bin mir nicht sicher, mit welchen Waffen der dritte Weltkrieg ausgetragen wird,
11 aber im vierten Weltkrieg werden sie mit Stöcken und Steinen kämpfen.«

12 Ein solches Inferno gilt es zu verhindern. Ohne ein friedliches Verhältnis zu Russland – dem die im
13 Rahmen der NATO an dessen Grenzen stationierten Bundeswehrkontingente ebenso entgegenstehen
14 wie die Wirtschaftssanktionen und die vorherrschende Russophobie besonders in den Medien – kann
15 der Friede in Europa und in der Welt auf Dauer nicht gesichert werden.

16 In dieser Haltung sehen wir uns eins mit der Mehrheit der deutschen Bevölkerung. 2016 sprachen
17 sich 81 Prozent der Deutschen für eine engere Beziehung zu Russland aus. Die Mehrheit der Deut-
18 schen sieht zudem in Russland einen zuverlässigeren Partner als in den USA.

19 Dieser Stimmung entspricht die deutsche Außenpolitik seit geraumer Zeit in keiner Weise. Diese
20 Stimmung zu ändern, ist offenkundig ein elementares Anliegen der veröffentlichten Meinung. So

21 waren in den letzten Monaten laut einer Untersuchung 90 Prozent der politischen Kommentare zu
22 Russland in den deutschen Leitmedien von russlandfeindlichem Charakter. Wie weit das geht, soll ein
23 Beispiel belegen: In der Zeitschrift Geo, die man nicht unbedingt in der ersten Reihe militaristischer
24 Scharfmacherei vermutet, wird zur Rechtfertigung der Stationierung der Bundeswehr an der russi-
25 schen Grenze geschichtsvergessen ein frischer Angriffsgeist von der »Truppe« gefordert: »Die
26 Deutschen sollen in Adazi üben, anzugreifen. [...] Den Angriff haben die Deutschen vernachlässigt.
27 Schnell entscheiden, schnell handeln. Jetzt, wo der Gegner wieder Russland heißt und so nah ist, sind
28 diese Fähigkeiten gefragt.« Ein an Goebbels erinnernder Sprachgebrauch, der in seiner berüchtigten
29 Sportpalastrede 1943 nach Stalingrad forderte: »Es muss schnell und gründlich gehandelt werden,
30 sonst ist es zu spät.«

31 Angesichts all dessen bedarf es einer Kraft in der BRD, die nicht aufhört, unablässig dieser Meinungs-
32 manipulation entgegenzutreten und die auf eine ehrliche Zusammenarbeit mit Russland setzt. DIE
33 LINKE muss sich in den Kommunen, in den Landtagen, im Bundestag und im EU-Parlament für eine
34 Politik einsetzen, die der herrschenden, kreuzgefährlichen Konfrontationspolitik gegenüber Russland
35 konsequent entgegentritt. Somit hilft sie zugleich zu verhindern, dass sich die geschichtsrevisionisti-
36 sche AfD aus wahltaktischen Gründen als russlandfreundlich maskieren kann.

37 DIE LINKE organisiert bundesweite Protestaktionen gegen die seitens der USA geplante Aufkündigung
38 des INF-Vertrages und die daraus erwachsenden katastrophalen Folgen.

39 DIE LINKE fordert:

- 40 1. Die Bundesregierung verlangt den Verbleib der USA im INF-Vertrag. Sie lehnt im gegebenen Fall
41 die erneute Stationierung atomarer US-Mittelstreckenraketen auf deutschem und europäischem
42 Boden ab und fordert den Abzug aller US-Atomwaffen aus der BRD, statt sie zu modernisieren.
- 43 2. Die Bundesregierung tritt gemeinsam mit Russland für diplomatische Lösungen zur Beendigung
44 des Syrienkrieges ein. Einen Einsatz der Bundeswehr in Syrien lehnt sie kategorisch ab. Deutsch-
45 land setzt sich als Signatarmacht weiter für die Einhaltung und Umsetzung des Minsker Abkom-
46 mens ein.
- 47 3. Als Mitglied der NATO, deren Auflösung DIE LINKE in ihrem Programm fordert, verlangt die BRD
48 das Ende der Konfrontationspolitik gegen Russland. Die im Rahmen der NATO im Baltikum statio-
49 nierten Bundeswehrkontingente müssen sofort abgezogen werden. Das gleiche sollte, entspre-
50 chend der deutschen Verfassung, für den Rückzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen
51 und für die Auflösung aller im Ausland befindlichen deutschen Militärstützpunkte gelten. Die NATO
52 und ihre Mitgliedstaaten haben in den letzten Jahren nachweislich viermal so viele Manöver
53 durchgeführt wie die Russische Föderation. Die Bundesregierung verlangt ein Ende aller NATO-
54 /US-Militärmanöver in Ost- und Nordeuropa.
- 55 4. Der Militäretat der NATO-Staaten übersteigt den der Russischen Föderation um das Vierzehnfache.
56 Anstatt den NATO-Aufrüstungsforderungen auf zwei Prozent des BIP zu folgen, tritt die Bun-
57 desregierung dafür ein, dass die Rüstungsausgaben um jährlich zehn Prozent gesenkt werden. Mit
58 Russland werden Verhandlungen über gemeinsame Abrüstungsanstrengungen aufgenommen. Der
59 an Russlands Grenzen errichtete sogenannte Raketenabwehrschirm muss verschwinden.
- 60 5. Abzulehnen ist ebenfalls eine von Präsident Macron – nicht zuletzt mit Verweis auf Russland –
61 erneut ins Spiel gebrachte EU-Armee. Es ist skandalös, dass sich die Bundeskanzlerin Merkel in
62 ihrer Rede vor dem Europäischen Parlament ebenfalls und mit Nachdruck für die Bildung einer EU-
63 Armee ausgesprochen hat.
- 64 6. Die Sanktionen gegen Russland müssen sofort beendet werden und die Beziehungen zu Russland
65 wieder auf gegenseitiger Achtung und souveräner Gleichheit beruhen.
- 66 7. Bundesregierung und Bundestag unterstützen Aktionen und Initiativen, die einer Politik des
67 Friedens und der Zusammenarbeit mit Russland dienen. Sie unterstützen Städtepartnerschaften
68 beider Länder, setzen sich für die Erleichterung des Reiseverkehrs ein und fördern den wirtschaft-
69 lichen, kulturellen und wissenschaftlichen Austausch zwischen beiden Ländern.

Begründung:

»Kein Wort von der oft ausgesteckten Hand und den vielen Enttäuschungen« Russlands gegenüber dem Westen, bemerkte der sozialdemokratische Publizist Albrecht Müller zu Recht zum kürzlich veröffentlichten Russlandpapier der SPD. Der Grundtenor bleibe weiter bestehen: »im Westen die Guten [...] in Russland die Bösen«. Kein Wort zum friedlichen Abzug der russischen Truppen aus Deutschland. Kein Wort zur Zusage an Russland, die NATO nicht in Richtung Osten auszuweiten. Kein Wort zum Angebot Putins im Bundestag 2001 zur freundschaftlichen Zusammenarbeit Deutschlands mit Russland. Kein Wort zum warnenden Hinweis des russischen Präsidenten auf der 43. Sicherheitskonferenz, in der internationalen Politik das Völkerrecht einzuhalten und »die UNO nicht durch die NATO oder die EU« zu ersetzen. DIE LINKE sollte aus Gründen der Friedenserhaltung und des normalen Anstands Russland mit dem gebotenen Respekt begegnen.

Antrag

P.2.

Antragsteller/-innen:

BAG Grundeinkommen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Hinweis zum von der BAG Grundeinkommen angestrebten Mitgliederent-** 2 **scheid**

3 Der Bundesparteitag weist die Mitgliedschaft darauf hin, dass die BAG Grundeinkommen einen
4 Mitgliederentscheid zum Bedingungslosen Grundeinkommen anstrebt und dafür unter [www.mit-links-](http://www.mit-links-zum-grundeinkommen.de)
5 [zum-grundeinkommen.de](http://www.mit-links-zum-grundeinkommen.de) Unterschriften von Parteimitgliedern sammelt. Der Bundesgeschäftsführer
6 wird aufgefordert, diesen Beschluss über den bundesweiten Kreisverteiler der Partei bekannt zu
7 machen.

Begründung:

Der Parteivorstand hat beschlossen, die Unterschriftensammlung für den Mitgliederentscheid abzulehnen. Wir halten dies für eine undemokratische und basisfeindliche Praxis, da dieser Beschluss uns von einer Vielzahl an Kommunikationskanälen ausgeschlossen hat. DIE LINKE ist eine Mitgliederpartei und legt großen Wert auf Partizipation, so zumindest immer wieder die Bekundungen. Deshalb bitten wir den Bundesparteitag darum, mit Annahme dieses Antrags ein Zeichen für Basisdemokratie zu setzen.

Antrag**P.3.**

Antragsteller/-innen:

BAG Delegiertenmandat, LAG Delegiertenmandat Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:**1 Es ist genug VS für alle da – AG Delegiertenmandat endlich beobachten!**

2 Der Verfassungsschutz dreht Däumchen, guckt weg oder – wenn er guckt – in die falsche Richtung,
3 und das mit 8,5 Dioptrien. Das ist »bezahltes Nichtstun« (Andrea Nahles). Doch das muss nicht sein:
4 In unserer Partei hat sich nun die sehr extremistische Bundesarbeitsgemeinschaft Delegiertenmandat
5 im sehr riesen Bundesland Sachsen beim Landesamt für Verfassungsschutz zur Selbstanzeige
6 gebracht. Das sorgt für Sicherheit für alle und für Beschäftigung beim VS. Wenn man nebenbei noch
7 erfolgreich Pferdewetten abschließt, handelt es sich also um eine Win-Win-Win-Situation.

- 8 1. Der Bundesparteitag unterstützt daher das Vorhaben der BAG Delegiertenmandat (in der Zusam-
9 menschluss-Szene der Partei ist vom Shooting-Star und Nachwuchstalent unter den BAGs die
10 Rede!) vom Verfassungsschutz beobachtet zu werden. Die von der AG Delegiertenmandat aufge-
11 führten Gründe für eine Beobachtung sind wissenschaftlich korrekt. Das ganze Schreiben findet
12 sich auf der Darkweb-Internetseite www.delimandat.de.
- 13 2. Der Bundesparteitag distanziert sich gleichzeitig nach- und ausdrücklich von der ersten »Verfas-
14 sungsfeindlichen Erklärung«, die die LAG Delegiertenmandat Sachsen unter dem Titel »FDGO und
15 Merkel-Regime« auf der überaus attraktiven Website www.delimandat.de veröffentlicht hat.
- 16 3. Der Bundesparteitag ruft ferner alle Mitglieder dazu auf, UNTER GAR KEINEN UMSTÄNDEN Mitglied
17 der AG Delegiertenmandat zu werden. Diese Warnung ist insofern von besonderer Bedeutung, als
18 dass der Eintritt ERSCHRECKEND einfach online unter www.delimandat.de vollzogen werden kann.
19 Außerdem locken ein ausgeklügeltes Bonus- und Prämiensystem neue Mitglieder wie die Fliegen
20 an. Nicht zuletzt die GOLDENEN MITGLIEDSKARTEN sind eine echte Gefahr. (Nicht zu vergessen
21 das wirklich sinnvolle Grundanliegen der AG Delegiertenmandat – nämlich die gerechte Verteilung
22 von Delegiertenmandaten!)
- 23 4. Likes der Facebookseite (facebook.com/delimandat) oder einer unauffälliges (Ver-)Folgen auf
24 Twitter (@delimandat) ist zu unterlassen.

Begründung:

Aus Umweltschutzgründen haben wir beschlossen, die Begründung nicht drucken zu lassen, sondern nur auf der kostenlosen Gratis-Internetpräsenz www.delimandat.de entgeltfrei und für umme zu veröffentlichen.

Antrag**P.4.**

Antragsteller/-innen:

Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:**1 Primat des Kampfes gegen die Klimaerwärmung in der Politik der LINKEN**

2 Die Mitglieder der Partei DIE LINKE tragen den klimatischen Veränderungen in unserer Umwelt und
3 den damit verbundenen ökologischen Schwerpunktaufgaben Rechnung. Sie kämpfen auf allen Ebenen
4 für Klimagerechtigkeit, gegen die Erderhitzung und Zerstörung einer lebenswerten Umwelt. Die
5 Parteigremien sind dazu aufgerufen, geeignete Maßnahmen zu entwickeln, um die Kenntnisse im
6 Bereich der ökologischen Politik auszuweiten und gesellschaftlich wirksam zu werden.

Begründung:

Bereits im Parteiprogramm, in Wahlprogrammen und auch wieder im EU-Wahlprogramm werden die richtigen Forderungen im Kampf gegen die Klimaerwärmung und Zerstörung einer lebenswerten Umwelt aufgezeigt.

Jedoch fehlt bei der Umsetzung dieser Forderungen die notwendige Konsequenz auch bei linken ParlamentarierInnen, GewerkschafterInnen und GenossInnen, was immer wieder zu Glaubwürdigkeitskonflikten führt.

Der vielfach dargestellte untrennbare Zusammenhang zwischen Umweltkatastrophen und der weiteren Verschlechterung der Lebensgrundlagen für lohnabhängige Menschen findet in der konkreten Politik oft nicht statt und wird kurzfristigen Erfolgen geopfert. Dabei ist die Ökologie als zentrales Politikfeld, an dem kein Akteur mehr vorbeikommt, inzwischen in der Gesamtgesellschaft angekommen. Dies war vorhersehbar, ist von uns aber lange verschlafen worden. Um dem entgegenzuwirken, müssen alle politischen Akteure der Partei in den Stand gesetzt werden, die relevanten Aspekte der ökologischen Politik auch inhaltlich und konzeptionell wiedergeben zu können.

In den kommenden Wahlkämpfen in den Kommunen, Ländern und für das EU-Parlament sollte DIE LINKE deshalb im Kampf gegen Erderhitzung und für Klimagerechtigkeit mit konkreten Forderungen vor Ort zeigen, dass dieser nur mit einer konsequenten antikapitalistischen Politik erfolgreich sein kann. Neben den programmatischen Forderungen müssen wir auch solche KandidatInnen aufstellen, die konsequent für eine sozial-ökologische Politik stehen und dies auch den WählerInnen glaubhaft machen können.

Nur so können wir die WählerInnen gewinnen und den falschen Versprechungen der Grünen etwas entgegensetzen.

Antrag**P.5.**

Antragsteller/-innen:

KV Düsseldorf

Der Parteitag möge beschließen:**1 Mobilisierung für eine »Soziale, friedliche und ökologische EU«**

2 Im Rahmen des Wahlkampfes zum EU-Parlament startet DIE LINKE eine Kampagne mit dem Ziel,
3 Druck auf die Institutionen der EU in Richtung für eine »Soziale, friedliche und ökologische EU«
4 auszuüben. Ziel ist, die Forderungen aus den Wahlprogrammen der Europäischen Linksparteien
5 durchzusetzen. Da dies kaum in den Parlamenten gelingen wird, ist es notwendig, eine breite
6 gesellschaftliche Bewegung zur Durchsetzung aufzubauen. Dazu wird die Europäische Linkspartei
7 aufgefordert, zur Parlamentseröffnung eine EU-weite Mobilisierung nach Brüssel zu einer Demonstra-
8 tion für eine »Soziale, friedliche und ökologische EU« zu organisieren.

Begründung:

Die Linksparteien sprechen sich durchweg gegen die neoliberale Politik der Sparhaushalte, gegen die Militarisierung, gegen die Abschottungspolitik der EU und für mehr Klimaschutz aus. Aller Voraussicht nach wird die neue Fraktion der Linken nicht so stark werden, dass wesentliche Teile der Wahlprogramme in den Parlamenten durchgesetzt werden können. Aus diesem Grund ist es wichtig, eine Bewegung aufzubauen, die es möglich macht, in der EU die politischen Verhältnisse zu verändern. Dafür streben wir breite gesellschaftliche Bündnisse mit den sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Verbänden und Initiativen an.

Antrag**P.6.**

Antragsteller/-innen:

KV Görlitz, Mathias Fröck, Mirko Schultze

Der Parteitag möge beschließen:**1 Stromquellen am Arbeitsplatz**

2 Bundesparteitage finden technisch so ausgestattet statt, dass Delegierte durchgehend an ihrem
3 Arbeitsplatz einen Stromanschluss nutzen können.

Begründung:

Um die Kosten für Druckerzeugnisse so gering wie möglich zu halten, haben alle Delegierten mit ihrem Antragsheft 1 die Bitte erhalten zu prüfen, ob der Versand der Antragshefte für den diesjährigen Parteitag und für zukünftige in digitaler Form möglich wäre. An sich ein gutes Interesse, neben den Kosten für unsere Partei sparen wir damit nämlich auch Papier und Druckertoner und tun damit auch noch etwas Gutes für die Umwelt. Jedoch hat bisher häufig auf Bundesparteitagen nicht immer die Möglichkeit bestanden, durchgehend am Arbeitsplatz Geräte, wie Tablets oder Laptops, zu nutzen, wodurch Genoss*innen, die aufgrund ihres vorbildlichen Handelns auf gedruckte Exemplare verzichtet haben, die Arbeitsmaterialien nicht immer zur Hand haben können. Anders gesagt: Ich bin nicht das Rumpelstilzchen aus Spuk unterm Riesenrad – ich bin nur ein Mensch, der für seinen Laptop einen Stromanschluss braucht.

Antrag

P.7.

Antragsteller/-innen:

Die Linke.SDS, David Noack, Dorian Tigges (Delegierter linksjugend ['solid']/SDS), Jakob Migenda (Delegierter linksjugend ['solid']), Sebastian Chwala, Gabriela De Sousa (Delegierte linksjugend ['solid']), Katharina-Anna Schramm (Delegierte linksjugend ['solid']/SDS), Ralf Krämer (Delegierter SL), Harri Grünberg (Delegierter Cuba Sí)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Gemeinsam für ein demokratisches und soziales Europa kämpfen:**
- 2 **Maintenant le Peuple und Europäische Linke unterstützen**

- 3 DIE LINKE unterstützt den Aufruf des Netzwerks »Maintenant le Peuple« und wird sich zusätzlich zur
- 4 Europäischen Linken auch in diesem Rahmen in der Kooperation mit linken Parteien einbringen.

Begründung:

Die Krise und die Widersprüche in der EU haben sich in den vergangenen Jahren weiter verschärft. Das zeigen die Griechenlandkrise, der Brexit oder die Unfähigkeit zu einer gemeinsamen Migrationspolitik – von einer humanen, wie es nötig wäre, ganz zu schweigen! Wir können nicht so weitermachen wie bisher. In welche Richtung die Krisen gehen, ist nicht ausgemacht, während in Teilen Südeuropas oder dem Vereinigten Königreich eine konfliktorientierte und kämpferische Linke gestärkt wurde, profitieren in anderen Ländern ohne eine solche Linke die Rechten davon. Auch wenn der eigene Erfolg nicht allein vom Wollen abhängt, ist eine konfliktorientierte Politik notwendig für ein Wachstum der Linken in Europa. DIE LINKE als eine der größten Linksparteien der Europäischen Union sollte dabei mit vorangehen und für eine kämpferischere Haltung – wie sie in der Deklaration von Lissabon von Maintenant le Peuple steht – eintreten. DIE LINKE sollte klar und deutlich sagen, was ist, und die Verträge der EU klar angreifen, da innerhalb dieser Verträge keine demokratische und soziale Union möglich ist. Die Unterstützung von Maintenant le Peuple ist dabei absolut keine Absage an die EL oder GUE/NGL – schließlich haben fast alle Unterstützerinnen von Maintenant le Peuple klar gemacht, dass sie auch nach der Wahl zum Europäischen Parlament in der GUE/NGL bleiben wollen. Sie sorgt vielmehr dafür, die Familie der Linksparteien in Europa durch die doppelte Unterstützung wieder enger aneinander zu binden und sich zugleich in den Diskussionen der europäischen Linksparteien klar für die erfolgreiche konfliktorientierte Politik einzusetzen.

Anhang:

Aufruf von Maintenant Le Peuple Now the People!

For a citizens' revolution in Europe Europe has never been so rich. Yet, despite this wealth, Europe has never been so unequal. Ten years on from the detonation a financial crisis, for which ordinary people were made to pay, we now know that European governments condemned our peoples to a lost decade. The implementation of austerity policies has failed to solve any of the structural problems that caused the crisis. People have greatly and unnecessarily suffered. Under the pretext of the crisis and the need for structural adjustment plans, governments have tried to dismantle systems of social rights and protection that have taken decades of struggles to build up. This process has condemned a generation of young people to immigration, unemployment, precariousness and poverty. The most vulnerable ones, who are most in need of politics and State, have been struck with a particular cruelty. They have tried to get us used to the fact that every election is a choice between the liberal status quo or the threat of the extreme right. The time has come to break from the straightjacket of EU treaties that impose austerity and promote fiscal and social dumping. The time has come for those who believe in democracy to take new initiatives to break this unacceptable spiral. We must turn around an unfair, inefficient and unsustainable economic system to put it at the service of Life and under the democratic control of the citizens. We need institutions that serve public freedoms and social rights, which are the very material basis of democracy. We need a popular, sovereign, democratic movement that defends the best achievements our grandmothers and grandfathers, our fathers and mothers' generations have built up, and that can bequeath a fair, viable and sustainable social order to future generations. Today in Lisbon we are taking a step forward to confront the deadly project of the Brussels elite. We are insubordinate in the face of the current state of affairs, seeking a democratic revolt, and

have confidence in the democratic capacity of our peoples to deliver it. We call on the peoples of Europe to unite in the task of building an international, popular and democratic political movement to organise the defence of our rights and sovereignty in the face of an old, unjust and failing order that has led us straight to disaster. Those who believe in economic democracy, against the great fraudsters and the 1% who control more wealth than all the rest of the planet; of political democracy, against those who wave again the flags of hatred and xenophobia; of feminist democracy, against a system that discriminates against half of the population every day and in all areas of life; of ecological democracy, against an unsustainable economic system that threatens the very existence of life on the planet; of international democracy and peace, against those who once again want to build a Europe of war; those who share the defence of human rights, will find in this movement their home. We are tired of hoping. We are tired of believing those who govern us from Berlin and Brussels. We are working hard to build a new organisational project for Europe. A democratic, fair and equitable organization that respects the sovereignty of peoples. An organization that meets our aspirations and needs. A new organization at the service of and driven by the people for the people

Antrag

P.8.

Antragsteller/-innen:

KV Düsseldorf

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 DIE LINKE unterstützt den Aufruf »Weltweit aufstehen gegen Rassismus und rechte Parteien«. Sie ruft
- 2 ihre Mitglieder auf, sich auf vielfältige Weise an den Aktionen am 16.3. zu beteiligen.

Begründung:

Im vergangenen Jahr gab es erstmalig europaweit koordinierte Aktionen anlässlich des UN-Aktionstages gegen Rassismus. In diesem Jahr gibt es angesichts der Internationalen Polarisierung nach Rechts wieder internationale Aktionen. In Deutschland ruft «Aufstehen gegen Rassismus» auf:

»Weltweit aufstehen gegen Rassismus und rechte Parteien.

*In den vergangenen Jahren haben extrem rechte Parteien und Bewegungen fast überall auf der Welt an Einfluss gewonnen – in Polen, Ungarn, Österreich und Kroatien, in den USA, auf den Philippinen und in Brasilien bestimmt der Hass der extremen Rechten gegen Migrant*innen, Muslim*innen, Frauen, LGBTIQ* und politisch Andersdenkende schon die Regierungspolitik. Weltweit werden Minderheiten mehr und mehr verfolgt, stehen Aktivist*innen, die sich für Demokratie und Solidarität einsetzen, unter Druck.*

*Auch in Deutschland ist mit der AfD eine menschenfeindliche Agenda in die Parlamente eingezogen und Politiker*innen anderer Parteien versuchen, deren Wähler*innen durch Aufgreifen ihrer Themen und Übernahme von Forderungen für sich zu gewinnen. Zugleich unterhält die AfD Kontakte in alle Bereiche der extremen Rechten und agiert in Chemnitz und an anderen Orten als parlamentarischer Arm gewalttätiger faschistischer Straßenbewegungen. Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus sind auch hierzulande wieder erstarkt und Islamfeindlichkeit ist weit verbreitet. Musliminnen, die ein Kopftuch tragen, leiden besonders unter zunehmender Aggression im öffentlichen Raum.*

Um den Internationalen Tag gegen Rassismus der UNO im März 2018 gab es in vielen Ländern Demonstrationen oder andere Aktionen, wie z.B. in Griechenland, Großbritannien, Frankreich, Irland, Deutschland, den Niederlanden, Österreich, Südkorea, Spanien. Gemeinsam wollen wir auch in diesem Jahr am 16. März 2019 weltweit zeigen: Zusammen sind wir stark – gegen Rassismus und Faschismus, überall!

*In Deutschland stehen mit den Wahlen zum Europaparlament im Mai sowie Landtags- und Kommunalwahlen in mehreren Bundesländern wichtige Entscheidungen an. Wir wollen darauf Einfluss nehmen, welche politischen Kräfte in diesen Wahlen gestärkt werden. Es gilt, gemeinsam gegen die Rassist*innen und die extreme Rechte, allen voran gegen die AfD, aufzustehen und deutlich zu machen:*

Ihre Ideologie stammt aus der dunkelsten Vergangenheit. Sie haben kein Konzept zur Lösung der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft, gegen Hungerlöhne und Altersarmut, gegen Wuchermieten und Ausgrenzung. Rassismus ist keine Alternative!

Wir treten ein für eine Gesellschaft, die Menschenrechte schützt. Dazu zählen gleiche Rechte für alle ebenso wie das Recht auf Arbeit, Wohnen, Gesundheit und Bildung. Unsere Alternative heißt Solidarität!

Dafür arbeiten wir mit Bewegungen weltweit zusammen. Gemeinsam rufen wir auf, am 16. März 2019 weltweit und auch in Deutschland in vielen Städten mit vielfältigen Aktionen, Demos, Kundgebungen, Stolperstein-Putzaktionen etc. zu zeigen, wofür wir stehen: Gegen Rassismus und Hass, für Solidarität in all unserer Vielfalt! Überall!«

Anträge zur Finanzordnung und Ordnung für die Tätigkeiten der Finanzrevisionskommissionen

Antrag: **S.2.**

Antragsteller/innen: Bundesfinanzrevisionskommission, Gisela Wedekind

Der Parteitag möge beschließen:

Änderung der Bundesfinanzordnung §1 (1)

In §1 (1) folgenden *Text (kursiv)* **einfügen**:

[Grundlagen für die Finanzarbeit der Partei sind die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere das Parteiengesetz, das Bürgerliche Gesetzbuch und das Handelsgesetzbuch,]

Grundsätze zur ordnungsgemäßen Buchführung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff vom 14.11.2014 (GoBD)

[sowie die Bundessatzung und die Beschlüsse der Parteitage und der Vorstände der Partei.]

Begründung:

Mit Beschluss 2018/184 hat der Parteivorstand beschlossen, die entsprechenden Voraussetzungen für eine zentrale Buchhaltung mit digitalem Belegwesen zu schaffen. Dazu ist es notwendig, die Finanzordnung zu ändern.

Antrag:

S.3.

Antragsteller/innen:

Bundesfinanzrevisionskommission, Gisela Wedekind

Der Parteitag möge beschließen:

Antrag zur Ordnung für die Tätigkeit der Finanzrevisionskommissionen

In Abschnitt IV. (1) folgenden *Text (kursiv)* **einfügen:**

(1) [Die FRK prüfen] *mit Hilfe des Dokumentenmanagementsystems*

[den finanziellen Teil des Tätigkeitsberichtes der gewählten Vorstände an das Gremium, von dem sie gewählt wurden (§ 9 Abs. 5 Parteiengesetz) sowie die Einhaltung und Richtigkeit der entsprechend der Finanzordnung jährlich von den gewählten Vorständen vorzunehmenden Rechenschaftslegungen über die Einnahmen und Ausgaben und das Vermögen der Partei. ...]

Begründung:

Mit Beschluss 2018/184 hat der Parteivorstand beschlossen, die entsprechenden Voraussetzungen für eine zentrale Buchhaltung mit digitalem Belegwesen zu schaffen. Dazu ist es notwendig, die Ordnung für die Tätigkeit der Finanzrevisionskommissionen zu ändern.

Berichte

an die 2. Tagung
des 6. Parteitages

Rechenschaftsbericht

der Delegation DIE LINKE im Europaparlament

Unsere Delegation hat in den letzten Jahren engagiert gekämpft, sich Achtung erworben, ob in den Ausschüssen oder und besonders im Fraktionsvorsitz, den Gabi Zimmer erfolgreich innehat. Darüber hinaus haben wir durch zahlreiche außerparlamentarische Initiativen und Aktivitäten in den Wahlkreisen, in den verschiedensten Mitgliedsstaaten u.a. Ländern unserer Partei einen guten Namen gemacht. Ihnen allen gilt großer Dank, ebenso wie allen Mitarbeiter/innen, ob in der Fraktion oder in den MdEP-Büros, in Brüssel, in den Wahlkreisen zuhause. Ebenso gilt allen Dank, die uns dabei unterstützt haben, insbesondere Genossinnen und Genossen, Vertreter/innen von Vereinen und Verbänden, Gewerkschaften und vielen anderen.

Gabi Zimmer – die Fraktionsvorsitzende

Meine Arbeit in dieser Legislatur ist vor allem durch den **Fraktionsvorsitz** bestimmt. Unsere Delegation hat mich dabei nach Kräften unterstützt, wofür ich mich hier bedanken möchte.

Darüber hinaus arbeite ich in der **Brexit Steering Group (BSG)** des EP und im **Sozial- und Beschäftigungsausschuss (EMPL)** mit. In der BSG werde ich bis zum bitteren Ende (Brexit in Form eines geordneten oder ungeordneten Austritts) die Verhandlungen, den Abschluss des Trennungsabkommens und die Beschlussfassung des EP begleiten. Für mich gibt es aus dieser Arbeit vor allem eine Erkenntnis: Die Zeche für neoliberale, sich abschottende und ausgrenzende, sich auf vorgeblich nationale Interessen beziehende Politik zahlen die Ärmsten der Armen und viele Bürger/innen selbst mit dem Verlust sozialer, ökologischer und demokratischer Rechte.

Ich bin im Gegenteil davon überzeugt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung die individuellen und kollektiven Rechte der in der Union lebenden Menschen stärken müssen. Sowohl innerhalb des EU-Vertrages als auch durch Änderungen am Vertragstext bzw. die Neufassung des Vertrags. Das ist auch der Maßstab für meine Arbeit im EMPL im Kampf gegen Sozialkürzungen und neoliberale »Strukturreformen«. Sie wurden vor allem in der ersten Hälfte dieser Legislatur von den konservativ-sozialdemokratischen Mehrheiten über den ESM und das Europäische Semester diktiert. Beide Mechanismen bekämpfen wir als einzige Fraktion im EP bis aufs Äußerste. Mit der Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR) Ende 2017 kamen späte Impulse für eine sozialere EU-Gesetzgebung. Für einige soziale Forderungen konnten wir Mehrheiten im EP erreichen.

Mit mir als Schattenberichterstatterin der GUE/NGL zur EP-Resolution zur ESSR forderte das EP erstmals den »Beitritt der EU zur Sozialcharta des Europarats, ein Soziales Fortschrittsprotokoll zu den Verträgen und eine neue Richtlinie gegen prekäre Beschäftigung«. Diese Richtlinie über »transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen« legte die Kommission kurze Zeit später vor. Es geht u. a. um eine neue Definition der Arbeitnehmer/innen: (Schein-) Selbstständige und andere prekär Beschäftigte sollen zukünftig Arbeits- und Sozialschutz unterliegen. Sie wird zwischen EP und Rat verhandelt. Als Schattenberichterstatterin für die »Verordnung über die Koordinierung der Sozialen Sicherungssysteme« gelang es gemeinsam mit anderen, das Thema Kindergeld-Indexierung endgültig zu beerdigen und so den Rechtsradikalen und Konservativen eine Niederlage beizufügen. Für die Fraktion verhandle ich auch im Trilog mit dem Rat zum Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) um für soziale Inklusion mindestens 27 Prozent der etwa 100 Milliarden für Jahre 2021 - 2027 einzusetzen. Das sind 7 Prozent mehr als bisher. Mit der neuen »Richtlinie zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben« könnte erstmals, neben Mutterschaftsurlaub und Elternzeit, EU-weit Vaterschafts- und Pflegeurlaub eingeführt werden. Das EP versucht mit der tatkräftigen Unterstützung unserer linken EMPL-Abgeordneten, eine verbindliche finanzielle Mindestvergütung gegen den Rat durchzusetzen.

Als **Fazit** meiner Arbeit als MdEP der Partei DIE LINKE kann ich für mich feststellen, dass es sich lohnt, um linke Positionen im Parlament zu kämpfen. Trotz unserer zahlenmäßigen Minderheit ist es

uns doch gelungen, an wichtigen Punkten rechtskonservative Mehrheiten zu brechen. Mehr Linke im EP, in der Fraktion und wir können noch mehr bewegen!

Cornelia Ernst – für ein humanes und nachhaltiges Europa

Als **Delegationsleiterin** vertrete ich die Delegation in den Gremien von Partei und Fraktionen, wie in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz (FVK), Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der GUE/NGL. Die Wahrung der Balance in der Fraktion, die Unterstützung der Fraktionsvorsitzenden und Transportierung der Positionen der Delegation sind zentrale Aufgaben.

Im **Innenausschuss (LIBE)** und im **Sonderausschuss Terrorismus (TERR)** bin ich Koordinatorin für die GUE/NGL. Meine Themen sind Asyl/Migration, Datenschutz und innere Sicherheit. Ich bin GUE/NGL-Schattenberichterstatterin bei der Dublin-Verordnung und der Aufnahme-Richtlinie. In beiden Fällen konnten wir in enger Mitte-Links-Kooperation progressive Vorschläge entwickeln, sogar einen alternativen Entwurf zur Dublin-Verordnung mit Zweidrittelmehrheit im EP durchsetzen, beide Dossiers werden aber seit anderthalb Jahren vom Rat blockiert (Stand Januar '19). Wir sind die stärkste Fraktion bei der Bekämpfung der inhumanen Grenzpolitik, Frontex, ETIAS, Eurosur.

Ich bin Initiatorin der **working group migration** in unserer Fraktion, an der jede/r Abgeordnete teilnehmen kann. Wir besuchten wesentliche Schauplätze europäischer Asylpolitik, im Gespräch mit Geflüchteten und Interessenvertretungen, regelmäßig in Italien und Griechenland, in allen Ländern der Balkanroute, Türkei, Jordanien, Sudan, Niger, Malta, Melilla/Ceuta, aber auch Deutschland und Frankreich. So entstand die Idee eines Refugee & Migrants Parliament, was im Oktober 2018 zustande kam, als eine europäische Vertretung von Migrant/innenorganisationen in Brüssel.

Im Bereich **Datenschutz** habe ich an allen Datenschutzpaketen als Schattenberichterstatterin oder Berichterstatterin (europäische Datenschutzverordnung) Anteil. In enger Kooperation Mitte-Links entstand unter dem Blickwinkel Grundrechtsschutz die modernste Datenschutzgesetzgebung überhaupt. Im Gegensatz dazu steht der exzessive Ausbau der Überwachungspolitik und die Ausspähung von Bürger/innen, gegen die ich in den Verhandlungen zu Europol, Fluggastdaten, Privacy Shield, EU-Terrorismusrichtlinie, Grenzüberwachungssystem, Interoperability angekämpft habe, ebenso wie gegen die missbräuchliche Vermengung von Terrorismus und Migration.

Im **Industrie- und Forschungsausschuss (ITRE)** bin ich Stellvertreterin und habe das Thema Energieunion bearbeitet, auch deshalb, weil diese Problematik in Deutschland eine bedeutende Rolle spielt, mit Blick auf den Kohleausstieg. Ich bin Schattenberichterstatterin zur **Energiebinnenmarkt-VO**, wo die Zukunft des europäischen Energiemarktes justiert wird. Ich arbeite eng zusammen mit Green Peace, Friends of the Earth, aber auch mit polnischen, spanischen und britischen Aktivist/innen, Bürgermeister/innen, EL-Parteien, wie Genoss/innen aus Griechenland, Ungarn, Dänemark. Genauso wichtig ist für mich die enge Zusammenarbeit mit unseren Genoss/innen in NRW (Rheinisches Revier), den sächsischen und brandenburgischen Landtagsfraktionen und der LINKEN im Bundestag. So gab und gibt es viele Initiativen, Konferenzen, Workshops, zu Klimawandel, Kohleausstieg, Just Transition, Energiearmut einschließlich Arbeitsgruppe. Wir führten eine Energietour in der brandenburgisch-sächsischen Lausitz durch.

Nicht zuletzt bin ich **Vizepräsidentin der IRAN-Delegation** und **Co-Präsidentin der Intergroup Anti-Rassismus**. Andere Aktivitäten: Genderpolitik: Reise zu polnischen, ukrainischen und russischen Aktivist/innen; Wander-Ausstellung zu Häuslicher Gewalt in Sachsen, Rheinland-Pfalz, Luxemburg.

Wahlkreise: Sachsen und Rheinland-Pfalz: Veranstaltungen und Touren in Sachsen (Asyl, Energie) und in Rheinland-Pfalz (jährliche Sommertour und Veranstaltungen zu Asyl und Energiepolitik, im November 2018 Jugendkongress an der Uni Landau) unter meiner Schirmherrschaft.

Thomas Händel – ein Gewerkschafter für DIE LINKE

Meine Zeit in Brüssel endet mit dieser Legislatur, nicht nur, aber hauptsächlich aus gesundheitlichen Gründen. Insofern ist dieser Rückblick etwas Besonderes für mich. Was habe ich, was hat DIE LINKE im sozialen Bereich und der Arbeitsmarkt-Politik erreicht? Sind wir dem sozialen Europa wenigstens ein Stück weit näher gekommen? War alles vergebens? Letzteres wird erst die Zukunft beantworten, hängt es doch vor allem davon ab, wie die nächsten Generationen, auch LINKER Parlamentarier, in der Lage und willens sind, die europäische Idee zu verteidigen und für ein soziales Europa zu streiten.

Wie sieht es also aus in Europa? Politik muss sich an Zahlen messen lassen. Und die zeigen leider, dass weiter jeder vierte Europäer (23,4 Prozent) von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht ist. Jeder sechste (16,5 Prozent) ist von Armut bedroht, bei jedem dreizehnten (7,5 Prozent) sind die Lebensbedingungen aufgrund fehlender Mittel erheblich eingeschränkt, und jeder 10. Haushalt (10,4 Prozent) leidet unter sehr niedriger Erwerbstätigkeit. Die Jugendarbeitslosigkeit ist mit 15 Prozent zwar fast wieder auf Vorkrisen-Niveau, bleibt aber mit fast oder über 40 Prozent vor allem in den Mittelmeeranrainern extrem hoch.

Glaut man der Kommission, brummt die Wirtschaft wieder. Doch der Reichtum ist weiter äußerst ungleich verteilt, und so sind es auch die Chancen, von der Erholung zu profitieren. Die Kommission hatte zu Beginn der Legislatur versprochen, die soziale Komponente der EU zu stärken, eine »Soziale Säule« sollte das verlorene Vertrauen der Bürger zurückgewinnen. Leider blieben die folgenden Vorschläge weit hinter den geweckten Erwartungen zurück.

Einiges wurde jedoch erreicht. Mit der Entsenderichtlinie haben wir nach 10 Jahren Kampf endlich das Prinzip »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort« festgeschrieben, auch für entsandte Beschäftigte. Der Arbeitsschutz wurde mit einer Richtlinie zu krebserregenden Stoffen entscheidend verbessert. Die Einrichtung einer europäischen Arbeitsbehörde verbessert Informationsmöglichkeiten für Beschäftigte und soll Missbrauch bekämpfen. Die Überarbeitung der Richtlinie »883«, welche die Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme regelt, bringt zahlreiche Verbesserungen. Ein Europäisches Zugänglichkeitsgesetz verbessert die Möglichkeiten zur Beschäftigung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Eine Richtlinie schafft transparente und verlässliche Beschäftigungsbedingungen, damit Arbeitnehmer/innen ihre Rechte besser kennen. Und einiges mehr.

Und dennoch: Auch weiterhin kämpfen die Menschen in Griechenland und anderen Mittelmeeranrainern mit den Folgen der Krise, bezahlen die Menschen für die Fehler von Banken und Spekulanten. Im Mittelmeer ertrinken nach wie vor Menschen auf der Flucht vor Krieg und Hunger. Und Europa verschwendet Geld in Rüstung, statt in Menschen zu investieren. Es bleibt also viel zu tun. Ich bleibe euch deswegen erhalten, an anderer Stelle, aber mit gleichem Engagement. Für ein anderes, ein soziales Europa.

Sabine Lösing – Mit diesem Europa gibt es keinen Frieden. Gegen die EU-Militärunion.

- Vize-Vorsitzende des Sicherheit und Verteidigungsausschusses SEDE
- Mitglied und GUE/NGL-Koordinatorin im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten AFET und SEDE
- Mitglied in der Delegation der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung Afrika, Karibik, Pazifik Staaten (AKP) – EU
- Stellvertreterin im Entwicklungsausschuss DEVE

In den letzten Jahren hat sich die Europäische Union mit beispielloser Geschwindigkeit weiter zu einer Militärunion entwickelt. In der Zeit sind mehr »Fortschritte« in der europäischen Militärpolitik erreicht worden, als in den 20 Jahren zuvor. Vermehrt wird ausschließlich auf militärische Mittel gesetzt, um die neoliberalen Interessen der EU aggressiv und rigoros durchzusetzen.

Mit dem neuen mehrjährigen Finanzrahmen der EU nach 2020 wird erstmalig eine eigene Haushaltsrubrik »Sicherheit und Verteidigung« eingeführt. So werden mit dem Europäischen Verteidigungsfonds EVF sowie dem Infrastrukturprojekt Militärische Mobilität und dem Instrument der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) Milliarden Euro in europäische Rüstungsunternehmen und die Militarisierung der EU gesteckt. Diese Militärprojekte befinden sich derzeit in der Umsetzung. Die Wünsche der Rüstungslobby fanden dabei direkten Eingang in diese Projekte.

Fest steht, dass sich die EU immer weiter weg von einer zivilen Friedensunion hin zu einer Militärunion bewegt. In Anbetracht dessen ist es umso wichtiger zu erwähnen, dass ich in der letzten Legislaturperiode **zwei Haupterfolge** verzeichnen konnte:

Zum einen ist es mir **als Berichterstatterin des EP-Rüstungsexportberichts 2018** gelungen, so viele Verbesserungen wie nie zuvor durchzusetzen. Der Bericht wurde mit einer überwältigenden Mehrheit vom Plenum angenommen. Neben der erneuten Forderung nach einem Sanktionsmechanismus, der Rüstungsexporte, wie sie bisher zum Beispiel von Deutschland an Saudi-Arabien geschehen, massiv einschränkt, beinhaltet der Bericht, dass Waffenexporte in den Mittleren und Nahen Osten den »Gemeinsamen Standpunkt« der EU verletzen. Angesichts des grauenhaften Krieges im Jemen ist dies ein wichtiges Signal. Außerdem beinhaltet er erstmalig die Forderung nach einem sozialverträglichen Konversionsprogramm. Das ist aus friedenspolitischer Sicht ein großer Erfolg. Ein Erfolg ist es auch, dass der »Gemeinsame Standpunkt« zukünftig auf alle Militärtransfers, Sicherheitspersonal und Polizei sowie Ausbildung, Wissenstransfer und private Sicherheitsdienstleistungen ausgeweitet werden soll. Dies ist ein bedeutender Schritt hin zu einer zwingend notwendigen Kontrolle aller militärischen Komponenten. Ein weiterer Erfolg ist es, auch wenn wir die EU-Rüstungsprogramme EDIDP und EVF absolut ablehnen und für illegal halten, wenigstens deren Unterwerfung unter parlamentarischer Kontrolle und nationaler wie europäischer Rüstungskontrolle im Bericht inkludiert haben.

Zum anderen ist es mir als Abgeordnete und GUE/NGL-Koordinatorin im AFET und SEDE gelungen, die **strikte Auslegung von Artikel 41 Absatz 2 des Vertrages der Europäischen Union EUV** weiter zu verbreiten. Der Vertrag untersagt unmissverständlich die Finanzierung von »Ausgaben mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen« aus dem EU-Haushalt.

Im Juni 2018 legte die EU-Kommission einen Vorschlag zur Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) vor. Von 2021 bis 2027 sollen dafür insgesamt 13 Milliarden Euro in den EU-Haushalt einfließen, die für Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Rüstungsbereich eingesetzt werden sollen. Der EVF ist somit ein zentraler »Baustein« der massiven Militarisierung der EU-Außen- und Sicherheitspolitik. Die Einrichtung des EVF markiert einen (vertragswidrigen) Paradigmenwechsel der EU-Haushaltspolitik: Erstmals werden offen Haushaltsmittel für rüstungs- und militärpolitische Vorhaben in der EU-Haushaltsplanung eingestellt. Das widerspricht klar dem in den EU-Verträgen verankertem Finanzierungsverbot verteidigungs- und rüstungspolitischer Maßnahmen aus dem EU-Haushalt.

Auf diese rechtliche Auslegung habe ich während meiner zehnjährigen parlamentarischen Arbeit immer wieder hingewiesen-und alle (außer-)parlamentarischen Möglichkeiten – in enger Zusammenarbeit mit der europäischen Friedensbewegung – genutzt, um über die EU-Militarisierung zu informieren, aufzuklären und gegen diese zu protestieren. Höhepunkt ist nun ein von mir in Auftrag gegebenes **Rechtsgutachten** des renommierten Rechtswissenschaftlers Andreas Fischer-Lescano, welches die **Unrechtmäßigkeit des Europäischen Verteidigungsfonds** u. a. aufgrund von Artikel 41(2) zeigt und deutlich macht, dass die Einrichtung des Verteidigungsfonds gegen den Vertrag der Europäischen Union verstößt. Das Gutachten zeigt außerdem eine Klagemöglichkeit beim Bundesverfassungsgericht auf. Gemeinsam mit der Bundestagsfraktion werden wir alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um diesen Militärwahnsinn zu stoppen.

Abschließend möchte ich noch kurz auf meine weiteren parlamentarischen Aktivitäten, die ich in den letzten zwei Legislaturperioden getätigt habe, eingehen. So habe ich zahlreiche **schriftliche Anfragen an die Kommission** gestellt, die auf großes Interesse der Presse stießen. Außerdem habe ich über ein Dutzend **Broschüren** in Deutsch und Englisch, u. a. zur EU-Militarisierung, NATO,

EU-Entwicklungspolitik und EU-Rüstungsexporte, herausgegeben. Des Weiteren hatte ich eine große Anzahl an **Veröffentlichungen** in Tageszeitungen, deutsch- und englisch-sprachigen Magazinen und wissenschaftlichen Zeitschriften. Neben der Vielzahl an Veranstaltungen, an denen ich teilgenommen habe, möchte ich zwei hervorheben: Mit der von mir initiierten **Anti-NATO Konferenz** fand 2016 in Brüssel ein Netzwerktreffen internationaler Friedensaktivist/innen in Vorbereitung auf den NATO-(Gegen-)Gipfel in Warschau statt. Im Jahr zuvor habe ich eine **Friedenskonferenz** zur EU-Nachbarschaftspolitik im Europaparlament organisiert. Daran haben über 100 Gäste aus dem Osten und Süden teilgenommen, die sich für ein friedliches Europa und gegen die EU-Militarisierung ausgesprochen haben.

Martina Michels – für gerechte Fördermittelpolitik und das Grundrecht auf Meinungsfreiheit

Regional- / Kohäsionspolitik

Die Finanzierung der EU-Strukturfonds wird durch Sparpolitik und »neue Prioritäten«, wie Verteidigung, Grenzschutz, Sicherheit, permanent gefährdet. Wir haben den Grundsatz der Solidarität und der Finanzierung, auch der benachteiligten Menschen, die in reichen Regionen leben, verteidigt. Es wurden vorläufig Sonderbestimmungen für Griechenland eingeführt, ein Modell für strukturgefährdete Länder. Wir unterstützen die »urban agenda« als Schwerpunktsetzung, denn fast 80 Prozent der Bevölkerung in der EU lebt in Städten.

Kulturpolitik

Das Programm Creative Europe setzt zu wenig auf Infrastrukturförderung. Wir haben genau das in die laufenden Abstimmungen für 2021 bis 2027 eingebracht. Zur Situation der Beschäftigten in der Kultur- und Kreativbranche liegt ein erster Initiativbericht vor, den ich mitgeprägt habe. Er hielt fest, dass dieser Sektor nicht zum Modell für ungesicherte Arbeit werden darf. In diesem Sektor sind 7,5 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten der EU tätig.

Medienpolitik

In der überarbeiteten Audiovisuellen Mediendienste-Richtlinie (AVMSD) haben wir erfolgreich für eine unabhängige europäische Regulierungsbehörde – die ERGA – gekämpft. Bei der redaktionellen Verantwortung von Sharing-Plattformen oder bei der Werbung blieb vieles auf der Strecke. Gemeinsam mit dem Europäischen Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) haben wir u. a. in Veranstaltungen zum Whistleblowerschutz und zum Exiljournalismus (Türkei) Räume für die Vernetzung geöffnet. Im nächsten EU-Haushalt wird es Pilotprojekte für einen »pan european fast response mechanism on violations of press and media freedom« und einen »cross-border investigative journalism fund« geben und wir sind stolz, daran einen Anteil zu haben.

Netzp politik

Bei der Überarbeitung der Urheberrechtsrichtlinie habe ich die Kampagnen gegen den Art. 11 – Leistungsschutzrecht für Presseverleger – und gegen den Art. 13, der Grundrechte auf Meinungsfreiheit durch das overblocking der Upload-Filter gefährdet, unterstützt. Im Dezember 2018 wurden vier Millionen Unterschriften von Bürger/innen in Strasbourg übergeben, die sich an der Kampagne »SaveYourInternet« beteiligten. Mit Wikimedia u. a. haben wir politisch Forderungen für den Zugang zu Wissen und dem kulturellen Gedächtnis weiter entwickelt.

Bildungs- /Jugendpolitik

Unter anderem haben wir in zwei Fraktionsinitiativen Bildungsaktivist/innen, Wissenschaftler/innen und Politiker/innen aus den Ländern begrüßt, darunter Birke Bull (MdB), Isabelle Vandr  (MdL) und

Nathalie Schäfer (fzs); am Bericht »Bildung im Digitalen Zeitalter« mitgearbeitet und das neue Freiwilligenprogramm »Solidarity Corps« heftig kritisiert.

Delegation EU - Israel

Als Mitglied der EU-Israel-Delegation habe ich die Joint List aus Israel in die Fraktion eingeladen. Auf meine Initiative hin gab es eine allererste Delegation der GUE/NGL-Fraktion nach Israel und damit Treffen mit vielen Gruppen, die für Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Migrant/innen- und Frauenrechte und ein friedliches Zusammenleben eintreten. In der Publikation »Das andere Israel« (<https://www.dielinke-europa.eu/de/article/12084.das-andere-israel.html>) kommen viele zu Wort.

Delegation EU-Türkei

Zu Wahl- und Prozessbeobachtungen war ich in der Türkei und eine der kritischen Stimmen in der Delegation, vor allem wenn es um den EU-Türkei-Deal und die Lage von Kurdinnen und Kurden ging, worüber oft in EurActiv, dem ND und im Rundfunk berichtet wurde.

Gleichfalls berichtete ich regelmäßig von Veranstaltungen, u. a. einer Konferenz mit Amnesty International in Istanbul im Mai 2016 oder einer Fachtagung mit Exiljournalist/innen in Berlin oder nach dem HDP-Kongresses in Ankara, im Februar 2018.

Martin Schirdewan – Digitalunternehmen besteuern, Finanzkriminalität bekämpfen

Seit meinem Einzug in das Europäische Parlament bin ich Mitglied des **Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON)**. Dort haben sich mein Team und ich unter anderem mit der von der Europäischen Kommission geplanten Einführung einer privaten Rentenversicherung befasst. Das Journalistennetzwerk »Investigate Europe« konnte in seinen Recherchen nachweisen, dass dieses sogenannte Pan European Personal Pension Product (kurz PEPP) eine Erfindung des weltweit größten Finanzmarktinvestors Blackrock ist. Dementsprechend ist es wenig verwunderlich, dass PEPP nur den Versicherungen und Hedgefonds, die künftig auch dieses private Rentenprodukt anbieten dürfen sollen, aber nicht den Versicherten nutzt. Als einzige deutsche Partei haben wir gemeinsam mit dem investigativen Journalistennetzwerk über die Gefahren der weiteren Privatisierung der Rente aufgeklärt und in allen Abstimmungen dagegen votiert.

Neben der Rente spielte auch die Besteuerung von Digitalunternehmen eine wichtige Rolle: Wie eine von unserer GUE/NGL-Fraktion beauftragte Studie aufdeckte, zahlte Apple im Jahr 2014 auf 1.000.000 Euro Gewinn 50 Euro Steuern in Irland. Das macht 0,005 Prozent Steuern. Jede Bäckerei und jeder Friseursalon um die Ecke zahlt mehr. Wir konnten wichtige Aspekte durchsetzen und die Steuer wurde von einer großen Mehrheit des Parlamentes beschlossen. Die Umsetzung des Parlamentsbeschlusses wird allerdings im Europäischen Rat von Deutschland, Frankreich, Malta und Irland verhindert, obwohl die Einnahmen dieser Steuer dringend benötigt werden um die Ausgaben in Infrastruktur, Bildung, Gesundheit und den sozial-ökologischen Umstieg zu erhöhen.

Gegen große Gegner setzen wir uns auch im Sonderausschuss gegen Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung (TAX3) ein. Dort bin ich der Koordinator für die GUE/NGL-Fraktion. Steuertricksern und kriminellen Kräften, deren Absicht es ist, die eigenen Steuerzahlungen gegen null zu bringen, das Handwerk zu legen, ist das überparteiliche Ziel. Dort haben wir noch dicke Bretter zu bohren.

Viele andere multinationalen Unternehmen, wie zum Beispiel der Siemens-Konzern, wollten mehrere tausend Kolleginnen und Kollegen entlassen, obwohl der Konzern Rekordgewinne erzielte. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Unternehmen wieder in die Pflicht genommen werden, den Artikel 14 des Grundgesetzes zu befolgen: Eigentum verpflichtet. Auf Einladung von Gabi Zimmer und mir kamen Betriebsräte und IG Metall-Bevollmächtigte aus Thüringen in unsere Fraktionssitzung. Das und der

Druck der Belegschaften zogen im Konzern solche Kreise, dass viele der Kürzungen zurück genommen werden konnten. Ein eindeutiger Beleg dafür, dass DIE LINKE gemeinsam mit NGOs, Vereinen, Bewegungen und Gewerkschaften viel erreichen kann.

Gleichzeitig bin ich seit Oktober des vergangenen Jahres stellvertretendes Mitglied im **Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO)**. Als zuständige Schattenberichterstatter haben Sabine Lösing und ich eine Studie beauftragt, die die Rechtmäßigkeit des geplanten Militärfonds überprüfen sollte. Der renommierte Verfassungsrechtler Fischer-Lescano kam zu dem deutlichen Urteil: Der sogenannte Europäische Verteidigungsfond verstößt gegen die Europäischen Verträge. Zusammen mit der Bundestagsfraktion DIE LINKE werden wir juristisch und politisch dagegen vorgehen, um diesen Irrsinn zu stoppen, der die Ausgabenspirale im militärischen Bereich unnötig weiter befeuert.

Helmut Scholz – Europa von LINKS verändern

Eines ist sicher: Ohne DIE LINKE im Europäischen Parlament und ihre konstruktive Mitarbeit in einer sehr vielgestaltigen Linksfraktion – der GUE/NGL – würde dem Widerstand gegen neoliberale Politik der EU und ihrer Mitgliedstaaten auch in dieser Legislatur ein wichtiger Pfeiler fehlen. Gerade 2017 und 2018 haben sich große und rasante geopolitische und -wirtschaftliche Veränderungen vollzogen, die die inneren Entwicklungen in der EU beeinflussen, als auch durch deren internationale Politik mitbestimmt sind. Diese Entwicklungen haben klarer als bisher die unterschiedlichen Akteure in der EU-Politik kenntlich gemacht und damit zugleich den Zusammenhang von Notwendigkeit und Möglichkeit energischen Einmischens von links in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um eine soziale, solidarische, nachhaltige und friedliche Politik der EU und ihre demokratische Veränderung verdeutlicht. Solche Veränderungen – sollen sie tatsächlich realisiert werden – erfordern unsere tagtägliche konkrete Arbeit in den Ausschüssen, genauso wichtig aber auch das Rückbinden unserer Positionierungen zu und die permanente Zusammenarbeit mit linken Parteien, Gewerkschaften, nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen, der rls, transform Europe! und anderen politischen Stiftungen und demokratischen Netzwerken sowie wissenschaftlichen Einrichtungen, also insgesamt mit einer großen Bandbreite vieler gesellschaftlicher Akteure. So arbeitete ich für die DIE-LINKE-Delegation in der Internationalen Kommission beim Parteivorstand mit, begleite die internationale Kooperation unserer Delegation mit anderen nationalen Delegationen in der GUE/NGL und habe darüber hinaus insbesondere Kontakte zu linken Parteien und Akteuren in den Mittel- und Osteuropäischen Staaten, auch in Unterstützung der Fraktionsvorsitzenden, und im Sinne der Verstetigung eines ständigen Arbeitsprozesses der GUE/NGL mit ihnen entwickelt.

Als Koordinator für die GUE/NGL im **Ausschuss für Internationalen Handel (INTA)** sowie als **Mitglied des Lenkungsausschusses des Europäischen Parlaments für die Parlamentarische Konferenz der WTO** und als **Vize-Vorsitzender der EP- Arbeitsgruppe für Fairen Handel** sowie als Mitglied des **Verfassungsausschusses (AFCO)** und im **Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten (AFET)** habe ich in diese Richtung gearbeitet. Im Ergebnis konnten wir und ich erstmals überhaupt für die EU-Mitgliedstaaten in der WTO-Mitgliedschaft Sozial- und Umweltdumping in ein Gesetz festschreiben; maßgeblich die befürwortende Positionierung des EP für den Abschluss eines international verbindlichen UN-Abkommens über Unternehmensverantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten und nachhaltiger Entwicklung in ihrer Wirtschaftstätigkeit erwirken sowie ein internationales Parlamentarier/innen-Netzwerk zur Unterstützung des »Binding Treaty Process« initiieren und die laufende Begleitung der Verhandlungsrunden in Genf (UNHRC) in Zusammenarbeit mit der Internationalen Kampagne für den Binding Treaty Process organisieren; die sogenannte Konflikt-Mineralien-Richtlinie (tritt 2020 nach 2-jähriger Übergangsphase EU-weit in Kraft) mit verbindlicher Gesetzeskraft für den gesamten aufsteigenden Wertschöpfungsprozess auf den Weg bringen; die Einführung, Wettbewerbsorganisation und erstmalige Verleihung des Titels einer »Europäischen Stadt des Fairen und Ethischen Handels« durch die EU-Kommission.

Gemeinsam mit Freund/innen in Südamerika thematisier(t)en wir die gravierenden Probleme des noch für diese Legislaturperiode avisierten Handels- und Partnerschaftsabkommen EU – Mercosur,

v. a. hinsichtlich umweltpolitischer und menschenrechtlicher Aspekte in der Region selbst, aber auch der zu erwartenden enormen Verwerfungen in der realen Handels- und Wirtschaftskooperation, den anfallenden Problemen im Beschäftigungssektor sowie der bilateralen und regionalen Wettbewerbsverschärfung (Agrarprodukte-Handel, Marktzugang im öffentlichen Beschaffungswesen, IPR-Fragen etc.); und mobilisieren gegen die vom neuen gewählten Präsidenten Brasiliens, Bolsonaro, angestrebte politische und v. a. umwelt- und wirtschaftspolitische Kehrtwende.

Wichtiger Arbeitsschwerpunkte im handelspolitischen Bereich blieben die (Mit-)Arbeit am Alternativen Handelsmandat, an der Bewahrung und Stärkung regelbasierter multilateraler und fairer internationaler Handelsbeziehungen, inkl. entsprechender internationaler steuerpolitischer Reformen, der Ablehnung des Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus (ISDS) und kritischen Begleitung der Weiterentwicklung von Mechanismen zur Streitbeilegung in der internationalen Investitionspolitik (ICS, MIC), an neuen handelspolitischen Aspekten der EU-Zollpolitik (Ablehnung einer Modernisierung der EU-Türkei-Zollunion), an einer sozialökonomischen und rechtsstaatlichen Konditionalisierung der sogenannten EU-Makrofinanzhilfen, u. a. für die Länder der östlichen EU-Nachbarschaft, zum Beispiel Moldau und Ukraine.

Wir verbinden konsequent und übergreifend die Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (und die UN-Agenda 2030) mit der internationalen Handelspolitik der EU und sehen diese als zentrales Kriterium auch für den heutigen Handel. Produktion und Konsumtion und Handel sind auf engste miteinander verbunden, auch in ihrer Wechselwirkung auf Umwelt, die Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe.

Wir haben die bislang vom Volumen und inhaltlicher Ausrichtung her umfangreichsten bilateralen Wirtschaftspartnerschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada (CETA) und EU-Japan (JEEPA) abgelehnt und zum Teil eigene alternative Stellungnahmen dazu in den Ratifizierungsprozess eingebracht, umfangreiche Studien in Auftrag gegeben und internationale Konferenzen zu diesen Themen veranstaltet. Gerade bei den Abkommen mit Japan, das unmittelbar nach der erlangten Zustimmung des EP aus der internationalen Walfangkommission ausgetreten ist – unsere diesbezügliche Kritik war richtig –, mit Kanada und im Rahmen der entsprechenden WTO-Verhandlungen von Arbeitsgruppen konnten wir Datenschutz im Handel zum Thema machen. So knüpfen wir an die erfolgreiche Arbeit gegen die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) an, ein Vorhaben, das mit der handelspolitischen Kriegserklärung eines D. Trump eingefroren wurde. Mit der »America First«-Strategie des US-Präsidenten kamen und kommen 2018 und 2019 in viel aggressiverer Tonlage und veränderter Diktion eine v. a. an den US-amerikanischen Interessen orientierte neue Wirtschafts- und Finanzstrategie auch im handelspolitischen Bereich auf die EU wie auf alle anderen internationalen Partner zu, die in einer neoliberal geprägten globalen Wertschöpfungskette gravierende Auswirkungen bezüglich der sozialen, beschäftigungspolitischen und umweltpolitischen Belange bereits hat, viel mehr aber noch haben wird und auch von links sehr konkret völlig neue Antworten verlangt. Aspekte der bilateralen Handelsbeziehungen haben wir deshalb im Rahmen der parlamentarischen Delegation EU – USA (EP – US-Kongress) verstärkt thematisiert. Es wird jedoch wie schon beim TTIP harte Arbeit verhindert, dass Rat und Kommission über die Köpfe der Menschen hinweg agieren, v.a. aber dass die Wirtschaft in nationaler, branchenspezifischer und betriebswirtschaftlicher Interessensartikulation Politik und Gesellschaft erpressen (vgl. das Agieren der Bosse der deutschen Automobilkonzerne im November in Washington).

Auch in der parlamentarischen Länderdelegation EU – China (EP – NVK) spielten handelspolitische Fragen eine große Rolle, v. a. hinsichtlich des »Marktwirtschaftsstatus« Chinas und damit einhergehenden Positionierungen der EU, der Mitgliedstaaten und aller wirtschaftlichen Akteure, einschließlich von Gewerkschaften und linken Parteien. Wir konnten hier für die GUE/NGL und DIE LINKE auch international beachtete Positionen erarbeiten. Im Wahlkreis sind wir deshalb, auch vor dem Hintergrund der umweltpolitisch bestimmten Entscheidung Chinas, v. a. keinen Plastik-Müll aus der EU einzuführen, Aspekten der Kreislaufwirtschaft nachgegangen und haben versucht, alternative Lösungswege der (Plastik-)Müllbeseitigung und -vermeidung aufzuzeigen.

Im **Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO)** habe ich für die Fraktion als Schattenberichterstatter an den Initiativberichten des EP zu den Europäischen Politischen Parteien (in Konsultation mit

EL-Vorstand und der transform-Europe!-Stiftung sowie mit dem PV) und zur Reform des Europäischen Wahlrechts in der Ausschuss-Arbeitsgruppe zur Reform des Geschäftsordnung mitgearbeitet; ich bin in der **Fraktions-Arbeitsgruppe zum Brexit** und zugleich im INTA Schattenberichterstatter für die Ausgestaltung des künftigen Verhältnisses EU – Vereinigtes Königreich nach dem wie auch immer konkret daher kommenden Brexit am 29. März 2019. Zugleich waren wir im AFCO intensiv in die Debatte über die Zukunft der EU eingebunden und damit zu grundlegenden Aspekten der Überwindung der derzeitigen Krise der demokratischen Legitimierung der EU herausgefordert.

Im Auswärtigen Ausschuss war ich als Schattenberichterstatter v. a. hinsichtlich der verschiedenen Bilanzierungsberichte des EP zur Realisierung der Partnerschaftsabkommen mit den Ländern der östlichen Nachbarschaft, mit den Ländern Mittelasiens und Zentralasiens, mit China, Japan, den USA, mit der Russischen Föderation sowie als Berichterstatter des EP auch für das Partnerschaftsabkommen mit der Mongolei zuständig. Diese Schattenberichterstatter-Aufgabe ist für die Linksfraktion im EP umso wichtiger, als wir dort unsere Positionen zu internationalen Entwicklungen einfließen lassen können, auch wenn sie oft in der finalen Fassung weggestimmt werden. Das reicht dann weit über die eigentliche Ausschussarbeit hinaus, ist Basis auch für konkretes Agieren in den entsprechenden Ländern selbst und für die Zusammenarbeit mit Akteuren vor Ort. So konnten wir in enger Zusammenarbeit mit ukrainischen Partnern 2018 eine vielbeachtete Studie zu Offshore-Geschäften in der ukrainischen Eisenerzindustrie veröffentlichen, die – nur beispielhaft auf diese Branche bezogen – das System der oligarchischen Strukturen im Lande zum Schaden der ukrainischen Gesellschaft erhellt.

Bericht des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE an die 2. Tagung des 6. Parteitages am 22.2./23.2.2019 in Bonn

Gemäß § 15 Abs. 4 (Aufgaben des Parteitages) beschließt der Parteitag über den Bericht des Bundesausschusses zur Parteientwicklung, zum Zusammenwachsen der Landesverbände in den neuen und alten Bundesländern und zur Arbeit des Bundesausschusses.

Der Bundesausschuss hat im vergangenen Berichtszeitraum drei Tagungen durchgeführt. Die Teilnahme an den Sitzungen stellt sich wie folgt dar:

Juni 2018	62 Teilnehmende (Berlin)
September 2018	43 Teilnehmende (Trier)
November 2018	80 Teilnehmende (Berlin)

Darüber hinaus führte das Präsidium des Bundesausschusses im November eine Klausurtagung durch mit dem Ziel, die bereits festgeschriebenen Aufgaben auf der Basis der vorhandenen Beschlusslage abzustimmen, die Arbeitsweise des Präsidiums zu diskutieren und notwendige Festlegungen zu treffen.

Dementsprechend wurden die Tagesordnungen der Bundesausschusssitzungen durch das Präsidium vorbereitet. Eingearbeitet in die Tagesordnung des Bundesausschusses wurden alle von der 1.Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE überwiesenen Anträge an den Bundesausschuss, in Absprache mit den Antragstellern.

In der **Junitagung** wurde das neue Präsidium – bestehend aus Barbara Borchardt (Zusammenschlüsse), Mandy Eißing (Thüringen), Cornelia Swillus-Knöchel (NRW), Dr. Artur Pech (Brandenburg), Alexander Kauz (Baden-Württemberg) und Willi van Ooyen (Hessen) – gewählt.

Eingearbeitet in diese Sitzung waren die vom Parteitag an den BA überwiesenen Anträge:

A.2 »Fragend schreiten wir voran« und der Antrag G.19 »50 Jahre Prager Frühling« . Zum Antrag A2 wurde eine begrenzte Debatte von 30 Minuten durchgeführt. Nach der Debatte wurde der Antrag von den Antragsteller/innen zurückgezogen.

Der Antrag G.19 wurde bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Ebenfalls Gegenstand dieser Sitzung war die vom Präsidium eingebrachte Vorlage zum Verfahren zur Aufstellung der Liste zur Europawahl, der nach einer begrenzten Debatte mehrheitlich beschlossen wurde. In der Debatte wurde ein vorliegender Alternativantrag diskutiert, der im Kern vorschlug, der Vertreter/innenversammlung einen Vorschlag für die Spitzenkandidat/innen zu benennen und ansonsten die alphabetische Reihung der Bewerberinnen und Bewerber zu übergeben. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt.

Aufgrund der Erfahrungen der Arbeit des Bundesausschusses in den letzten Jahren, die sich aus den Festlegungen der Satzung ergeben haben, erfolgte der Beschluss, eine eigene Satzungscommission zu bilden, um dem Parteitag eine Satzungsänderung vorzuschlagen. Das Ergebnis wurde vom Parteivorstand mehrheitlich unterstützt und wird dem Parteitag zur Beschlussfassung vorgelegt.

Auf Basis des Beschlusses des Bundesausschusses im März 2018 führte der Bundesausschuss im **September 2018** anlässlich des 200. Geburtstages von Karl Marx seine Tagung in Trier durch. Schwerpunkt dieser Sitzung war die Frage »Was sagt Marx der LINKEN im Jahr 2018?«. Zu dieser Veranstaltung waren zahlreiche Referentinnen und Referenten eingeladen, die sich zu unterschiedlichen Themen äußerten. Die entsprechenden Beiträge sind auf der Seite des Bundesausschusses einzusehen. Wir empfehlen allen Genossinnen und Genossen unserer Partei, sich diese Beiträge anzusehen und weiter zu diskutieren. Die Debatte im Bundesausschuss war zu einzelnen Beiträgen kontrovers. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass wir in Zukunft unsere politische Bildung in der Partei auf allen Ebenen weiter verstärken müssen.

Ebenfalls in Trier haben wir weitere überwiesene Anträge der 1.Tagung des Parteitages behandelt: »Nulltarif ÖPNV« (G. 14) und »Essbare, süße Werbemittel für bundesweite Kampagnen« (P. 12). Beide wurden bei wenigen Enthaltungen bzw. wenigen Nein-Stimmen und wenigen Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Die Anträge G.20, G.33 und G.18 wurden von den Antragssteller/innen zurückgezogen.

In der **Novembersitzung** haben wir uns schwerpunktmäßig auf die Vorbereitung der Europawahlen konzentriert. Unter anderem standen die Diskussion der Schwerpunkte des Europawahlprogrammes und die Erarbeitung eines Listenvorschlages auf der Tagesordnung (entsprechend der Festlegung in der Satzung § 21 Abs. 5 der Partei DIE LINKE »der Bundesausschuss unterbreitet der Bundesvertreterversammlung einen Personalvorschlag zur Aufstellung der Bundesliste für die Wahlen zum Europäischen Parlament«). Das Ergebnis wird der VertreterInnenversammlung vorgestellt. Im Bericht möchten wir auf zwei Punkte hinweisen.

1. Der Bundesausschuss hat sich sehr frühzeitig mit der Verfahrensweise beschäftigt. Unter anderem auch mit der Frage der Spitzenkandidaturen. Sowohl in der Junisitzung als auch in der Septembersitzung wurde im Bericht des Präsidiums darauf hingewiesen, dass wir den Geschäftsführenden Parteivorstand bzw. den Parteivorstand hinsichtlich seiner Verantwortung zur Frage der Spitzenkandidatur aufmerksam gemacht haben. Nachträglich wurde diese Verantwortung in der Diskussion in der Partei in Frage gestellt. Aus Sicht des Präsidiums lag es in der politischen Verantwortung der Parteivorsitzenden und des Parteivorstandes zu klären, ob wir mit einer Doppelspitze antreten und wer unsere Spitzenkandidaten sein sollten. Das haben einige Genossinnen und Genossen anders gesehen. Hier ist aus unserer Sicht ein Klärungsbedarf für die Zukunft wünschenswert.
2. Der nun vorliegende Listenvorschlag des Bundesausschusses erfolgte auf der Basis der vorliegenden Bewerbungen aus den unterschiedlichen Landesverbänden, Zusammenschlüssen bzw. auf Eigeninitiative. Leider haben nicht alle Landesverbände entsprechende Voten abgegeben bzw. eigene Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt. Das erschwerte die Entscheidung des Bundesausschusses. Auch hier wäre es für die Zukunft wichtig, dass die Landesverbände sehr frühzeitig mit der Suche nach geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten beginnen und die notwendigen Beschlüsse dazu fassen. Der Bundesausschuss selbst kann nur mit den vorliegenden Bewerbungen umgehen.

In der Novembersitzung wurde auch die Situation in unserer Partei diskutiert, insbesondere vor dem Hintergrund des Versprechens der Parteivorsitzenden und der Fraktionsvorsitzenden, die bestehenden Konflikte zunächst in einer Fachtagung und dann in einer gemeinsamen Klausurtagung des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion durchzuführen. Aufgrund der weiteren Zuspitzung des Konfliktes und der aus Sicht des Präsidiums ungenügenden politischen Führung der Lösung des Konfliktes durch den Parteivorstand, reichte das Präsidium einen Dringlichkeitsantrag an den Bundesausschuss ein. Im Kern ging es einerseits um die Erwartung des Bundesausschusses an die Mitglieder des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion bezüglich der inhaltlichen Auseinandersetzungen eine sachliche Diskussion zu führen, sich auf einheitliche Positionen im Grundsätzlichen zu verständigen und mit denen in der Öffentlichkeit zu arbeiten und die öffentlich ausgetragenen Personaldebatten um die Fraktions- und Parteispitze umgehend zu beenden. Andererseits um die Aufforderung an den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion, angesichts der weltweiten Entwicklung, der zunehmenden Rechtsentwicklung in Deutschland und Europa sich auf die inhaltliche Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern zu konzentrieren, die Europa- und Kommunalwahlen 2019 inhaltlich und strategisch gut vorzubereiten. Nach einer kontroversen Debatte wurde mehrheitlich entschieden, den vorliegenden Antrag erst in der Bundesausschusssitzung im März abzustimmen.

Nach der Teilnahme des Präsidiums an der gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion am 30. November 2018 hat sich das Präsidium mit einem Brief an den Geschäftsführenden Parteivorstand gewandt, der allen Mitgliedern des Bundesausschusses zur Kenntnis gegeben worden ist. In dem Brief ging es um die Beantwortung der Frage, ob die Beratung dem Anspruch des Leipziger Parteitages gerecht wurde. Eingeschätzt wurde von uns, dass die Mehrheit an einer Konfliktlösung interessiert ist, die inhaltlichen Gemeinsamkeiten und inhaltlichen Konflikte

deutlich wurden und einige strittige Aussagen auf unterschiedliche Sichtweisen bzw. Auslegungen beruhen. Deutlich wurde aber in einigen Beiträgen, dass die Auseinandersetzung von offensichtlichen Machtkämpfen geprägt ist.

Weiterhin stellte sich für uns die Fragen, ob das vorgelegte Papier der Parteivorsitzenden und der Fraktionsvorsitzenden

- ein gemeinsamer Beschluss werden soll und wenn ja, wie der Prozess durch den Parteivorstand bis zum Bonner Parteitag geführt wird oder
- ob es zur Kenntnis genommen wird und wir auch in Kenntnis der Tatsache, dass es nicht nur in dieser Frage unterschiedliche Positionen gibt, gemeinsam lernen müssen, damit umzugehen.

Die Antwort auf unseren Brief liegt vor, wir werden ihn den Mitgliedern des Bundesausschusses zur Kenntnis geben und in unsere weitere Diskussion mit einbeziehen.

Um unserer Verantwortung im Hinblick auf die Frage der weiteren Entwicklung unserer Partei gerecht zu werden, planen wir das Thema Parteientwicklung im März auf die Tagesordnung zu setzen. Im Mittelpunkt steht die seit Jahren in der Partei/im Bundesausschuss diskutierte Frage der Ursachen für die unterschiedliche Entwicklung der Landesverbände unserer Partei bzw. die Behauptung, dass wir in der Partei einen Ost-West-Konflikt haben. Eine entsprechende Analyse, die diese Situation bewertet/ihre Ursachen konkret benennt, wurde bislang nicht vorgenommen, obwohl sich der Bundesausschuss mit konkreten Beschlüssen um eine entsprechende Debatte/Auseinandersetzung bemüht hat (Analyse der gefassten Beschlüsse in den Landesverbänden, Diskussion im Bundesausschuss mit Vertreterinnen und Vertretern der unterschiedlichen Landesverbände). Wir sind aber davon überzeugt, dass diese Debatte notwendiger denn je ist und der Bundesausschuss entsprechend der festgelegten Aufgaben in der Satzung seinen Beitrag dazu leisten sollte.

Wir hoffen, dass sowohl der Parteivorstand als auch die Landesverbände ihren Beitrag dazu leisten, die von uns gestellten Fragen im Hinblick auf Mitgliederentwicklung/Entwicklung der Finanzen/Beitragsentwicklung, der Darstellung der Entwicklung der Strukturen und Entwicklung der Ergebnisse bei den Wahlen in den Landesverbänden seit der Gründung der Partei DIE LINKE (Kreistag/Landtag/ Bundestagswahlen Wahlen zum EP) beantworten werden und dass es uns gelingen wird, mögliche Schlussfolgerungen zu ziehen, die wir dann dem Parteitag im nächsten Bericht präsentieren werden.

Bericht des Ältestenrates der Partei DIE LINKE an die 2. Tagung des 6. Parteitages in Bonn, 22./23. Februar 2019

Der Ältestenrat hat in der Wahlperiode seine Beratungen, gemäß Satzungsauftrag, auf eine Teilnahme an öffentlichen Debatten und Beratungen des Parteivorstandes gerichtet. So hat er in seiner Beratung im Oktober 2018 den Leipziger Parteitag ausgewertet und »Gedanken zur aktuellen Lage in der LINKEN – Zeit zu einem solidarischen Dialog« formuliert. In seiner Beratung im November 2018 beschäftigte sich der Ältestenrat mit der Vorbereitung der Europawahl 2019 und erarbeitete zwei Grundsatzpositionen, die dem Parteivorstand zur Verfügung gestellt wurden und die man im Internet auf der Seite des Ältestenrates nachlesen kann. Außerdem nahmen Vertreter des Ältestenrates an den Diskussionen zu Erarbeitung eines Europawahlprogrammes teil. An den Beratungen des Parteivorstandes und des Bundesausschusses nahm jeweils der Vorsitzende des Ältestenrates teil und berichtete über die Arbeit des Ältestenrates. Gegenwärtig arbeitet der Ältestenrat an einer »Ostdeutschen Zukunftskonzeption«. Diese Arbeit gestaltet sich jedoch schwieriger, als angenommen. In seiner Beratung am 24. Januar 2019 sollen erste Gedanken in seiner Sitzung vorgestellt und diskutiert werden.

Nun zu einigen inhaltlichen Fragen: Wie bereits erwähnt, hat sich der Ältestenrat an der Diskussion zum Wahlprogramm für die Europawahl 2019 beteiligt. Er steht weitgehend hinter den Forderungen, die in dem Entwurf für ein Programm zu der Europawahl formuliert worden sind, das auf dem Parteitag im Februar 2019 beschlossen werden soll. Der Ältestenrat stellt einige Aspekte zur Diskussion, die stärker zu akzentuieren wären.

Die kommende Europawahl 2019 fällt in bewegte Zeiten. Es ist eine Wahl, die angesichts von Herausforderungen durch rechtspopulistische und nationalistische Strömungen, durch das Brexit-Votum oder durch die Regierungsbeteiligung von Rechtsradikalen in Rom und Wien dazu auffordern, die ökonomische und politische Gesamtsituation zu stabilisieren.

Was sich abzeichnet, ist ein harter Kampf um die Hegemonie in der EU, der nicht zuletzt auch für die Sicherung der Interessen des deutschen Kapitals geführt wird.

Durch die Standortkonkurrenz innerhalb der EU werden Entwicklungen befördert, die sich zum Nachteil der Bevölkerungen auswirken. Dazu gehören die Senkung der Unternehmenssteuern, der Abbau sozialstaatlicher Leistungen, die Begrenzung der Löhne und die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse. Für die Menschen entstehen existentielle Unsicherheiten, die dazu führen, die Kontrolle über das eigene Leben und den Glauben an die Demokratie zu verlieren.

In dieser Situation fällt der Europäischen Linken die Aufgabe zu, sowohl gegen die herrschende neoliberale Politik als auch gegen die populistische Rechte in Europa zu kämpfen. Der Wahlkampf bietet die Chance, eine deutliche Position für eine alternative Politik zu beziehen.

Differenzen innerhalb der europäischen Linken spielen immer noch eine Rolle. Es gibt mindestens drei verschiedene Herangehensweisen. Die Differenzen bestehen in erster Linie in der Frage, inwiefern die bestehenden Verträge überhaupt Spielraum für eine solidarische und soziale Reform der EU zulassen.

Jean-Luc Mélenchon vertritt gegenwärtig einen Konfrontationskurs gegenüber der EU und lehnt die bestehende EU grundsätzlich ab. Dabei wird er durch wichtige Partner aus Südeuropa und den skandinavischen Ländern unterstützt.

Andere Parteien, dazu gehört auch DIE LINKE, orientieren auf Reformen der Institutionen und der Verträge um ein soziales und solidarisches Europa möglich zu machen.

Eine Haltung, die im Wahlkampf nur überzeugen kann, wenn sie mit großer Schärfe gegen die gegenwärtige Übermacht des Kapitals und der sich vertiefenden Armut Vieler, des gewaltigen Wachstum des Reichtums Weniger geführt wird.

Eine weitere Variante in diesem Zusammenhang ist die unterschiedliche Gewichtung der europäischen und der nationalen Ebene. Kontrovers wird vor allem der Euro als gemeinsame Währung und die Rolle

der EZB diskutiert. Sollte eine umfassende Demokratisierung der EU (Plan A) nicht möglich sein, sollte es einzelnen Staaten erlaubt sein, die Eurozone oder gar die EU zu verlassen (Plan B). Diese Diskussion ist keineswegs zu Ende geführt.

Obwohl die Differenzen in der Einschätzung von Politik und Strategie gegenüber der EU nicht gering sind, sollten die Bemühungen für einen gemeinsamen Minimalkonsens fortgesetzt werden. Eine Stärkung der Linkskräfte im Europäischen Parlament wird durch Solidarität und Gemeinsamkeit im Wahlkampf in allen Ländern und auf europäischer Ebene bestimmt. DIE LINKE Deutschlands steht hier vor der höchsten Herausforderung. Dazu gehören die Beendigung der neoliberalen Austeritätspolitik - vor allem die Abschaffung des Fiskalpakts, der vor allem öffentliche Investitionen verhindert. Stattdessen sollte ein Investitionsprogramm verabschiedet werden, das die gesellschaftliche Entwicklung befördert, indem qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen sowie öffentliche und soziale Güter und Dienstleistungen im Rahmen einer nachhaltigen und solidarischen Wirtschaft bereitgestellt werden.

Die Forderungen der Gewerkschaften nach verbindlichen sozialen Rechten der Beschäftigten und einer Demokratisierung der Wirtschaft müssen unterstützt werden.

Einig sind sich die Linken verschiedener Strömungen in der Ablehnung einer weiteren Militarisierung der EU. Sie setzen sich für Abrüstung und Frieden ein. Dazu gehört in erster Linie eine Verständigung mit Russland, einem Land, das zu Europa gehört. Zur militärischen Konfliktlösung ist eine zivile Sicherheitsarchitektur die einzig denkbare Lösung.

Eine weitere Stärkung der hegemonialen Position Deutschlands führt nicht dazu, die Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Mehrheit der europäischen Bevölkerung und die Bedingungen für den Frieden zu verbessern. Die Herstellung von guten Lebens- und Arbeitsbedingungen darf nicht nur auf der nationalen Ebene eingefordert werden, sondern gegen Sozialdumping muss EU-weit vorgegangen werden. Dafür gibt es gute Voraussetzungen. Nach den Ergebnissen des letzten »Eurobarometers« (Mai 2018) ist die Zustimmung zur EU auf einem Rekordhoch. Mehr als zwei Drittel der EU-Bürger und 75 Prozent der Deutschen sind demnach der Ansicht, dass ihr Land von der EU profitiere. Das ist der höchste Wert seit 1983. Diese befürwortende Haltung sollte im Wahlkampf genutzt werden, um die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in und zwischen den EU-Ländern zu politisieren.

Es muss eine Debatte darüber geführt werden, welchen Einfluss DIE LINKE darauf ausüben kann, den hegemonialen Platz Deutschlands - begründet durch die wirtschaftliche Macht und dem ersten Platz im Export der Welt - zu begrenzen. Die Hegemonie Deutschland in der EU führt dazu, dass Handelsverträge geschlossen werden, die den ökonomisch weniger entwickelten Ländern der Welt zum Nachteil gereichen und damit einen wesentlichen Grund für die Flucht von Menschen darstellen. Die Fluchtursachen sollten zu einem Kernthema des Wahlkampfes gemacht werden und nicht die Migrantinnen und Migranten. Indem die Ursachen der gegenwärtigen Krisen ihnen angelastet werden, werden die wahren Ursachen nicht thematisiert.

Die Zustimmung zur EU ist nicht in Stein gemeißelt. Der Nationalismus gefährdet den EU-Zusammenhalt. Das könnte bei der kommenden EU-Wahl fatale Folgen haben. In den EU-Mitgliedstaaten haben sich in den vergangenen Jahren Nationalismus und die Skepsis gegenüber der EU stark verbreitet, die bis zur Selbsterstörung führen können. Darum ist es von Seiten der deutschen LINKEN dringend geboten, einen europäischen Wahlkampf zu führen - für ein friedliches, solidarisches und soziales Europa, das alle seine Bürger schützt und ihre Zukunft sichert.

Die bereits im Juni 2018 getroffenen Einschätzungen zum Wechsel der Zustimmung in der Gesellschaft zu den politischen Parteien haben sich im zweiten Halbjahr 2018 fortgesetzt. Die CDU und die SPD verlieren besonders in Ostdeutschland den traditionellen Charakter einer Volkspartei. Eine Erscheinung die auch DIE LINKE immer mehr erreicht. Auf Bundesebene bleibt die Zustimmung bei um die acht Prozent, während sich die Tendenz des Rückgangs nach Umfragen in den ostdeutschen Ländern fortsetzt. In den Ländern Brandenburg und Thüringen ist damit auch eine erneute Regierungsbildung mit der LINKEN offen.

Der Ältestenrat hatte im mündlichen Bericht an den Leipziger Parteitag auf die Notwendigkeit einer »Ostdeutschen Zukunftskonzeption« hingewiesen.

In allen Parlamentsparteien hat unter verschiedenen Begrifflichkeiten eine solche Debatte begonnen. In unserer Partei sollte es die Aufgabe des Parteivorstandes sein, die verschiedenen Debatten und Ansätze in der Sache zu vereinen und als gemeinsame Position der Partei DIE LINKE in den Wahlkampf der Länder 2019 zu vertreten.

Die Linksfraktion im Bundestag sollte prüfen, welche Entscheidungen im Parlament zu treffen sind, um aus dem Kreislauf eines »Jahresberichts zur Einheit« heraus und zum politischen Handeln zu kommen. Die Ungleichheiten mit Verstößen gegen Menschenrechte und dem Grundgesetz, sowie die hochgradige Missachtung der Lebensleistungen sind zu benennen, sowie das gesellschaftliche Miteinander einer übergroßen Mehrheit der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger sind zu beachten.

Die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland nach dem Beitritt der DDR sollte auf der Grundlage der Realitäten analysiert und Entscheidungen getroffen werden, um die Zweiheit im sozialen Recht und der Erinnerungskultur aufzuheben. Die Tatsache, dass 63 Prozent der deutschen Soldaten, die bisher in Afghanistan im Kriegseinsatz waren, ostdeutscher Herkunft sind, spricht doch eine eigene Sprache.

Die Debatte über die Teilnahme der LINKEN an einer Landesregierung wird mit den Landtagswahlen 2019 zu einer neuen Herausforderung für die politische Einbeziehung der Mitgliedschaft sein. Der Ältestenrat meint, dass hier mehr Transparenz, Offenheit und Mitbestimmung der Mitgliedschaft erforderlich sind.

Der Parteivorstand hat, verbunden mit der Neuberufung am 11. November 2018, den Ältestenrat um Beiträge zu folgenden Fragen gebeten (Auszug aus dem Beschluss des Parteivorstandes vom 11. November 2018):

- Wie kann es gelingen, zur Europawahl die unterschiedlichen Milieus der LINKEN – diejenigen mit einem positiven Europabezug und diejenigen mit einer grundsätzlichen Ablehnung der EU-Institutionen – gemeinsam anzusprechen?
- Wie könnte DIE LINKE, angesichts der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung und des Erstarkens der AfD, wirksamer den Kampf gegen Rechts führen?
- Wie soll DIE LINKE die kritische Geschichtsarbeit in Hinblick auf die widersprüchliche Geschichte der linken Parteien und Bewegungen im Gedächtnis der Partei lebendig halten?
- Welche Hinweise hat der Ältestenrat zur Aufarbeitung der Treuhandgeschichte im Osten?

Einen Beitrag zur Thematik der Europawahl (Punkt 1 des Beschlusses des Parteivorstandes) liefert dieser Bericht.

Wir werden die Bitten des Parteivorstandes im Jahr 2019 in unsere Debatten und Beratungen aufnehmen.

Es wird darüber hinaus unser Bemühen sein, eine Debatte zu entfalten, die für den nächsten Parteitag im Jahre 2020 ansteht.

Welchen Platz will und kann DIE LINKE in der Gesellschaft für die Zukunft einnehmen?

Als sich die PDS nach 1990 ihr Programm gab und von »Transformation der Gesellschaft« gesprochen wurde, sollte der Prozess als ein Weg über den Kapitalismus hinaus betrachtet und gestaltet werden.

Der Ältestenrat muss und wird sich der Herausforderung einer Debatte über Inhalt und Strategie einer sozialistischen Alternative zum realen, in seinem Wesen, Raubkapitalismus zu stellen haben.

Bericht der Bundesfinanzrevisionskommission an die 2. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE am 22. und 23. Februar 2019 in Bonn

Die Bundesfinanzrevisionskommission (BFRK) wurde am 11. Juni 2017 auf der 2. Tagung des 5. Parteitages in Hannover in einer Stärke von neun Mitgliedern gewählt. Sie setzt sich zusammen aus fünf Genossinnen aus den Landesverbänden Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und vier Genossen aus den Landesverbänden Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen.

Im Verlauf der Legislaturperiode arbeitete die BFRK stabil. Die zeitweisen Ausfälle von zwei Genossinnen (aus gesundheitlichen Gründen und aufgrund der Tätigkeit als Wahlleiterin) wirkte sich auf die Anzahl der Prüfungen aus. Hinzu kommt, dass die Wahlperiode der BFRK bis zur Neuwahl nur 20 Monate beträgt.

Gemäß Parteiengesetz prüft die BFRK die Einnahmen und Ausgaben der Partei im Parteivorstand und in ausgewählten Landesverbänden. Die Prüfungen werden größtenteils geplant. Zusätzlich werden auch Antragsprüfungen vorgenommen, wenn Mitglieder dies beantragen und es in die Zuständigkeit der BFRK fällt. Da die BFRK ehrenamtlich arbeitet, war es nicht immer leicht, sofort und schnell mit entsprechender personeller Besetzung zu reagieren.

Im Mittelpunkt der Arbeit der BFRK standen die Entwicklung der Mitgliedsbeiträge und Mandatsträgerbeiträge und die Mitgliedergewinnung.

Ende 2018 betrug die vorläufige Zahl der Mitglieder 62 018. Ende 2017 waren es 62 298. Noch kompensieren die Eintritte die Austritte und die verstorbenen Mitglieder. Die Mitgliedergewinnung und -entwicklung sollte nicht nur in Wahlkampfzeiten in den Fokus der Parteiarbeit in allen Landesverbänden gerückt werden.

Die BFRK stellt fest, dass die Entwicklung der Parteifinzen in den vergangenen Jahren insgesamt eine positive Entwicklung aufweist. Die Summe der Mitgliedsbeiträge stieg 2017 gegenüber 2016 von 9.631 T€ auf 10.042 T€, die Mandatsträgerbeiträge stiegen von 4.636 T€ auf 4.844 T€. Nach wie vor gibt es zwischen den Landesverbänden immer noch erhebliche Differenzen. Das betrifft sowohl die Entwicklung des Beitragsaufkommens als auch die Entwicklung des Durchschnittsbeitrages. Der Durchschnittsbeitrag differiert zwischen 19,74 EUR/Monat im Landesverband Brandenburg und 4,32 EUR/Monat im Landesverband Saar.

Dass die Beitragstabelle seit 2016 mit 3,- EUR Mitgliedsbeitrag beginnt, ist offensichtlich noch nicht in alle Gliederungen der Partei vorgedrungen. Deshalb empfiehlt die BFRK, das Onlineeintrittsformular entsprechend zu ändern.

Positiv entwickelte sich das Spendenaufkommen. Es konnte 2017 gegenüber 2016 um 476 T€ auf eine Summe von 2.686 T€ erhöht werden.

Regelmäßig hat die BFRK auch den Anteil der beitrags säumigen Mitglieder und den Umgang mit diesen, gemäß Bundessatzung, geprüft. Dabei konnten wir feststellen, dass die Landesverbände ihre Anstrengungen erhöht haben, um deren Anteil dauerhaft zu senken.

Weiterhin war in den Prüfungen vor Ort und aus den Gesprächen mit den Schatzmeister/innen abzuleiten, dass ein gewisser Teil der Unterschiede in den gezahlten Mitgliedsbeiträgen darauf zurückzuführen ist, dass es den Mitgliedern schwerfällt, den satzungsgemäßen Beitrag richtig zu ermitteln. Dazu hat die BFRK eine Handreichung zur Unterstützung der Arbeit der Kassiererinnen und Kassierer erarbeitet. Sie ist seit Januar 2014 Bestandteil der Buchhaltungsrichtlinie der Partei.

Die BFRK hat in der Bundesgeschäftsstelle des Parteivorstandes regelmäßig die Entrichtung des satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrages sowie des beschlossenen Mandatsträgerbeitrages durch die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments an den Parteivorstand

geprüft. Insgesamt ist festzustellen, dass die Abgeordneten ihre Mandatsträgerbeiträge größtenteils vereinbarungsgemäß zahlen. Die Zahlung der Mitgliedsbeiträge erfolgt jedoch nicht immer entsprechend der gültigen Beitragstabelle. Während sich Unterhaltsverpflichtungen beitragsmindernd auswirken können, sollten Nebeneinkünfte in die Berechnung des Mitgliedsbeitrages einfließen.

Abgeordnete im Bundestag zahlen monatlich Beiträge	Anzahl der Abgeordneten
55 EUR	1
100 bis 149 EUR	8
150 bis 199 EUR	10
200 bis 249 EUR	32
250 bis 299 EUR	10
300 bis 349 EUR	5
350 bis 399 EUR	1
400 bis 499 EUR	1

Abgeordnete im Europaparlament zahlen monatlich Beiträge	Anzahl der Abgeordneten
100 bis 149 EUR	2
150 bis 200 EUR	4
350 bis 400 EUR	1

Sieben Mitglieder des Deutschen Bundestages weichen zurzeit von der getroffenen Vereinbarung zur Zahlung von Mandatsträgerbeiträgen ab. Hier sollten unverzüglich die Gespräche zum Ausgleich der Rückstände und Abweichungen von der Vereinbarung geführt werden. Seit 2017 ist keine Anpassung erfolgt. Gemäß Vereinbarung hätten 15 Prozent der monatlichen Abgeordnetenentschädigung gezahlt werden müssen.

Der ehemalige Bundesschatzmeister wollte mit den Mandatsträgern diese Ergebnisse auswerten. Die Ergebnisse liegen der BFRK noch nicht vor.

Die BFRK hat im Berichtszeitraum die Abrechnung der Landtagswahlkämpfe und des Bundestagswahlkampfes, die Entwicklung der Mitgliedsbeiträge und Mandatsträgerbeiträge, den Umgang mit beitrags säumigen Mitgliedern, die Einhaltung der Finanzordnung, der Reisekostenordnung und der Buchhaltungsrichtlinie geprüft.

Bei Prüfungen in Landesverbänden wurde festgestellt, dass mehrfach die Abrechnungstermine von Kreisverbänden gegenüber den Landesvorständen nicht eingehalten wurden. Die BFRK hat empfohlen, bei wiederholten Verstößen gegen die termingerechte Abrechnung den jeweiligen Kreisverbänden die Finanzhoheit vorübergehend zu entziehen.

Die BFRK hat bei ihren Prüfungen in der Bundesgeschäftsstelle festgestellt, dass der Parteivorstand regelmäßig durch den Bundesschatzmeister über die Plan-/Ist-Abrechnung der Einnahmen und Ausgaben des Parteivorstandes informiert wird. Die regelmäßige Information der Vorstände über die Finanzsituation sollte in allen Gliederungen der Partei auf der Tagesordnung stehen.

Weitere inhaltliche Schwerpunkte und Feststellungen bei den Prüfungen waren:

- Die BFRK empfiehlt regelmäßige Kontrollen über die Einhaltung der Finanzpläne. Für notwendige Abweichungen oder Nachtragshaushalte sind entsprechende Beschlüsse zu fassen und zu dokumentieren.
- Auf die Einhaltung der Abgabetermine der Finanzabrechnungen und Rechenschaftsberichte hinzuweisen, ist noch immer ein Schwerpunkt unserer Arbeit.
- Für die Erstattung von Reisekosten sind grundsätzlich vollständige Angaben erforderlich, insbesondere in wessen Auftrag und zu welchem Einsatzort gefahren wird (einschließlich Einladungen/Programmabläufe). In jedem Falle sind die festgelegten Fristen für die Abrechnung der Reisekosten einzuhalten. Die zwei verschiedenen Reisekostenordnungen im Parteivorstand für ehrenamtlich Tätige und Mitglieder des Parteivorstandes sind schnellstmöglich in einer Ordnung zusammenzufassen. Das wurde bereits im Bericht zur Prüfung des Parteivorstandes im November 2017 empfohlen.
- Für alle Einnahmen und Ausgaben sind grundsätzlich die Formulare der Partei zu verwenden.
- Dauerschuldverhältnisse in Kreisverbänden bedürfen der Zustimmung durch die zuständigen Landesvorstände. Für die Untervermietung von Büroräumen durch Parteigliederungen an Abgeordnete der Partei sind korrekte Mietverträge erforderlich.
- Vorschüsse sind spätestens nach 8 Wochen abzurechnen bzw. zurückzuzahlen.
- Die Belege müssen vollständig, richtig, zeitgerecht und geordnet geführt werden und einen Verweis auf den jeweiligen Beschluss, die Regelung oder den dazugehörigen Vertrag enthalten.
- Damit sich sachverständige Dritte schnell und ohne fremde Hilfe in der Buchführung zurechtfinden sollen, ist es wichtig, bei einer Zusammenfassung von Ausgabebelegen (Kassenbons) die Ausgaben zu markieren, die zu einer Buchung zusammengefasst wurden. Es sollte eine Aufstellung der zusammengefassten Ausgaben gemacht werden.

Im Berichtszeitraum hat die BFRK neben zwei Prüfungen in der Bundesgeschäftsstelle des Parteivorstandes am 17./18. November 2017 sowie am 23./24. November 2018 nachfolgende Prüfungen in folgenden Landesverbänden durchgeführt:

18.9.2017	LV Hamburg (Sonderprüfung)
4.10.2017	LV Hamburg und BV Hamburg-Mitte
16.10.2017	LV Saar
3.3.2018	LV Niedersachsen
7.4.2018	LV Sachsen
5.5.2018	LV Bayern
14.7.2018	LV Nordrhein-Westfalen und KV Düsseldorf, KV Bochum und KV Essen
28.10.2018	LV Rheinland-Pfalz
14.9., 23.11. und 4.12.2018	LV Saar

Die Prüfungsprotokolle der BFRK enthalten Festlegungen, die dem Bundesschatzmeister zur Auswertung und Kontrolle vorgelegt werden.

Zur Unterstützung der Arbeit der Finanzrevisorinnen und -revisoren der Landesverbände fand im November 2017 eine Schulung in Elgersburg statt. Die nächste Schulung ist für Ende Oktober/Anfang November 2019 bereits geplant. Dort werden die wichtigsten Feststellungen der BFRK bei ihren Prüfungen der Landesverbände und des Parteivorstandes ausgewertet.

Die BFRK beteiligt sich aktiv an der Aktualisierung der Dokumente der Partei, hat die Handreichung zur Ermittlung eines satzungsgemäßen Beitrages erarbeitet, eine Broschüre zur Einwerbung von Erbschaften und Schenkungen dem Parteivorstand bereits 2016 vorgelegt und aktuell einen Antrag zur Vorbereitung der Einführung der Digitalisierung der Partei in den Parteivorstand eingebracht.

Gleichzeitig wurden Änderungsanträge zu den Dokumenten der Partei auf diesem Parteitag eingebracht.

Materialien

für die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung

Kandidaturen
für die Liste zur Wahl des
Europäischen Parlaments
am 26. Mai 2019

Michael Aggelidis

Kandidatur für die Liste zur Europawahl

Landesverband NRW



Geb. 1962, Rechtsanwalt, verheiratet, 2 Kinder, langjährig in Landesvorständen der PDS, der WASG und der DIE LINKEN NRW, dort vor allem tätig zu Europa und Energie, von 2010 bis 2012 Mitglied des Düsseldorfer Landtages.

Die Wirtschaftspolitik des Hegemons Deutschland zerstört durch seine exportorientierte Politik das wirtschaftliche Gleichgewicht in der EU und erzeugt Arbeitslosigkeit und Armut. Die Politik der schwarzen Null und Niedriglöhne hat in Deutschland, aber auch in Griechenland, Italien, Spanien verheerende Auswirkungen. Die EU folgt mit den Verträgen von Maastricht bis Lissabon, inklusive dem neoliberalen Fiskalpakt, dieser schädlichen Politik. Die Institutionen, wie Kommission, Ministerrat, der Europäische Gerichtshof, aber auch der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM und die Eurogruppe sichern diese Politik der Austerität und somit des Zerfalls der Infrastruktur und zunehmender Verarmung ab.

Nur ein politisch und ökonomisch vereintes Europa ist in der Lage, die Weltkonzerne zu bändigen und ihnen soziale und ökologische Spielregeln aufzuzwingen. Aus diesem Grunde darf es keine Rückkehr zum Nationalstaat geben. Auch der Stopp der Klimaerwärmung und die Schaffung eines fairen Welthandels werden nur mit einem mächtigen Europa, das einen anderen Weg geht, möglich sein.

Eine demokratische Union würde auf einer Verfassung mit solidarischen, sozialen und ökologischen Zielen beruhen, über die die europäische Bevölkerung nach öffentlicher Debatte abstimmt. Im neuen Europa brauchen wir regionale Strukturen und neue Formen der partizipativen Demokratie und eine Friedensarchitektur von Lissabon bis Wladiwostok!

Wir benötigen zudem europaweite Infrastrukturprojekte, welche die sozialen und kulturellen Verwüstungen der Austeritätspolitik heilen. Wir müssen Kämpfe, wie die um den Hambacher Forst und zum Ausstieg aus der Kohle, international koordinieren und stärken. Keine EU der Banken und Konzerne! Für ein Europa der Menschen!

Herzlichst Euer

Michael Aggelidis

Ali Al-Dailami

Kandidatur für die Liste zur Europawahl

Landesverband Hessen



Politisches:

- Stellvertretender Parteivorsitzender
- Sprecher BAG Migration
- Vorsitzender Kreisverband Gießen

Voten der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz

Unterstützung durch den Landesrat der LINKEN NRW

Biografisches:

- Geboren im Jemen
- Als Sohn politisch Verfolgter eingewandert
- Ausbildung zum Restaurantfachmann

Liebe Genossinnen und Genossen,

die EU befindet sich in der schwersten Krise seit ihrem Bestehen. Das Dogma neoliberaler Kürzungspolitik als vermeintliches Heilmittel für krisengeschüttelte Länder und deren brachiale Durchsetzung waren und sind verheerend.

Profiteure dieser Politik sind vor allem Rechte und offen faschistische Parteien. Die Linke ist in diesem Zusammenhang mehr denn je als geschlossene Kraft in der EU gefragt. Die internationalistische Verpflichtung unserer Partei muss mit Leben gefüllt werden.

Für eine soziale Migrations- und Flüchtlingspolitik - Gegen Ausgrenzung

Über Jahrzehnte wurden die von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffenen Länder mit den ankommenden Flüchtlingen alleine gelassen. Spätestens seit 2015 ist das Scheitern des unsolidarischen Dublin Systems für jeden offensichtlich. Anstatt Frontex weiter aufzurüsten und Flüchtlingshelfer zu kriminalisieren, brauchen wir endlich ein solidarisches System der Aufnahme von Flüchtlingen. Länder die sich dieser Politik verweigern müssen das auch finanziell zu spüren bekommen.

Für eine andere Wirtschafts- und Handelspolitik - Entwicklung ermöglichen

Kriege, Hunger und bittere Armut zwingen immer mehr Menschen zur Flucht. Die EU hat diesen Zustand durch ihre Politik maßgeblich mit herbei geführt.

Wir brauchen eine grundlegend andere Politik gegenüber den Menschen und den Ländern des globalen Südens. Eine Politik auf gleicher Augenhöhe, die ihr Recht auf Entwicklung und Schutz der eigenen Produkte gewährleistet, kann nur ein Anfang sein. Diese und weitere Schwerpunkte möchte ich mit meinen persönlichen als auch politischen Erfahrungen einbringen und werbe um Euer Vertrauen.

Keith Barlow

Kandidatur für die Liste zur Europawahl

Landesverband Sachsen



Für eine neue Beziehung zwischen Großbritannien und der EU

2016 wurde in meinem Heimatland per Volksentscheid entschieden, die EU zu verlassen. Hauptgrund war die weit verbreitete Unzufriedenheit vieler Menschen mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage, die durch die neoliberalen Regeln der EU begründet ist.

Als zweitgrößte europäische Volkswirtschaft bleibt das Verhältnis zwischen der EU und GB ein Hauptthema im Europaparlament. Ich will mich dabei für Beziehungen einsetzen, die nicht auf dem neoliberalen Regime beruhen, wie das mit anderen Staaten leider der Fall ist, und unsere Fraktion im EP vor allem in den Ausschüssen vertreten, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Dabei müssen die bisherigen Rechte sowohl von Bürger/innen anderer Mitgliedsstaaten der EU, mit Wohnsitz in GB nach dem Austritt wie auch die Rechte von Briten mit Wohnsitz in anderen EU-Mitgliedsstaaten geschützt werden.

Nach den verlorenen Unterhauswahlen von 2015 kam die britische Linke unter dem neuen Labour-Vorsitzenden Jeremy Corbyn wieder in die Offensive. Mit dem Wahlprogramm »For the many, not the few« gelang es Labour, die Konservativen ernsthaft in Bedrängnis zu bringen. Ein Merkmal der Auseinandersetzung um den »Brexit« bleibt allerdings, dass Gegner von Corbyn inner- sowie außerhalb seiner Partei ein gemeinsames Ziel vereint: GB soll weiterhin an der neoliberalen Agenda der EU festhalten.

Wesentliche Teile des Labour-Wahlprogramms 2017 wären in der EU nicht durchsetzbar und eine von Corbyn geführte Regierung käme mit der EU diesbezüglich heftig in Konflikt. Dazu zählt die Rückführung von Schlüsselbereichen, wie Energie, Wasser, Eisenbahn und Post, in öffentliches Eigentum sowie der Stopp von weiteren Privatisierungen.

Wir deutschen Linken schätzen Corbyn schon lange als Kämpfer für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Ich will, dass er der nächste britische Premierminister wird und sich auf die solidarische Unterstützung unserer Fraktion im EP verlassen kann.

Dr. Keith Barlow

Judith Benda

Kandidatur für die Liste zur Europawahl

Landesverband Berlin



Eine starke Linke ist unbedingt notwendig in dieser EU. Die Menschen erleben einen krassen **Widerspruch zwischen propagierten Werten**, wie Wohlstand, Sicherheit, Frieden, und **konkreter Politik**, geprägt von Abschottung, Militarisierung, Sozialabbau. Profite von Banken und Konzernen stehen im Mittelpunkt, nicht die Bedürfnisse der Menschen und Umwelt. So wird die europäische Idee von Humanismus und einem vereinten, friedlichen Europa zerstört. Daher gibt es viel **Grund zur Empörung**, die wir als Linke in enger **Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Bewegungen und anderen linken Parteien** aufgreifen müssen.

Ich biete meine **langjährigen Erfahrungen und gute Vernetzung im europapolitischen Bereich**, resultierend aus beruflichen und gesellschaftspolitischen Zusammenhängen (Studium, Tätigkeit als EP-Mitarbeiterin, EL-Vorstandsmitglied, Leiterin Verbindungsbüro Linksfraktion in Brüssel, Sprecherin Landesarbeitsgemeinschaft Internationals Berlin), an.

Mir ist wichtig, das **feministische Profil** unserer Partei auf europäischer Ebene zu stärken. In Zeiten des Antifeminismus von rechts, massiver Kürzungs- und Privatisierungspolitik mit verheerenden Auswirkungen für Frauen möchte ich feministische Kräfte europaweit vernetzen.

Die **Belange junger Menschen** möchte ich verstärkt in den Blick nehmen. Unter dem Deckmantel von Flexibilität leben viele in materieller und sozialer Unsicherheit. Die »Generation prekär« ist aber auch die »Generation Widerstand« und ihre Kämpfe kann ich mit meinen 31 Jahren authentisch vertreten.

Lasst uns einen **geschlossenen, angriffslustigen Wahlkampf** führen, der sich in seiner Kreativität und Positionen von den lauwarmen EU-Worten der anderen Parteien abhebt und auch die Bundesregierung für ihre fatale Austeritätspolitik scharf angreift. Nur DIE LINKE ist die antikapitalistische Kraft für Frieden, soziale Gerechtigkeit, Antirassismus, Solidarität.

Mehr:

www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteivorstand/2018-2020/mitglieder/benda-judith/

Éric Bourguignon

Kandidatur für die Liste zur Europawahl

Landesverband Bayern



Kurz:

- 45 Jahre alt. Franzose. Münchner.
- Studium: Wirtschaft. Master of Economics (Uni. Straßburg).
- Arbeit: EU-Förder-Berater für zivile EU-Forschungsprojekte, seit 15 J..
- Umfeld: Industrie, Unis und Forschungseinrichtungen.
- Bei Ver.di: Gewählt im Ausschuss Migration & Arbeit in München.
- Mit meiner Lebensgefährtin erziehen wir zwei deutsch-französische Kinder.
- Ich habe im Sommer 2015 die Geflüchteten am Münchner Bahnhof stark unterstützt.
- Seit über 27 J. links aktiv. Seit 10 J. Mitglied der Linken (Bundesparteitag delegierter).

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte kandidieren, um unsere Werte und EU-Programm, auf Bühnen, Demos und Debatten im Wahlkampf zu vertreten, später auch in Brüssel und Straßburg.

Ich möchte für alle Bürger kandidieren, das heißt nicht nur für die Deutschen und die 1,9 Millionen wahlberechtigten EU-Bürger mit ihren Familien, sondern auch für die Migrant/innen ohne Wahlrecht.

Ich möchte meine wertvolle europäische Erfahrung in die Liste einbringen. Ich habe in Frankreich (30 J.), Großbritannien (fast 5 J.) und Deutschland (über 10 J.) gelebt, gearbeitet und mich dort sozial, feministisch und gegen Rassismus engagiert.

Ich stehe in Europa und in der EU

- für Frieden und für eine neue demokratische Gründung der EU,
- für eine Umstellung der Rüstungsunternehmen von militärischer auf zivile Produktion,
- für die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen aus Katalonien,
- für soziale Gerechtigkeit und gegen Steueroasen,
- für unsere feministischen Werte und gegen den Gender-Pay-Gap,
- für eine radikale ökologische Wende unserer europäischen Wirtschaft,
- für Pressefreiheit und gegen die Drohungen von Recep Tayyip Erdogan,
- für mehr Vernunft und gegen die immer wachsende Überwachung,
- für mehr Kooperation und gegen die nationale Abschottung (z. B. Asylpolitik),
- für den Aufbau des europäischen öffentlichen Dienstes mit einheitlichen sozialen EU-Rechten für die Arbeiter/innen.

Bis bald!

Özlem Alev Demirel

Kandidatur für die Liste zur Europawahl,
Platz 2



Landesverband NRW

- Geb. 1984, zwei Kinder, Politologin M.A.
- Gewerkschaftssekretärin (ver.di)
- 1989 Flucht nach Deutschland
- 2000 – 2004 Vorstand der Landesschüler/innenvertretung NRW
- 2004 – 2010 Ratsmitglied (Köln)
- 2007 – 2008 Koordinierungskreis europäischer Friedensrat Türkei
- 2010 – 2012 Landtagsabgeordnete (2011 Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion)
- 2012 – 2014 Bundesvorsitzende DIDF (Föderation demokratischer Arbeitervereine)
- 2014 – 2018 Landessprecherin NRW
- 2017 Spitzenkandidatin zur Landtagswahl NRW

Liebe Genoss*innen,

die EU steckt in einer tiefen Krise. Es heißt, die EU stehe für Demokratie, doch sie paktiert mit Despoten, um Geflüchtete fernzuhalten. Sie stehe für Frieden, heißt es, doch sie treibt die Militarisierung voran. Sie stehe für Aufklärung und Humanismus, heißt es, aber selbst für die Seenotrettung reicht die Menschlichkeit derer nicht aus, die regieren.

Auch in der EU werden die Reichen reicher und die Armen zahlreicher. Von Athen bis Zwickau bewirkt die gnadenlose Austeritätspolitik die Zerstörung der öffentlichen Infrastruktur und trifft dabei vorrangig die Ärmsten. Deshalb braucht es eine starke LINKE, die sich für ein Ende dieser Politik einsetzt und Gegenwehr unterstützt.

Für:

- armutsfeste (Mindest-)Löhne und soziale (Mindest-)Standards,
- den sozial-ökologischen Wandel,
- und eine gerechte Handels- und Wirtschaftspolitik.

Der grenzenlosen Freiheit der Konzerne stellen wir die Interessen der Armen und abhängig Beschäftigten entgegen. Ich stehe gleichermaßen auf gegen die autoritären Rechten wie gegen die neoliberale Politik. Ich kämpfe für soziale Grundrechte und politische Menschenrechte sowie für Abrüstung und Frieden.

Gerne möchte ich im Spitzenduo mit Martin Schirdewan für das EU-Parlament kandidieren und einen starken und leidenschaftlichen Wahlkampf führen. Ich möchte meine parlamentarischen, gewerkschaftlichen und außerparlamentarischen Erfahrungen einbringen und meinen Beitrag für eine wirkungsmächtige LINKE leisten. Ich bitte hierfür um Euer Vertrauen.

Martin Dolzer

Kandidatur für die Liste zur Europawahl

Landesverband Hamburg



Die EU ist in der Krise. Unter anderem der Brexit, der Umgang der Troika mit Griechenland sowie der zunehmende Zuspruch für rechtspopulistische Akteure sind ein klarer Ausdruck davon. Eine Zentrierung der Macht auf EU-Kommission und -Rat sowie die Militarisierung, Austeritätspolitik, die Abschottung vor Geflüchteten, das »sich Aufstellen der EU« als zunehmend aggressiver »Global Player« sowie Deregulierung und Profitmaximierung im Sinne der großen Konzerne führen in die Sackgasse.

Wir brauchen eine EU, in der eine friedliche und auf Dialog basierende Außenpolitik, hohe soziale Standards, eine faire Wirtschafts- und Handelspolitik, die Menschenrechte, Respekt vor den Grundbedürfnissen und der Würde eines jeden Menschen, die Einhaltung des Völkerrechts samt Genfer Flüchtlingskonvention und der solidarische Ausgleich der Ungleichheiten des Lebensstandards in den Regionen der EU im Mittelpunkt der Politik stehen.

Ich setze mich u. a. intensiv für Menschenrechte, Frieden, eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik, soziale Gleichheit, gleichen Zugang zum Gesundheitswesen und eine faire Handelspolitik ein. Dafür arbeite ich neben meinem parlamentarischen Engagement als Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft intensiv mit der Gruppe Lampedusa in Hamburg, der Friedensbewegung, der kurdischen Bewegung, Anwaltsvereinen, Gewerkschaften, weiteren migrantischen Communities und sozialen Bewegungen zusammen. Seit Jahrzehnten arbeite ich intensiv für die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei, eine friedliche Lösung der kurdischen Frage und eine friedliche Entwicklung im Mittleren Osten.

Im Oktober 2018 habe ich gemeinsam mit Cornelia Ernst und der GUE/NGL das erste »Refugee and Migrant Parliament« im Europaparlament in Brüssel initiiert und umgesetzt.

Ich möchte die Fraktion im Europaparlament durch meine Arbeit, meine Erfahrungen und mein Wissen bereichern und dazu beitragen, dass wir gemeinsam kraftvoll und solidarisch für die genannten Ziele wirken.

Michael Erhardt

Kandidatur für die Liste zur Europawahl

Landesverband Hessen



Zur Person

- 4 Jahre **stellvertretender Landesvorsitzender** Hessen
- 8 Jahre **geschäftsführender Landesvorstand** Hessen
- 11 Jahre **Erster Bevollmächtigter der IG Metall** Frankfurt/M.
- 14 Jahre Mitglied: erst WASG dann DIE LINKE

Kompetenzen

- **Offensive Gewerkschaftspolitik:** Streiks, Tarifpolitik, Industriepolitik, internationale Solidarität, Öffentlichkeitsarbeit
- **Bündnisse:** Rock gegen Rechts, Frankfurter Bündnis gegen TTIP und CETA, Griechenland Solidaritätskomitee, Blockupy, hessisches Sozialforum, Frieden
- **Wirtschaft:** Finanzsektor, Unternehmenskrisen, sozial ökologischer Umbau
- Deutsch, Englisch, Portugiesisch, Spanisch, Französisch

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir müssen Europa neu begründen. **Wir** – die europäische Linke muss das erkämpfen. **Wir** stellen uns entschieden gegen den rechten Vormarsch. **Wir** kämpfen für eine offene und solidarische Gesellschaft.

Die Ungerechtigkeit in dieser Welt ist unerträglich. Banken und Konzerne stehen auf der einen Seite. Wir stehen auf der anderen Seite. Wir LINKE kämpfen für den demokratischen Sozialismus. Schluss mit der neoliberalen Ideologie. Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen!

Für ein anders Europa brauchen wir Bewegungen und Gewerkschaften. Wir haben mit anderen Blockupy und Solidarität für Griechenland organisiert. Wir haben mit Zehntausenden gegen TTIP und CETA gekämpft. Wir haben 2018 in Frankfurt mit »Rock gegen Rechts« Zeichen gesetzt.

Ich möchte meine Erfahrung, mein Wissen und meine Kontakte in unseren Kampf für ein anderes Europa einbringen.

Ohne Gewerkschaften geht das nicht. Ich stehe für offensive Gewerkschaften, die auch harte Auseinandersetzungen nicht scheuen. Bei der Firma Zumtobel haben wir zwei Monate gestreikt. Schluss mit Niedriglöhnen, Hartz IV und Rente mit 67! DIE LINKE trägt diese Kämpfe ins Parlament. Das ist der richtige Weg für die Zukunft Europas!

Die Menschen in Europa brauchen eine starke und geschlossene LINKE. Dazu will ich beitragen.

Lasst uns kämpfen!

A handwritten signature in black ink that reads "Michael Erhardt".

Cornelia Ernst

Kandidatur für die Liste zur Europawahl,
Platz 3

Landesverband Sachsen



- 30.11.1956, Pädagogin,
- 1979 – 1982 Forschungsstudium, Promotion, Spracherwerb Englisch,
- 1982 – 1991 Institut für Lehrerbildung Großenhain,
- Juni 1991 – Oktober 1998 Beraterin der PDS-Fraktion in Sachsen,
- bis 2009 Landtagsabgeordnete,
- 1999 – 2009 Dresdener Stadträtin, SED, PDS, LINKE,
- 2001– 2009 Vorsitzende PDS/LINKE in Sachsen, GEW, Flüchtlingsrat, Verein der Jiddischen Musik und Theaterwoche,
- seit 2009 MdEP, seit 2012 Co- und ab 2014 Sprecherin der Delegation DIE LINKE, Koordinatorin im Innenausschuss (LIBE) und im Sonderausschuss Terrorismusbekämpfung (TERR), Stellv. Mitglied im Ausschuss für Industrie und Forschung (ITRE), Vizepräsidentin der Iran-Delegation, Unterstützung: LV Sachsen und Rheinland-Pfalz.

Warum bewerbe ich mich erneut?

Weil ich meine Erfahrungen zur Bildung einer starken konföderalen GUENGL-Fraktion einbringen will, ohne die ein grundlegender Wandel zu einem sozialen Europa undenkbar ist. Als eine der fünf Dublin-Verhandlerinnen und Initiatorin des »Refugee & Migrants Parliaments« steht für mich fest, dass es keine soziale Politik gibt, ohne alle Menschen einzubeziehen. Eine Sozialunion in einer offenen Gesellschaft, keine Werbebilder zur »sozialen Säule« sind nötig. Es geht um ein Europa der Grund- und Menschenrechte. Das verbietet es, sowohl dem Sterben an den EU-Grenzen tatenlos zuzusehen als auch den Abbau von Grundrechten mit der Bedrohung der Sicherheit zu rechtfertigen.

Als Datenschutzverantwortliche der GUE/NGL kämpfe ich gegen Überwachung und wirksamen Datenschutz, aber auch gegen die Vermischung von Migration und Terrorismus. Nicht zuletzt stehe ich für ein Europa der Regionen. Zu vom Strukturwandel und Kohleausstieg betroffenen Regionen arbeite ich eng mit Genoss/innen unserer Partei und in der GUE/NGL zusammen. Der Umstieg zu erneuerbaren Energien und einem fairen Strukturwandel ist Gebot der Stunde.

Dafür gilt es unsere Kräfte in Europa bündeln, die nationale Brille abzulegen – für einen demokratischen Aufbruch.

Malte Fiedler

Kandidatur für die Liste zur Europawahl,
Platz 8

linksjugend ['solid]



- **Zu mir:** 31 Jahre, geboren und politisch aktiv geworden in Bielefeld.
- **Studium und Beruf:** B.A. Internationale Beziehungen in Dresden und Sydney mit Stipendien der Rosa-Luxemburg Stiftung und des DAAD. Im Anschluss M.A. Politische Ökonomie der Europäischen Integration in Berlin. Arbeitserfahrung im Bundestag, Europaparlament, an Universitäten, bei NGOs sowie der RLS Brüssel. Aktuell tätig als pol. Referent in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN.
- **Politik:** Seit 2007 aktives Mitglied in der LINKEN, im SDS und linksjugend['solid], davon drei Jahre als Bundessprecher. Außerdem aktiv in Bewegungsbündnissen, wie Dresden-Nazifrei und Blockupy sowie Mitglied bei attac und ver.di.

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Europaparlament werde ich **unser sozial-ökologisches Profil schärfen**. Die EU steht auf der Bremse beim Klimaschutz. Mit dem Energie-Binnenmarkt wird ein zentralistisches Energiekonzept unterstützt, bei dem die Macht der Energiekonzerne bestehen bleibt. Ich setze mich für eine schnelle, dezentrale und sozial gerechte Energiewende ein. Hierfür greife ich auf mein fachpolitisches Wissen aus der Arbeit zur EU-Energiepolitik an der HWR Berlin und der Rosa-Luxemburg Stiftung Brüssel zurück.

Als nominierter Jugendkandidat setze ich mich besonders **für die Interessen der jungen Generation in Europa** ein. Anstelle von Lebenslaufoptimierung und Marktkonformität müssen wir emanzipatorische Bildung fördern. Außerdem braucht Europa ein Investitionsprogramm gegen die erschreckend hohe Jugendarbeitslosigkeit, für bessere Ausbildung und gute Arbeit. Schluss mit unbezahlten Praktika und niedrigen Löhnen. Die Jugend lässt sich nicht weiter um ihre Zukunft betrügen!

Es kann ein anderes Europa geben als das der neoliberalen Eliten, Brüsseler Bürokraten und rechten Hetzer. Was wir dafür brauchen, sind Mut und Hoffnung statt Angst und Tristesse. Kämpft mit mir für ein soziales, ökologisches und friedliches Europa – kämpfen wir für eine sozialistische EU!

Solidarische Grüße

Malte Fiedler

Heiko Gottschall

Kandidatur für die Liste zur Europawahl

Landesverband Bremen



Gewählter Kandidat des Landesverbandes Bremen mit Beschluss des Landesparteitages vom 25. November 2018.

- Energie – Ökonom
- Wissenschaftlicher Mitarbeiter
- 54 Jahre alt

Liebe Genoss/innen,

die EU befindet sich in einer Sackgasse. Die Durchökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche beraubt uns mehr und mehr unserer demokratischen Freiheiten. Die ökologische Ausbeutung des Planeten, rücksichtsloser Neoliberalismus, digitale Kontrollgesellschaft, ingenieurwissenschaftlicher Machbarkeitswahn und die Entsolidarisierung der Gesellschaft prägen die EU – und am Ende dieser Gasse wartet nur noch die Wand des menschengemachten Klimawandels und seiner apokalyptischen Folgen.

Der Weltklimarat prognostiziert bis zum Jahrhundertwechsel einen Temperaturanstieg von 3,2 °C im globalen Mittel. Die UNO rechnet als eine Folge bis 2050 mit wenigstens 350 Millionen Klima-Geflüchteten. Die Geisler-Currens-Studie erwartet, dass 2060 rund 1,4 Milliarden Menschen vom Anstieg des Meeresspiegels betroffen sein werden. Ob diese Szenarien tatsächlich und in diesem Ausmaß eintreten – und zwar unumkehrbar – das wird sich, gemäß Weltklimarat, in den nächsten 10 bis 12 Jahren entscheiden! Denn in diesem Zeitraum müssen wir die Emissionen halbiert haben. Jedes Jahr zählt, jede Entscheidung, jede Wahl von Technologien.

Das ökologische Drama hängt, wie das gesellschaftliche, am fatalen Prinzip der kurzfristigen Profitmaximierung. Beide Fragen, die ökologische und die sozialistische, sind nicht voneinander zu trennen. Alles was wir gemeinsam erreicht haben, was wir noch erkämpfen und durchsetzen wollen, steht auf tönernen Füßen, so lange nicht dafür gesorgt ist, dass die Welt vor dem Klimakollaps bewahrt wird, jenseits des Pariser 1,5°C-Ziels. Aber uns bleiben dazu nur noch zwei Legislaturperioden des kompetenten und konsequenten Handelns im und aus dem EU-Parlament.

Dazu möchte ich meine Erfahrungen und Kompetenzen als Klima- und Energiepolitiker einbringen und bitte um Euer Vertrauen.

Claudia Haydt

Kandidatur für die Liste zur Europawahl



Landesverband Baden-Württemberg

Persönliches

- Gewählte Kandidatin des Landesverbands Baden-Württemberg, KV Bodensee.
- Hochschuldozentin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, 51 Jahre alt.

Politische Biographie

- Seit den 1980er Jahren aktiv in der Friedensbewegung sowie der Anti-AKW-Bewegung (regional/international)
- 1996 Gründungsmitglied der Informationsstelle Militarisierung, tätig als Referentin und Fachautorin
- 10 Jahre Kommunalpolitikerin (Gemeinderat und Kreistag, teils als Fraktionsvorsitzende, Schwerpunkte: ÖPNV, Finanzpolitik, Sozialplanung)
- 1988 – 1999 Mitglied der Grünen. Austritt wegen des Jugoslawienkrieges.
- Seit 2008 Mitglied der LINKEN
- Mitglied im Vorstand der Europäischen Linken (seit 2010) .

Berufliche Biographie:

- Ausbildung zur Heilerziehungspflegerin,
- Berufliche Tätigkeit in der sozialen Daseinsvorsorge: Kinderheim, Psychiatrie, mobile Sozialdienste,
- Studium der Religionswissenschaft und Soziologie,
- 1994 – 2004: Wissenschaftsredakteurin,
- Seit 1996: Nebenamtliche Dozentin für Sozialarbeit, Sozialstrukturanalyse, Sozialwirtschaft u. Ä., seit 2004 in Feldkirchen (Österreich).
- Seit 2006: Wissenschaftliche Mitarbeiterin (Teilzeit)

Warum ich mich für einen aussichtsreichen Listenplatz bewerbe:

- 1. Kompetenzen in der lokalen, europäischen und globalen Friedenspolitik**
- 2. Enge Kontakte zu europäischen linken Parteien**
- 3. Verankerung in kommunaler Politik**
- 4. Kompetenzen in der Sozial-, Verkehrs- und Umweltpolitik**

Die deutsche und europäische Aufrüstungspolitik gefährdet den Frieden in der Welt und sie begrenzt die Spielräume für eine nachhaltige Entwicklung. Ich setze mich ein für eine Zukunft, in der wir Feindbilder überwinden, in der keine Panzerautobahnen quer durch Europa gebaut werden, sondern die Menschen bezahlbaren Wohnraum, ticketfreien ÖPNV und gute Gesundheitsversorgung vorfinden.

Ich kämpfe für eine Gesellschaft, in der keine Minderheiten zu Sündenböcken erklärt werden, ein Europa, in dem niemand im Mittelmeer ertrinken muss, und eine Welt, in der der Reichtum gerecht verteilt ist.

Martina Michels

Kandidatur für die Liste zur Europawahl

Landesverband Berlin



- Schatzmeisterin und stellv. Sprecherin der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament
- Vorstandsmitglied im Landesausschuss Berlin

Liebe Genossinnen und Genossen,

Europa droht durch Aufrüstung und Abschottung der EU die Seele zu verlieren. Wer, wenn nicht wir, muss solidarische Angebote für Migration, Digitalisierung, den Klimawandel, den sozial-ökologischen Umbau aufgreifen und Nationalismus bekämpfen? Die neue Rechte hat mehr als menschenfeindliche Flüchtlingspolitik im Gepäck. Sie verfolgt eine antidemokratische Bildungs-, Medien-, Kultur- und Familienpolitik. Genau da müssen wir dagegen halten.

Für mich ist entscheidend, was »zu Hause« ankommt. In meinem Newsletter »Martinas Woche« und in Veranstaltungen berichte ich über die Parlamentsarbeit, über Exiljournalist/innen, über gemeinsame Kampagnen mit Wikimedia oder über Regionalpolitik. Das von mir initiierte EU-Fördermittelportal ermöglicht seit 2016 kleinen Unternehmen oder Initiativen mehr Orientierung im Förder-Dschungel. Als langjährige Koordinatorin der europapolitischen Sprecher/innen setze ich darauf, dass linke Europapolitik in den Landtagen, im Bundestag und in Brüssel, Positionierungen der Partei und die Aktivitäten der Stiftung gemeinsam diskutiert werden.

Im Europaparlament habe ich Regionalpolitik, Medien, Bildung, Digitalisierung und Kultur sowie die EU-Außenbeziehungen zur Türkei und Israel verantwortet. Am Ende des Tages entscheiden auch gute Bibliotheken und demokratische Medien über die Zukunft Europas. Ob die Sicherung von sozialen oder Freiheitsrechten: wir brauchen Verbündete. Europa ist mehr als die EU, weshalb wir demokratische Kräfte, ob in der Türkei, in Israel oder Russland unterstützen.

Ich würde nach meiner ersten vollständigen Legislaturperiode meine begonnene Arbeit in einer Fraktion der Vereinigten Linken Europas 2019 gern fortsetzen und bitte um euer Vertrauen.

Bilanz: <https://www.martina-michels.de/europa-vor-ort/fuer-euch-in-europa/>,

Bio: <https://www.martina-michels.de/zur-person/>

Werner Moritz

Kandidatur für die Liste zur Europawahl, Platz 4

Landesverband Niedersachsen



Mein Name ist Werner Moritz und ich bin 57 Jahre alt. Ich bin Sprecher der LAG Grundeinkommen in NDS. Für den KV Osnabrück bin ich Delegierter im Landesausschuss. In Osnabrück nehme ich Teil am politischen Leben, wie zum Beispiel bei der Osnabrücker Sozialkonferenz.

Die EU und ihre Zukunft beschäftigen mich seit langem und ich kritisiere zum einen die enormen Defizite in Demokratie, Sozial- und Wirtschaftspolitik, zu anderem sorgt mich, dass Stagnation und Zerfallstendenzen zum vermeintlich besseren Nationalstaat führen.

Ich bin ein scharfer Kritiker der Union in ihrem Ist-Zustand. Ich stehe für eine Wirtschaftspolitik, die das grundsätzlich ändert; die nicht mit Freihandelsverträgen und Waffenverkäufen Fluchtursachen schafft, sondern mit fairen Handelsverträgen dafür sorgt, dass die Menschen in ihren Ländern in Würde leben können.

Ich will die Demokratie in Europa stärken, das europäische Parlament. Nicht alles muss von oben entschieden werden. Im Gegenteil, was im Viertel, im Ort oder der Region entschieden werden kann, muss dort entschieden werden! Zum Beispiel Wohngenossenschaften, Bürgerstadtwerke, genossenschaftlicher ÖPNV etc.

Dringend notwendig ist es dagegen, friedliche Konfliktlösungen zu stärken und die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen: einen ungerechten Welthandel und den globalen Finanzkapitalismus **sowie die Abhängigkeit von Kernenergie und fossilen Energieträgern.**

Ich kämpfe für ein modernes europäisches Sozial- und Gesundheitssystem, das die nationalen Systeme ergänzt und Arbeitsmigration in der EU reduziert. Ein solches System würde nationalstaatliche, protektionistische Ansätze überflüssig machen.

Die EU darf keine Militärmacht werden. Vielmehr ist es unsere Aufgabe, in Konflikten zu vermitteln. Waffenlieferungen müssen vollständig unterbleiben!

- Entwicklungspolitik
- Ökologie
- Beschäftigungspolitik

Mehr auf www.WernerMoritz.de

Hannes Nehls

Kandidatur für die Liste zur Europawahl

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern



Liebe Genossinnen und Genossen,

in meiner täglichen Arbeit als Lehrer komme ich immer wieder mit den Fragestellungen unserer Zeit im europäischen Kontext in Berührung. Folglich stellt die Bildungspolitik für mich auch eines der zentralen Handlungsfelder für die Zukunft unserer Gesellschaft dar. Da ich an einer Modellschule einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) arbeite, liegt der Fokus meines Geographie-Unterrichtes bspw. auf den zentralen Menschheitsfragen, die die Zukunft unseres Planeten betreffen, und der Formulierung möglicher Lösungsansätze darauf.

Wir müssen gesamteuropäisch für eine kritische Jugend streiten und dieser mehr Anknüpfungspunkte mit Europa sowie Beteiligungschancen bieten. Immerhin sind die Kinder und Jugendlichen von heute die Träger/innen der Zukunft.

Hierfür bedarf es jedoch ebenso umfassender Weiterbildungsangebote für Lehrer/innen und pädagogischen Fachkräfte, die als Vermittler/innen vor Ort auftreten können. Dies betrifft Themen der Ökonomie, Ökologie, Digitalisierung, Partizipation oder der Regionalentwicklung.

Gemeinsam mit den Jugendlichen können somit – ganz im Sinne eines basisdemokratischen Diskurses – Antworten entwickelt werden.

Zudem müssen wir für eine Bildungspolitik streiten, die sich nicht rein an ökonomischen Interessen orientiert.

Ein weiteres wichtiges Anliegen meiner Kandidatur verbindet sich mit meiner Herkunft. Mecklenburg-Vorpommern ist ein ländlich geprägter Raum, der in den letzten Jahrzehnten von Abwanderung und Strukturschwäche geprägt war. Für eben solche Räume möchte ich meine Stimme einbringen. Die Menschen in Europa müssen überall – auch abseits der großen Metropolen – ein grenzenloses und würdiges Leben führen können. Wir brauchen kein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten!

Mit dieser Kandidatur werbe ich um euer Vertrauen. Lasst uns gemeinsam für ein anderes Europa streiten.

Jens Neumann

Kandidatur für die Liste zur Europawahl

Landesverband Berlin



Pädagogischer Berater im Bereich digitale Bildung
(Ausbildung: Bankkaufmann, Kulturwissenschaftler, Lehrer)

Zehn Jahre nach der sogenannten Finanzkrise hat sich die Welt der Banken und Finanzdienstleistungen gewandelt, ist aber weit davon entfernt, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Zu diesen Aufgaben gehört insbesondere die Bereitstellung von transparenten Finanzdienstleistungen für Privatkunden und die Finanzierung von kleinen und mittelgroßen Unternehmen. Dazu sollte die Regulierung des Finanzmarktes verbessert werden, um Spekulationen mit Kundeneinlagen weiter zu erschweren. Anforderungen an das Eigenkapital von Banken und die Risikodeckung müssen dazu verschärft werden. Modelle einer Transaktionsteuer auf reine Finanzgeschäfte lassen sich einer europäischen Zusammenarbeit und einem einheitlichen Rahmenwerk für Kreditinstitute und Finanzmarktunternehmen deutlich leichter durchsetzen.

Heute wird zu Recht vielfach vor den Gefahren der Digitalisierung für die Bürger/innen gewarnt. Allerdings wäre es meines Erachtens falsch, lediglich passiv auf die Gefahren zu sehen. Vielmehr sollte sich Politik, und hier ausdrücklich die Politik der Europäischen Union, damit beschäftigen, diese Risiken zu begrenzen und gleichzeitig zu helfen, den Zugang zu digitalen Diensten für Bürger/innen, auch grenzüberschreitend, zu erleichtern. Darüber hinaus ist es auch für die EU eine herausragende Aufgabe, nicht bei der Abschaffung der Roaminggebühren stehenzubleiben, sondern auch an einer Integration von Bürgerdiensten zu arbeiten. Das reicht in verschiedene Lebensbereiche, wie die erleichterte Mobilität für Beschäftigte aus jeweils anderen EU-Ländern und die Gesundheitsversorgung auf wirklich europäischer Basis.

Und nicht zuletzt bietet die Entwicklung der Digitalisierung Möglichkeiten für eine echte Bürgerbeteiligung, wie Volksentscheide für alle Bürger/innen der EU gleichzeitig.

Das ist meines Erachtens Politik für Bürger/innen der EU im besten Sinne.

Wolfgang Nitzler

Kandidatur für die Liste zur Europawahl

Landesverband Rheinland-Pfalz



Ich, Wolfgang Nitzler, bin seit Mitte November 2018 Mitglied.

Ein kurzer Lebenslauf: *29.1.1948 in Pforzheim. Ich bin Ostpreuße, viele Polen gehören zu meinen familiären Wurzeln. Meine Heimatstadt ist Karlsruhe. Verheiratet, eine Tochter, zwei Enkel. 1968 Abitur und Studiumsbeginn der Psychologie an der Uni Mannheim. 20 Jahre Leiter einer Jugendhilfeeinrichtung, danach 15 Jahre selbständig, zusammen mit meiner geliebten Frau, als Psychotherapeut. Kurzzeitig in der SPD. Ich war noch unerfahren, und ließ mich abschütteln. Zurzeit Rentner und Student der Philosophie.

Hier fand ich den Zusammenhang zwischen Globalisierung, Neoliberalismus, Klimawandel und Fremdenhass.

Ich wurde Mitglied. Zwei Antragskomplexe habe ich in Berlin vorgelegt. Ich rufe darin auf, dass wir unser Potential ausschöpfen um nach drei weiteren Legislaturperioden die stärkste Bundestagsfraktion zu werden!

Was befähigt mich zum Abgeordneten in Straßburg:

Mein Beruf braucht sehr viel Selbsterfahrung. Folge: Ich habe nur gesunden Egoismus für die Sache. Die EU hat ihre Wurzeln anfangs nur in der Wirtschaft (Montanunion). Das ging bis zum Euro. Für viele Mitglieder ist das auch heute noch allein wichtig.

Was will ich dort:

Wir müssen zusätzlich die gemeinsamen Wurzeln betonen und umsetzen: das Christlich-Jüdische. Der Islam ist dem Jüdischen näher als dem Christlichen und gehört ebenfalls dazu. Das römische Recht. Die gemeinsame Geschichte. Die kulturelle Vielfalt als Reichtum verstehen. **Von der EU zur ESU** (Europäische Sozialunion).

Ich will im Bereich Wirtschaft und Banken arbeiten. Man darf dies nicht den Bankern, Volks- und Betriebswirten überlassen. Nur für Finanzprogramme sorgen, die den Bürgern der ESU **und denen in Afrika, und wo auch immer**, dienen und nicht der Kapitalvermehrung der Besitzenden.

Ich habe viele Jahre als Supervision und Coaching in der freien Wirtschaft gearbeitet sowie unzählige Familien vor dem Zerbrechen bewahren können. Mit diesem Wissen kann ich zwischen Völkern und Fraktionen vermitteln.

Harald Petzold

Kandidatur für die Liste zur Europawahl

Landesverband Brandenburg



»Europa – nach links!«

Ich bin Harald Petzold, 56 Jahre alt, unverheiratet, habe zwei Patenkinder, arbeite als Lehrer an einer Gesamtschule und bin Kreistagsabgeordneter im Havelland/Brandenburg. Ich war immer politisch aktiv, u. a. als Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitiker im Landtag Brandenburg und als medien- und queerpolitischer Sprecher der LINKEN Bundestagsfraktion.

Ich kandidiere für das Europaparlament, weil für mich das politische Projekt EU, bei aller berechtigten Kritik, nach wie vor für Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Offenheit und Solidarität steht. LGBT*TIQ-Menschen, wie ich, haben dies durch Initiativen gegen Diskriminierung und für Gleichstellung von Minderheiten selbst erfahren, wenn auch leider nur im Rahmen der Mitgliedsländer. Nicht zuletzt deswegen will ich dieses Projekt weiterentwickeln und nach links verbessern: als konsequenten Gegenentwurf zum Rollback der nationalkonservativ-autoritären Rechten. Es ist die Verantwortung der Europäischen LINKEN, Widerstand gegen diese Rechte mit zu formieren und ihm eine starke Stimme zu geben.

Ich will darüber hinaus, dass die Gleichstellung aller Menschen in Vielfalt und Gerechtigkeit als linkes Projekt wahrgenommen wird. Chancengleiche und diskriminierungsfreie Zukunft für alle wird nur gemeinsam gewonnen: im Kampf gegen Armut und Ungerechtigkeit und für die Akzeptanz von Vielfalt und Verschiedenheit in der Gesellschaft.

Ich will schließlich, dass die Europäische Linke wieder als Streiterin für ein gutes Leben aller sich entrechtet, verlassen und verächtlich fühlenden Menschen wahrgenommen wird – unabhängig von deren Herkunft, Situation oder Identität. Dazu möchte ich Lebensweisen und damit verbundene Kulturen bzw. Kulturformen sowohl traditionell Lohnabhängiger als auch neuer sozialer Akteur/innen sowie Migrant/innen politisch stärker zusammenführen, um mit ihnen gemeinsam für eine Welt der Gerechtigkeit, der Solidarität, der Demokratie, der Offenheit und Vielfalt sowie des Friedens zu streiten.

Dr. Johanna Scheringer-Wright

Kandidatur für die Liste zur Europawahl

Landesverband Thüringen



Persönliches:

1963 geboren, wohnhaft im Dreiländereck Thüringen, Hessen und Niedersachsen

ausgeübte Tätigkeiten/Funktionen:

- Landwirtschaftliche Beraterin in der Entwicklungszusammenarbeit in Ghana
- Agrar-Umwelt-Wissenschaftlerin
- Gutachterin für die Generaldirektion Forschung der EU in Brüssel
- Sprecherin für Agrarpolitik und regionale Entwicklung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag
- Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE.
- Aktives Mitglied in der IG BAU
- Mitglied in der Arbeitsgruppe Umwelt der EL

Liebe Genossinnen und Genossen,

Vielen Menschen in der EU geht es nicht gut. Armut und Arbeitsmigration steigen. Gerade Deutschlands wirtschaftliche und finanzpolitische Dominanz in der EU schafft viele Verlierer. Gewinner sind die Konzerne. In der Klimapolitik zeigt sich das gegenwärtig besonders. Die Bundesregierung schützt z.B. die deutschen Autokonzerne im Abgasskandal und möchte die Kohleförderung möglichst lang ausdehnen, um die Profite der Energiekonzerne zu sichern.

38 Prozent der Haushaltsmittel der EU gehen direkt in die Gemeinsame Agrarpolitik und ländliche Entwicklung. Es wird jedoch eine Subventionspolitik forciert, die zu einer zunehmenden Konzentration in der Landwirtschaft führt, mit immer höheren Erträgen, industrieller Tierhaltung, Schäden der Umwelt und dem Verlust von Arbeitsplätzen.

Bei genauer Analyse wird deutlich: die EU ist unsozial, undemokratisch, militaristisch und unökologisch. Nicht nur der Brexit zeigt, dass sich ein großer Teil der Menschen von der EU abwendet. Viele – auch in Deutschland – sehen eine Alternative gar in rechten Parteien und Bewegungen.

Wir dürfen die Kritik an der EU nicht den Rechten überlassen. Aufbauend auf unserer Kritik machen wir jedoch Vorschläge für ein friedliches, soziales und ökologisches Europa.

Ich möchte mit linken Partnern aus den anderen Mitgliedsstaaten in einer starken linken EU-Fraktion dazu beitragen, die EU völlig neu aufzustellen.

Martin Schirdewan

Kandidatur für die Liste zur Europawahl,
Platz 1

Landesverband Thüringen



Liebe Genossinnen und Genossen,

wir stehen vor einem Europawahlkampf, in dem über die Grundfragen des gesellschaftlichen Miteinanders entschieden wird. Wird die autoritäre Rechte ihren Nationalismus weiter vorantreiben und die Demokratie abbauen? Oder werden wir in einem offenen und solidarischen Europa leben, das soziale Rechte stärkt und die Zukunft von Arbeit und sozialer Sicherheit im digitalen Zeitalter gerecht gestaltet? Ein Europa, das eine neue Friedensordnung schafft, die Umwelt- und Klimafrage als Menschheitsfrage begreift und mit der brutalen kapitalistischen Profitlogik und dem Neoliberalismus bricht?

DIE LINKE wird mit einem kämpferischen Wahlkampf die Kritik an den bestehenden Missständen der EU aufgreifen und unsere Alternativen für ein Europa formulieren, das den Menschen, die darin leben, eine gute Lebensperspektive schenkt: in Würde, in Frieden, in sozialer Sicherheit.

Als Mitglied der GUE/NGL-Fraktion im Europaparlament kämpfe ich tagtäglich gegen die herrschende Politik. Sei es gemeinsam mit Siemensbeschäftigten gegen den geplanten Stellenabbau durch den hochprofitablen Konzern, sei es gegen die Steuerdrückerei von Apple und Co. oder gegen die Einführung des sogenannten EU-Verteidigungsfonds, um die weitere Aufrüstungspolitik der EU aufzuhalten.

Mein Verständnis von politischer Widerständigkeit beschränkt sich jedoch nicht auf das Parlament. Mein antifaschistisches Engagement findet, ebenso wie mein Einsatz für eine humane Flüchtlingspolitik und der Kampf für gute Arbeit, auch außerparlamentarisch statt.

Ich werbe um eure Unterstützung und euer Vertrauen in meine politische Arbeit und meine Person bei meiner Kandidatur für das Europäische Parlament. Gern möchte ich meine politische Erfahrung in verantwortungsvoller Position in einem Spitzenduo mit Özlem Alev Demirel einbringen. Wir werden die Partei in ihrer Vielfalt repräsentieren und alles dafür geben, dass DIE LINKE aus dieser wichtigen politischen Auseinandersetzung gestärkt hervorgeht.

Euer

Martin Schirdewan

Helmut Scholz

Kandidatur für die Liste zur Europawahl

Landesverband Brandenburg



Liebe Genoss/innen,

ich bewerbe mich um eine Kandidatur für die Wahl zum Europäischen Parlament 2019. Seit 2009 vertrete ich unsere Partei und die Belange unserer Wähler/innen im EU-Parlament. Zu meinen Erfolgen gehören der Startschuss zu einer Bewegung gegen das Freihandelsabkommen EU – USA und Initiativen gegen weitere neoliberale Handelsabkommen und für Fairen und Ethischen Handel. Gegenwärtig arbeite ich an der Ausarbeitung eines »Binding Treaty« mit, der die Unternehmensverantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten sowie Sozial- und Umweltstandards international rechtlich verbindlich festschreiben könnte.

Ich habe mich in der 8. Legislatur, wie in der vorangegangenen Wahlperiode, – zuvor im Vorstand der Partei DIE LINKE und der Partei der Europäischen Linken – für einen Kurswechsel in der EU eingesetzt – hin zu einem sozialen, demokratischen, solidarischen, friedlichen Europa. Ich bin überzeugt: Grundlegende Politikveränderungen müssen durch Verantwortungsübernahme und Stärkung der Linken aktiv befördert werden.

Es gilt für uns, Alternativen zu benennen, sie mehrheitsfähig zu machen und zugleich die Verantwortung der Europäischen Union für eine Neuausrichtung, auch globaler Verhältnisse, einzufordern und auf deren Wahrnehmung zu drängen. Das Flüchtlingsdrama im Mittelmeer ist mehr als ein Menetekel fehlender Bereitschaft staatlicher und wirtschaftlicher Akteure in der EU, europäische Politik neu zu denken. Und es bleiben uns nur noch zwölf Jahre, um die Ziele der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zu erreichen: Das muss in der kommenden Legislatur zentrales Kriterium für die Politik der EU und aller Mitgliedstaaten sein. Mit meinen Erfahrungen und Kenntnissen internationaler Politik, der Demokratisierung von EU-Politik und insbesondere der internationalen Handelspolitik will ich meinen konkreten Beitrag dazu leisten und an meine Arbeit in der jetzigen Legislatur anknüpfen.

In diesem Sinne bitte Ich um Eure Unterstützung und Euer Vertrauen.

Helmut Scholz

David Schwarzendahl

Kandidatur für die Liste zur Europawahl

Landesverband Rheinland-Pfalz

- Kreisverband Frankenthal/Pfalz
- Unterstützter Kandidat des Landesverbandes Rheinland-Pfalz
- Geb. 1983, 3 Kinder, (gelernter Buchbinder)
- Wahlkreismitarbeiter im Büro MdB Alexander Ulrich
- Kreisvorsitzender in Frankenthal
- Mitglied im Stadtrat Frankenthal
- Stellv. Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz



Liebe Genossen/innen,

es gibt viel zu kritisieren an der EU. Beginnend bei der unsäglichen Abschottung der EU, die für tausende von Toten im Mittelmeer und auf den Landwegen verantwortlich ist. Eine energiepolitische Grundhaltung, die dem Klimawandel die Tür öffnet und die Taschen der großen Energieriesen füllt.

Wir haben einen »Wirtschaftsraum«, ja teils eine gemeinsame Währung, welche es den multinationalen Konzernen ermöglicht, den einst aufstrebenden, emanzipierten Arbeitsmarkt zum posthumanistischen Sklavenmarkt zu degradieren.

Die massenhafte Zersplitterung von Unternehmensstrukturen dient nicht nur dem Lohndumping sondern auch der Erpressung von Gewerkschaften.

Die durch die EU subventionierte Lebensmittelflutung der ärmsten Länder sorgt mit einer neoliberalen, wirtschaftlichen Gewalt für die Unterdrückung der Märkte und führt zur Vernichtung der regionalen Agrar- und Wirtschaftsstrukturen. Dieses führt zu Armut und Flucht.

Die Schere zwischen Arm und Reich zerschneidet Europa und spielt den rechten Populisten die Wähler/innen zu.

Doch in einer globalisierten Welt das Wohl in Nationalstaaterei zu suchen, ist ein Irrweg, den die Geschichte schonmal beschritten und bitter bezahlt hat!

Europa ist größer als die EU und wer an eine gemeinsame Zukunft glaubt, der braucht den eisernen Glauben an ein Europa ohne Klassen. Ein Europa aller Menschen!

An Abrüstung statt Aufrüstung. An Dialoge statt Duelle.

Soviel zu meiner Haltung und meinen persönlichen Werten. Programmatisch gelten für mich die Ziele des von UNS ALLEN formulierten EU-Wahlkampfprogramms, das Grundsatzprogramm unserer Partei DIE LINKE. und die damit verbundene Verpflichtung zur Menschlichkeit.

Damit bitte ich um euer Vertrauen und um eure Stimme.

Euer

David

Susanne Steffgen

Kandidatur für die Liste zur Europawahl



Landesverband Niedersachsen

Europa braucht Susanne!

Liebe Genoss/innen,

ich, **Susanne Steffgen**, wurde am 28.1.1964 in Schifferstadt, Rheinland-Pfalz, geboren. Ich bin ausgebildete Maschinenschlosserin, staatlich geprüfte Maschinenbautechnikerin und Versicherungsfachfrau. Im Winter 1993 musste ich durch eine neurologische Erkrankung meine eigene Versicherungsagentur aufgeben. Danach hatte ich noch eine eigene Autoglaserei, die 13 Jahre bestand.

Ein Unfall zwang mich schließlich mit Querschnittslähmung in den Rollstuhl. Mietpreisanstiege und das Sozialamt ließen mich meine eigene Wohnung und Selbstbestimmung verlieren. Mit medialer Unterstützung gelang es mir nach jahrelangem Kampf, beides zurück zu erhalten. Durch ein persönliches Budget ist es mir heute möglich, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und zu reisen.

Seit 2016 bin ich als Ratsfrau für DIE LINKE im Gemeinderat Ganderkesee tätig. Mein nächstes Ziel ist die erfolgreiche Wahl ins Europaparlament. Ich vertrete eine immer größer werdende Gruppe und diese braucht eine Stimme.

Ich möchte Europa leben und erleben!

Meine Ziele im EU-Parlament sind:

1. Die sofortige Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in ganz Europa. Die **Barrierefreiheit und Teilhabe am Gemeinschaftsleben** muss für alle verbindlich ermöglicht werden. Europaweite **Inklusionsrichtlinien** und Richtlinien zu **menschenwürdigen Pflegestandards** müssen umgesetzt werden.
2. Die Einführung eines **sozialen, europaweiten BGE**.
3. Die stärkere Förderung der ländlichen Regionen Europas durch die EU.
4. Eine europaweite, **menschenwürdige Lösung für Migration**. Flüchtlinge dürfen nicht im Mittelmeer ertrinken.
5. Ein **Stopp der Aufrüstung** von NATO und EU und ein **Verbot von Waffenexporten**.

Nähere Informationen und meine Kontaktdaten für Rückfragen findet ihr unter www.sozial-gut.de.

Ich bitte euch dringend um eure Unterstützung und euer Vertrauen. Ich kämpfe, und setze mich für mehr Menschenwürde und Selbstbestimmung ein.

Susanne Steffgen

Florian Wilde

Kandidatur für die Liste zur Europawahl

Landesverband Hamburg



Kapitalistischer Klimawandel und imperialistische Kriegsgefahren bedrohen die Existenz der Menschheit. Eine gefährliche rechte Welle schwappt durch Europa und die Welt. Um Neoliberalismus und Rechtspopulismus schlagen zu können, muss DIE LINKE offensiv, auf allen Ebenen und mit allen Mitteln für die Perspektive einer Überwindung des Kapitalismus durch einen demokratischen Sozialismus eintreten. Ich bewerbe mich, weil ich als Person für **antikapitalistische Inhalte** stehe und diese sichtbar im Wahlkampf und im Europaparlament vertreten möchte.

Unsere Arbeit im Europaparlament muss **bewegungsorientierter** und **wahrnehmbarer** werden. Dafür bringe ich langjährige, vielfältige Erfahrung in der solidarischen Verbindung von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und linken Parteien mit und bin in öffentlichkeitswirksamen Aktionen erprobt. In den letzten Jahren lag mein Schwerpunkt – neben dem Aufbau unserer Partei und der Mitwirkung in sozialen Bewegungen – insbesondere auf der **Gewerkschaftsarbeit**. Die von mir mitorganisierten »Streikkonferenzen« der Rosa-Luxemburg-Stiftung haben sich zu den größten linksgewerkschaftlichen Konferenzen der vergangenen Jahrzehnte überhaupt entwickelt. Davon können wir auch für Europa lernen.

Die Aufgabe sozialistischer Abgeordneter ist nicht, in Parlamenten und Ausschüssen unterzutauchen. Im Gegenteil: Die **Hauptaufgabe** liegt darin, Parlament und mediale Zugänge zu nutzen, um sozialistische Alternativen in der Gesellschaft bekannter zu machen. Und sie liegt darin, Ressourcen effektiv für eine **Stärkung linker Parteien, Gewerkschaften und sozialer Bewegungen** zu nutzen, durch europäische Vernetzungsarbeit und insbesondere auch durch Aktivitäten vor Ort im Wahlkreis. Ich gehe auch für den **Landesverband Hamburg** ins Rennen. Hamburg war in den letzten Jahren eine Hochburg vieler Bewegungen. Ich würde insbesondere gerne in Hamburg für die LINKE Wahlkampf machen – und Hamburger Erfahrungen in den Wahlkampf der LINKEN einfließen lassen.

Murat Yilmaz

Kandidatur für die Liste zur Europawahl



Landesverband NRW

Beruf: IT-Berater

Mitgliedschaften:

- Kreisvorstandsmitglied DIE LINKE. Köln
- AG Netzpolitik (Sprecher)
- LAG (NRW) & BAG Netzpolitik
- AG FIP
- ver.di
- Kölner Bündnis für gerechten Welthandel

Schwerpunkte: Netzpolitik, Internationale Politik, Gerechter Welthandel

Referent: Universitäten, RLS, Diaspora-Gemeinden

Votum: Landesrat NRW, KrVo Köln, BAG Netzpolitik

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir leben im Zeitalter der digitalen Revolution. Es ist unerlässlich, dass wir die Innovation zwar begrüßen, aber dringlichst auf die Gefahren hinweisen, wenn in der Digitalisierung eine kulturelle und ethische Transformation die Künstliche Intelligenz als eine neue Religion vortreibt und die »Maschine« vor den »Mensch« stellt.

Hier kann ich mich aufgrund meiner langjährigen Berufserfahrung vollstens einbringen.

Auch erleben wir in Deutschland und Europa einen flächendeckenden sowie steigenden Rechtsruck. Ohne außerparlamentarische Verbündete werden wir es hierbei sehr schwer haben. Ich genieße ein großes Vertrauen in vielen Migrantenorganisationen.

Nicht zu vergessen sind die andauernden Ressourcenkriege, die in den nächsten Jahren im Schauplatz des Nahen und Mittleren Ostens und in den nord- und mittelafrikanischen Ländern wüten und die Menschen weiterhin zur Flucht treiben werden. Menschen vor den Toren Europas ertrinken zu lassen und unmoralische Deals mit Despoten und Diktatoren einzugehen, widersprechen unseren Werten, unserer Ethik und Moral.

Als Referent bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, in Universitäten und Diaspora-Gemeinden halte ich diesbzgl. historische und aktuelle Vorträge und kann meine Kompetenzen auch hier vollstens einbringen.

Ich kämpfe für eine europäische Wertegemeinschaft des Friedens und nicht der Militarisierung, wo Sozialer Wohlstand für alle gilt und fairer Handel mit allen EU- und Non-EU-Staaten betrieben wird.

Mensch, Umwelt und Artenvielfalt müssen vor Profit und Gier stehen.

Für Euer Vertrauen bedanke ich mich recht herzlich,

Euer Genosse

Murat Yilmaz

